

Rechtsquellen 1

Verfassung
des Kantons Zürich
(Auszug; LS 101)

Kirchengesetz
(LS 180.1)

Verordnung
zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die
anerkannten jüdischen Gemeinden
(LS 180.11)

Kirchenordnung
der Evangelisch-reformierten
Landeskirche des Kantons Zürich
(LS 181.10)

Stichwortverzeichnis zur Kirchenordnung

Inhaltsverzeichnis

Seite

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 1 (LS 101) (Auszug: Art. 130, 131 und 145)	1
Kirchengesetz vom 9. Juli 2007 3 (LS 180.1)	3
Inhaltsverzeichnis zum Kirchengesetz 14	14
Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die 15 anerkannten jüdischen Gemeinden vom 8. Juli 2009 (LS 180.11)	15
Inhaltsverzeichnis zur Verordnung zum Kirchengesetz und 23 zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden	23
Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche 25 des Kantons Zürich vom 17. März 2009 (LS 181.10)	25
Inhaltsverzeichnis zur Kirchenordnung 95	95
Stichwortverzeichnis zur Kirchenordnung 98	98

Verfassung des Kantons Zürich (Auszug)

(vom 27. Februar 2005)

10. Kapitel: Kirchen und weitere Religionsgemeinschaften

Art. 130 ¹ Der Kanton anerkennt als selbstständige Körperschaften des öffentlichen Rechts:

Kirchliche
Körperschaf-
ten

- a. die evangelisch-reformierte Landeskirche und ihre Kirchgemeinden;
- b. die römisch-katholische Körperschaft und ihre Kirchgemeinden;
- c. die christkatholische Kirchgemeinde.

² Die evangelisch-reformierte Landeskirche, die römisch-katholische Körperschaft und die christkatholische Kirchgemeinde sind im Rahmen des kantonalen Rechts autonom. Sie regeln:

- a. das Stimm- und Wahlrecht in ihren eigenen Angelegenheiten nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen in einem Erlass, welcher dem obligatorischen Referendum untersteht;
- b. die Zuständigkeit für die Neubildung, den Zusammenschluss und die Auflösung von Kirchgemeinden.

³ Das Gesetz regelt:

- a. die Grundzüge der Organisation der kirchlichen Körperschaften;
- b. die Befugnis zur Erhebung von Steuern;
- c. die staatlichen Leistungen;
- d. die Zuständigkeit und das Verfahren für die Wahl der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie deren Amtsdauer.

⁴ Es kann vorsehen, dass ein Teil der Steuererträge einer negativen Zweckbindung unterstellt wird.

⁵ Der Kanton hat die Oberaufsicht über die kirchlichen Körperschaften.

Art. 131 ¹ Von den weiteren Religionsgemeinschaften sind die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde vom Kanton anerkannt.

Weitere
Religions-
gemein-
schaften

² Diese ordnen die Mitwirkung ihrer Mitglieder nach rechtsstaatlichen und demokratischen Grundsätzen.

³ Das Gesetz regelt unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Autonomie der Religionsgemeinschaften:

- a. die Wirkungen der Anerkennung;
- b. die Aufsicht.

12. Kapitel: Übergangsbestimmungen

Kirchen

Art. 145 ¹ Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Leistungen des Staates an die kirchlichen Körperschaften bleiben bis zur gesetzlichen Neuregelung garantiert. Die Neuregelung dieser Leistungen orientiert sich an deren bisherigem Gesamtumfang.

² Bis zur Neuregelung des kirchlichen Stimm- und Wahlrechts gelten die Bestimmungen des kantonalen Rechts.

³ Bis zur Neuregelung der Zuständigkeiten für die Neubildung, den Zusammenschluss und die Auflösung von Kirchgemeinden gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes.

Kirchengesetz (KiG)

(vom 9. Juli 2007)¹

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 31. Mai 2006² und der Kommission für Staat und Gemeinden vom 16. Februar 2007,

beschliesst:

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 1.⁴ Dieses Gesetz regelt die Rechtsstellung sowie die Grundzüge der Organisation der Evangelisch-reformierten Landeskirche und ihrer Kirchgemeinden, der Römisch-katholischen Körperschaft und ihrer Kirchgemeinden sowie der Christkatholischen Kirchgemeinde als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Gegenstand

§ 2.⁴ In diesem Gesetz bedeuten:

Begriffe

1. Kantonale kirchliche Körperschaften:
 - a. die Evangelisch-reformierte Landeskirche,
 - b. die Römisch-katholische Körperschaft,
 - c. die Christkatholische Kirchgemeinde.
2. Kirchenordnungen:
die Verfassungen der kantonalen kirchlichen Körperschaften.
3. Direktion:
die für die Beziehungen zu den Kirchen zuständige Direktion des Regierungsrates.

§ 3.⁴ ¹ Als Mitglied einer kantonalen kirchlichen Körperschaft und einer Kirchgemeinde gilt jede Person, die Mitgliedschaft

- a. nach der jeweiligen kirchlichen Ordnung Mitglied der Kirche ist,
- b. in einer Kirchgemeinde des Kantons Zürich Wohnsitz hat und
- c. nicht ausdrücklich ihren Austritt oder ihre Nichtzugehörigkeit zur Kirche erklärt hat.

² Erklärungen über Austritt oder Nichtzugehörigkeit sind der Kirchenpflege am Wohnsitz der betreffenden Person schriftlich einzureichen.

Zusammenarbeit zwischen Kanton und kantonalen kirchlichen Körperschaften

§ 4.⁴ ¹ Der Kanton und die kantonalen kirchlichen Körperschaften arbeiten partnerschaftlich zusammen.

² Der Kanton verkehrt mit den kantonalen kirchlichen Körperschaften in der Regel über deren Exekutiven.

³ Er gibt den kantonalen kirchlichen Körperschaften und den Kirchen Gelegenheit zur Stellungnahme bei Geschäften, die sie betreffen.

⁴ Die Universität gibt dem Kirchenrat der Evangelisch-reformierten Landeskirche Gelegenheit, zu Berufungsanträgen der Theologischen Fakultät Stellung zu nehmen.

2. Abschnitt: Grundzüge der Organisation

A. Kantonale kirchliche Körperschaften

Autonomie

§ 5.⁴ ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften organisieren sich im Rahmen des kantonalen Rechts autonom.

² Sie legen ihre Organisation unter Wahrung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze fest.

³ Wo die kantonalen kirchlichen Körperschaften keine eigenen Bestimmungen erlassen, wenden sie das kantonale Recht sinngemäss an.

Aufsicht

§ 6.⁴ ¹ Der Kantonsrat übt die staatliche Oberaufsicht über die kantonalen kirchlichen Körperschaften aus. Er nimmt deren Jahresbericht und Jahresrechnung zur Kenntnis.

² Der Regierungsrat übt die staatliche Aufsicht über die kantonalen kirchlichen Körperschaften aus.

³ Er prüft die Kirchenordnungen auf ihre Übereinstimmung mit der Verfassung und den Gesetzen und genehmigt sie. Die Verzeichnisse gemäss § 10 Abs. 2 bedürfen keiner Genehmigung.¹⁶

Organe

§ 7.⁴ ¹ Die Organe der Evangelisch-reformierten Landeskirche sind:

- a. die Gesamtheit der Stimmberechtigten und die Kirchensynode als Legislative,
- b. der Kirchenrat als Exekutive und
- c. die Rekurskommission als Judikative.

² Die Organe der Römisch-katholischen Körperschaft sind:

- a. die Gesamtheit der Stimmberechtigten und die Synode als Legislative,
- b. der Synodalrat als Exekutive und
- c. die Rekurskommission als Judikative.

³ Die Christkatholische Kirchgemeinde verfügt über die Organe einer Kirchgemeinde gemäss § 11.

§ 8.⁴ ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften sind mit Ausnahme der Christkatholischen Kirchgemeinde in Kirchgemeinden eingeteilt. Gebiets-einteilung

² Sie können überdies kirchliche Regionen oder Bezirke bilden.

§ 9.⁴ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften sorgen mit einem Finanzausgleich für eine ausgewogene Steuerbelastung unter ihren Kirchgemeinden. Finanzausgleich

B. Kirchgemeinden

§ 10.¹⁶ ¹ Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft regeln in der Kirchenordnung die Zuständigkeit für die Neubildung, den Zusammenschluss und die Auflösung sowie für Gebietsveränderungen von Kirchgemeinden. Bestand

² Sie legen die Kirchgemeinden in einem Verzeichnis zur Kirchenordnung fest.

³ Die Christkatholische Kirchgemeinde bildet eine einzige Kirchgemeinde.

§ 11.¹⁶ ¹ Die Organe der Kirchgemeinden sind: Organisation

- a. die Gesamtheit der Stimmberechtigten und die Kirchgemeindeversammlung oder an deren Stelle das Kirchgemeindepapament als Legislative,
- b. die Kirchenpflege als Exekutive und
- c. die Rechnungsprüfungskommission.

² Die Pfarrerinnen beziehungsweise Pfarrer dürfen nicht Mitglieder der Kirchenpflege sein.

³ Die Kirchenpflege besteht aus mindestens fünf Mitgliedern.

⁴ Jede Kirchgemeinde regelt ihre Organisation in einer Kirchgemeindeordnung. Diese bedarf der Genehmigung durch den Kirchenrat beziehungsweise den Synodalrat.

§ 12.¹⁶ ¹ Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft regeln die Aufsicht über ihre Kirchgemeinden. Aufsicht über Kirchgemeinden

² Soweit die Kirchgemeinden staatliches Recht unmittelbar anwenden, stehen sie unter der erstinstanzlichen Aufsicht des Bezirksrates.

³ Die Christkatholische Kirchgemeinde steht hinsichtlich ihrer gesamten Tätigkeit unter der erstinstanzlichen Aufsicht des Bezirksrates Zürich.

Pfarrwahl

§ 13.¹⁶ ¹ Die Stimmberechtigten der Kirchgemeinden wählen die Pfarrerrinnen beziehungsweise Pfarrer auf eine Amtsdauer von längstens sechs Jahren. Die Wahl erfolgt an der Urne oder in der Kirchgemeindeversammlung.

² Die Kirchenordnungen können festlegen, dass

- a. für besondere Fälle ein anderes Verfahren gilt,
- b. die Wiederwahl von Pfarrerrinnen beziehungsweise Pfarrern, welche die Kirchenpflege vorschlägt, in stiller Wahl erfolgt.

³ Eine stille Wahl gemäss Abs. 2 lit. b ist ausgeschlossen, wenn innert 30 Tagen nach Veröffentlichung des Vorschlags schriftlich ein Wahlgang verlangt wird:

- a. von einem Zwanzigstel der Stimmberechtigten in Gemeinden mit höchstens 2000 Stimmberechtigten,
- b. von mindestens 100 Stimmberechtigten in den übrigen Gemeinden.

⁴ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften regeln

- a. die Zuständigkeit und das Verfahren für die Pfarrwahl,
- b. die Wählbarkeitsvoraussetzungen und die Unvereinbarkeit,
- c. die vorzeitige Entlassung.

Benützung von Schulräumen und Kirchen

§ 14. ¹ Die Kirchgemeinden haben gegenüber den politischen Gemeinden und den Schulgemeinden Anspruch auf die unentgeltliche Benützung von öffentlichen Schulräumen für den kirchlichen Jugendunterricht.

² Die politischen Gemeinden haben Anspruch darauf, Kirchen, die im Eigentum der kirchlichen Körperschaften stehen oder von diesen zur Hauptsache unterhalten werden, sowie ihr Geläut gegen angemessene Entschädigung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu benützen. Die Benützung darf den Gottesdienst nicht beeinträchtigen.¹⁵

³ Über Streitigkeiten entscheidet der Bezirksrat.¹⁵

Zugang zu Personendaten

§ 15.⁴ ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften und ihre Kirchgemeinden erhalten aus dem Einwohnerregister der Wohnsitzgemeinde und den Registern der Schulgemeinden unentgeltlich die Angaben, die sie zur Erfassung ihrer Mitglieder beziehungsweise zur Erfüllung ihrer kirchlichen Aufgaben benötigen.

² Der Regierungsrat regelt durch Verordnung die Meldepflicht für Kinder, deren Zugehörigkeit zu einer anerkannten kirchlichen Körperschaft oder zu einer anerkannten jüdischen Gemeinde sich nicht aufgrund der elterlichen Verhältnisse ergibt.

§ 16.⁴ Die Pfarrerinnen und Pfarrer der anerkannten kirchlichen Körperschaften haben Anspruch auf Zulassung zur Seelsorge in Einrichtungen des Kantons und der Gemeinden wie in Spitälern, Pflegeheimen oder Gefängnissen.

Zulassung zur
seelsorgerischen
Tätigkeit

§ 17.⁴ Auf die Kirchgemeinden sind die Bestimmungen des Gemeindegesetzes⁶ sinngemäss anwendbar. Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen dieses Gesetzes oder der Organisationsordnungen der kantonalen kirchlichen Körperschaften.

Anwendung
des Gemeinde-
gesetzes

C. Wahlen und Abstimmungen an der Urne¹⁶

§ 17 a.¹⁵ ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften bezeichnen die wahlleitende Behörde für kirchliche Wahlen und Abstimmungen an der Urne.

² Die wahlleitende Behörde kann die Aufgaben der Wahlleitung ganz oder teilweise übertragen:

- a. dem Kanton bei kantonalen kirchlichen Wahlen und Abstimmungen,
- b. einem Bezirk, der ganz oder teilweise im entsprechenden Gebiet liegt, bei Wahlen und Abstimmungen in den kirchlichen Regionen und Bezirken,
- c. einer politischen Gemeinde, die ganz oder teilweise im entsprechenden Gebiet liegt, bei Wahlen und Abstimmungen in den Kirchgemeinden.

³ Der Urnendienst und der Auszähldienst werden in jedem Fall von den Wahlbüros der politischen Gemeinden ausgeübt.

⁴ Die staatlichen Organe wenden das Recht der kirchlichen Körperschaften an. Ihre Anordnungen sind bei der gleichen Rechtsmittelinstanz anfechtbar wie entsprechende Anordnungen der kirchlichen Organe, an deren Stelle sie handeln.

⁵ Der Kanton, die Bezirke und die politischen Gemeinden sind verpflichtet, die Aufgaben der Wahlleitung gegen Ersatz der Auslagen und angemessene Entschädigung zu übernehmen.

D. Rechtsschutz¹⁵Staatlicher
Rechtsschutz§ 18.¹⁶ ¹ Bei staatlichen Organen sind anfechtbar:

- a. Akte von Organen der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft, soweit sie sich unmittelbar auf staatliches Recht stützen,
- b. alle Akte von Organen der Christkatholischen Kirchgemeinde.

² Die Zuständigkeit der Rechtsmittelinstanz bestimmt sich durch sinngemässe Anwendung des kantonalen Verwaltungsverfahrenrechts.

Kirchlicher
Rechtsschutz

§ 18 a.¹⁵ ¹ Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft gewährleisten einen dem kantonalen Recht gleichwertigen Rechtsschutz.

² Akte ihrer Organe können letztinstanzlich an die Judikative der kantonalen kirchlichen Körperschaft weitergezogen werden.

³ Die Kirchenordnung kann

- a. den Weiterzug an die Judikative ausschliessen bei Entscheiden mit vorwiegend politischem Charakter,
- b. ausnahmsweise den Weiterzug an das Verwaltungsgericht festlegen, unter Ausschluss der Beurteilung kultischer Fragen.

3. Abschnitt: Finanzen**A. Staatliche Leistungen**

Kostenbeiträge

§ 19.⁴ ¹ Der Kanton bewilligt mit einem Globalbudget Kostenbeiträge an die kantonalen kirchlichen Körperschaften.

² Er unterstützt mit den Kostenbeiträgen ihre Tätigkeiten mit Bedeutung für die ganze Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur.

³ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften erhalten Kostenbeiträge, wenn sie eigene Programme zur Erbringung von Tätigkeiten mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erstellen.

⁴ Sie legen die Tätigkeitsprogramme für eine Dauer von jeweils sechs Jahren fest. Die Direktion wird dazu angehört.

⁵ Beiträge an die kantonalen kirchlichen Körperschaften aufgrund anderer rechtlicher Grundlagen bleiben vorbehalten.

§ 20.⁴ ¹ Der Kantonsrat setzt mit einem Rahmenkredit den Gesamtbetrag der Kostenbeiträge an die kantonalen kirchlichen Körperschaften jeweils für eine Beitragsperiode von sechs Jahren fest. Der Regierungsrat entscheidet über die jährliche Aufteilung des Rahmenkredits.

Gesamtbetrag
der Kosten-
beiträge

² Ausgehend vom Betrag, der in den Übergangsbestimmungen für die erste Beitragsperiode festgelegt ist, orientiert sich der Gesamtbetrag für die Kostenbeiträge an der Gesamtzahl der Mitglieder der kantonalen kirchlichen Körperschaften am Ende der jeweils vorhergehenden Beitragsperiode.

³ Bei der Festsetzung des Gesamtbetrags werden sowohl die Tätigkeitsprogramme für die laufende als auch jene für die folgende Periode, die diesbezügliche Berichterstattung sowie die Entwicklung der Teuerung berücksichtigt.

§ 21.⁴ ¹ Die Direktion bewilligt den einzelnen kantonalen kirchlichen Körperschaften ihre jährlichen Anteile an den Kostenbeiträgen für eine Beitragsperiode von sechs Jahren.

Anteile für die
einzelnen kirch-
lichen Körper-
schaften

² Die Anteile der kantonalen kirchlichen Körperschaften werden als jährliche Pauschalbeiträge ausgerichtet und nach der Anzahl ihrer Mitglieder bemessen.

³ Weisen die Tätigkeitsprogramme der kantonalen kirchlichen Körperschaften Unterschiede auf, deren Umfang erheblich vom Verhältnis ihrer Mitgliederzahlen abweicht, können die Tätigkeitsprogramme bei der Berechnung der entsprechenden Anteile berücksichtigt werden.

§ 22.⁴ ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften berichten der Direktion jeweils auf das Ende einer Beitragsperiode über die Verwendung der Kostenbeiträge und über die Auswirkungen und die Wirksamkeit des durchgeführten Tätigkeitsprogramms.

Bericht-
erstattung

² Die Direktion kann die Evaluation einzelner Punkte der Tätigkeitsprogramme verlangen. Der Kanton beteiligt sich zur Hälfte an den Kosten einer solchen Evaluation.

³ Nicht ausgeschöpfte Kostenbeiträge sind dem Kanton zurückzuerstatten.

§ 23.⁴ ¹ Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Verteilung der Anteile an den Kostenbeiträgen an die kantonalen kirchlichen Körperschaften entscheidet der Regierungsrat.

Rechtsschutz

² Rekursentscheide des Regierungsrates können von den kantonalen kirchlichen Körperschaften mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

³ Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes¹⁰.

Ausführungs-
bestimmungen

§ 24.⁴ Der Regierungsrat regelt in einer Verordnung die Einzelheiten zu den Kostenbeiträgen sowie zur Festlegung der Anteile der kantonalen kirchlichen Körperschaften.

B. Steuern natürlicher und juristischer Personen

§ 25.⁴ ¹ Die Kirchgemeinden erheben von den Angehörigen ihrer Konfession und den juristischen Personen nach Massgabe des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997¹¹ die Kirchensteuer. Dieses Gesetz kommt unmittelbar zur Anwendung.¹⁴

² Die Erträge aus den Kirchensteuern der juristischen Personen dürfen nicht für kultische Zwecke verwendet werden. Über die Verwendung dieser Steuererträge legen die kantonalen kirchlichen Körperschaften gesamthaft Rechenschaft ab.

³ Im Übrigen bestimmen die kirchlichen Körperschaften selbstständig über die Verwendung der Steuererträge.

C. Kirchliche Liegenschaften im Eigentum des Kantons

§ 26.³ ¹ Das Grossmünster sowie die Klosterkirchen Kappel und Rheinau stehen im Eigentum des Kantons.

² Die Benutzung erfolgt mit Bezug auf

- a. das Grossmünster und die Klosterkirche Kappel aufgrund von Verträgen zwischen dem Kanton und der Evangelisch-reformierten Landeskirche,
- b. die Klosterkirche Rheinau aufgrund eines Vertrages zwischen dem Kanton und der Römisch-katholischen Körperschaft.

³ Der Rechtsschutz richtet sich nach den §§ 81 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes^{10,14}.

4. Abschnitt: Schlussbestimmungen

A. Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts

Aufhebung

§ 27.⁴ Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden das Gesetz über die evangelisch-reformierte Landeskirche vom 7. Juli 1963 und das Gesetz über das katholische Kirchenwesen vom 7. Juli 1963 aufgehoben.

§ 28.⁴ Das bisherige Recht wird gemäss Anhang geändert.

Änderung

B. Übergangsbestimmungen

§ 29.⁴ ¹ Der Gesamtbetrag der an die kantonalen kirchlichen Körperschaften zu entrichtenden Kostenbeiträge beträgt für die erste Beitragsperiode 50 Mio. Franken pro Jahr.

Gesamtbetrag der Kostenbeiträge

² Die erste Beitragsperiode dauert vier Jahre. Sie beginnt mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes, im Falle des Inkrafttretens während des Jahrs am 1. Januar des Folgejahrs.

§ 30.⁴ ¹ Auf den Beginn der ersten Beitragsperiode wird der Gesamtbetrag der nach bisherigem Recht für die Besoldung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer aufzuwendenden Mittel festgestellt. Die Differenz zwischen diesem Betrag und den für die erste Beitragsperiode jährlich zu entrichtenden Kostenbeiträgen an die Evangelisch-reformierte Landeskirche wird innert vier Jahren auf null reduziert.

Angleichung der Kostenbeiträge

² Die Reduktion erfolgt linear in vier Schritten jeweils auf den Beginn eines neuen Jahres.

§ 31.⁴ Bestehende Verträge zwischen den kirchlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts und der Versicherungskasse für das Staatspersonal werden durch den Erlass dieses Gesetzes nicht berührt.

Berufliche Vorsorge

§ 32.³ ¹ Pfarrliegenschaften und Kirchen, die sich im Eigentum des Kantons befinden, werden innert einer vom Regierungsrat zu bestimmenden Frist ins Eigentum der entsprechenden Kirchgemeinden übertragen.

Übertragung kirchlicher Liegenschaften

² Ausgenommen sind die unter § 26 dieses Gesetzes aufgeführten Kirchen.

³ Die Übertragung von Pfarrliegenschaften erfolgt mit einer kapitalisierten Abfindung für die Ablösung der Unterhaltungspflicht. Die Modalitäten zur Übertragung von Kirchen werden im Einzelfall festgelegt.

§ 32 a.¹⁵ ¹ Die Direktion verzichtet in der Regel auf Rechte und Forderungen des Kantons aus einem Vertrag betreffend die Übertragung einer kirchlichen Liegenschaft, wenn diese nach der Umnutzung einem gemeinnützigen Zweck dient.

Umnutzung kirchlicher Liegenschaften

² Weisen bei kirchlichen Liegenschaften im Eigentum der Kirchgemeinden Verträge und Anmerkungen im Grundbuch die Befugnis zur Bewilligung von Zweckänderungen oder Veräusserungen dem Regierungsrat zu, ist dafür die Exekutive der betreffenden kantonalen kirchlichen Körperschaft zuständig.

³ Hat sich eine Kirchgemeinde beim Erwerb einer kirchlichen Liegenschaft vom Kanton verpflichtet, diesem im Falle einer Zweckänderung oder Veräusserung der Liegenschaft eine Zahlung zu leisten, erlischt diese Zahlungspflicht entsprechend der vertraglichen Vereinbarung, spätestens jedoch 20 Jahre nach dem Erwerb der Liegenschaft.

Amtsdauer der
Pfarrerinnen
und Pfarrer

§ 33.⁴ Die Amtsdauer der von den Stimmberechtigten, vom Regierungsrat und vom Kirchenrat gewählten Pfarrerinnen beziehungsweise Pfarrer endet im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Anhang⁴

Die nachstehenden Gesetze werden wie folgt geändert:

- a. Das **Gemeindegesezt** vom 6. Juni 1926⁶: ...⁵
- b. Das **Gesetz über die politischen Rechte** vom 1. September 2003⁷: ...⁵
- c. ...¹³
- d. Das **Gesetz über die Bezirksverwaltung** vom 10. März 1985⁹: ...⁵
- e. Das **Verwaltungsrechtspflegegesetz** vom 24. Mai 1959¹⁰: ...⁵
- f. Das **Steuergesetz** vom 8. Juni 1997¹¹: ...⁵
- g. Das **Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz** vom 28. September 1986¹²: ...⁵

¹ OS 62, 482.

² ABl 2006, 573.

³ §§ 26 und 32 in Kraft seit 1. Januar 2008 (OS 62, 499).

⁴ Inkrafttreten: 1. Januar 2010 (OS 63, 152).

⁵ Text siehe OS 62, 482.

⁶ LS 131.1.

⁷ LS 161.

⁸ LS 171.1.

⁹ LS 173.1.

¹⁰ LS 175.2.

¹¹ LS 631.1.

¹² LS 632.1.

¹³ Aufgehoben durch Finanzkontrollgesetz vom 30. Juni 2008 (OS 63, 543; ABl 2007, 2325). In Kraft seit 1. Januar 2009.

¹⁴ Fassung gemäss G über die Anpassung des kantonalen Verwaltungsverfahrensrechts vom 22. März 2010 (OS 65, 390; ABl 2009, 801). In Kraft seit 1. Juli 2010.

¹⁵ Eingefügt durch G vom 28. August 2017 (OS 73, 117; ABl 2016-09-23). In Kraft seit 1. April 2018.

¹⁶ Fassung gemäss G vom 28. August 2017 (OS 73, 117; ABl 2016-09-23). In Kraft seit 1. April 2018.

Inhaltsverzeichnis

Kirchengesetz

	§§
1. Abschnitt: Allgemeines	1–4
2. Abschnitt: Grundzüge der Organisation	5–18a
A. Kantonale kirchliche Körperschaften	5–9
B. Kirchgemeinden	10–17
C. Wahlen und Abstimmungen an der Urne	17a
D. Rechtsschutz	18–18a
3. Abschnitt: Finanzen	19–26
A. Staatliche Leistungen	19–24
B. Steuern natürlicher und juristischer Personen	25
C. Kirchliche Liegenschaften im Eigentum des Kantons	26
4. Abschnitt: Schlussbestimmungen	27–33
A. Aufhebung und Änderung bisherigen Rechts	27–28
B. Übergangsbestimmungen	29–33

Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz über die anerkannten jüdischen Gemeinden

(vom 8. Juli 2009)¹

Der Regierungsrat,

gestützt auf das Kirchengesetz vom 9. Juli 2007 (KiG)⁴ und §§ 7, 8, 10, 11 und 13 des Gesetzes über die anerkannten jüdischen Gemeinden vom 9. Juli 2007 (GjG)⁵,

beschliesst:

1. Abschnitt: Allgemeines

- § 1. In dieser Verordnung bedeuten:
- | | |
|--|-----------------|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. kantonale kirchliche Körperschaften: <ol style="list-style-type: none"> a. die Evangelisch-reformierte Landeskirche, b. die Römisch-katholische Körperschaft, c. die Christkatholische Kirchgemeinde; 2. anerkannte jüdische Gemeinden: <ol style="list-style-type: none"> a. die Israelitische Cultusgemeinde Zürich, b. die Jüdische Liberale Gemeinde; 3. anspruchsberechtigte Körperschaften:
die in Ziff. 1 und 2 genannten Körperschaften und Gemeinden; 4. Direktion:
die Direktion der Justiz und des Innern. | <p>Begriffe</p> |
|--|-----------------|
- § 2. Wenden die kirchlichen Körperschaften kantonales Recht subsidiär an, gilt dieses als kirchlich-körperschaftliches Recht.
- | | |
|---|--|
| <p>§ 3. ¹ Der Regierungsrat beaufsichtigt die kantonalen kirchlichen Körperschaften und die anerkannten jüdischen Gemeinden bezüglich der Einhaltung des für diese massgebenden kantonalen Rechts.</p> | <p>Anwendung subsidiären Rechts (§§ 5 Abs. 3 und 17 KiG)</p> <p>Staatliche Aufsicht (§§ 6 Abs. 2 und 11 Abs. 4 KiG, § 13 Abs. 2 GjG)</p> |
|---|--|

² Er stellt sicher, dass die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft die Aufsicht über die Kirchgemeinden wahrnehmen, soweit diese kirchlich-körperschaftliches Recht anwenden.

³ Die Aufsicht im Bereich der Kirchensteuern ist auf deren Erhebung nach den Bestimmungen des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997⁶ beschränkt.

Mitteilungs-
pflichten
(§ 15 KiG,
§ 7 GjG)

§ 4. ¹ Die Kirchgemeinden und die anerkannten jüdischen Gemeinden teilen Konfessions- oder Religionszugehörigkeitsmeldungen, die an sie ergangen sind, der Wohnsitzgemeinde mit.

² Liegt bei religionsunmündigen Kindern und Jugendlichen keine Meldung über ihre Konfessions- oder Religionszugehörigkeit vor, teilt die Einwohnerkontrolle dies der Kirchgemeinde oder anerkannten jüdischen Gemeinde mit, der ein Elternteil angehört.

³ Gehören nicht alle Personen einer Familie, einer faktischen Lebensgemeinschaft oder einer eingetragenen Partnerschaft derselben kantonalen kirchlichen Körperschaft an, sind die betreffenden Kirchgemeinden befugt, über diese Personen aus dem Einwohnerregister die Angaben gemäss § 15 Abs. 1 KiG zu beziehen.

Zuständigkeit
bei Zweck-
änderungen
von kirchlichen
Liegenschaften
(§ 32 KiG)

§ 5. Ist die Befugnis zur Bewilligung von Zweckänderungen oder von Veräusserungen von Pfarrhäusern und Kirchen im Eigentum der Kirchgemeinden gemäss Verträgen und Anmerkungen im Grundbuch dem Regierungsrat zugewiesen, wird sie an die Exekutiven der kantonalen kirchlichen Körperschaften übertragen.

Zulassung zur
seelsorgeri-
schen Tätigkeit
(§ 16 KiG,
§ 10 GjG)

§ 6. ¹ Anspruch auf Zulassung zur seelsorgerischen Tätigkeit in Einrichtungen des Kantons und der Gemeinden haben alle in ihrer kantonalen kirchlichen Körperschaft oder anerkannten jüdischen Gemeinde zur seelsorgerischen Tätigkeit zugelassenen Amtsträgerinnen und Amtsträger.

² Für die Zulassung zur seelsorgerischen Tätigkeit in einem Gefängnis bedürfen sie zudem einer ausdrücklichen Empfehlung durch die betreffende kantonale kirchliche Körperschaft oder anerkannte jüdische Gemeinde.

³ Weist eine Einrichtung das Begehren um Zulassung zur seelsorgerischen Tätigkeit ab, erlässt sie eine Verfügung.

Rechtsschutz
a. Allgemein
(§ 18 Abs. 1
KiG)

§ 7. ¹ Anordnungen kirchlicher Organe sind bei den staatlichen Organen anfechtbar, wenn die Verletzung von unmittelbar anwendbarem kantonalem Recht geltend gemacht wird.

² Wird die Verletzung kirchlich-körperschaftlichen Rechts geltend gemacht, richtet sich der Rechtsweg nach den Bestimmungen der kantonalen kirchlichen Körperschaften.

³ Werden beide Rechtswege beschritten, regeln die zuständigen Instanzen in einem Meinungs austausch das Vorgehen.

⁴ Anordnungen der Organe der Christkatholischen Kirchgemeinde sind auch dann bei den staatlichen Organen anfechtbar, wenn sie sich auf kirchlich-körperschaftliches Recht stützen.

§ 8. Der Bezirksrat entscheidet Streitigkeiten zwischen Kirchgemeinden oder anerkannten jüdischen Gemeinden und politischen Gemeinden oder Schulgemeinden über die Benützung von Schulräumen. b. Schulräume (§ 14 KiG, § 11 GjG)

§ 9. ¹ Die Baudirektion begutachtet auf Ersuchen der kantonalen kirchlichen Körperschaften Bauprojekte der Kirchgemeinden für Kirchen und Pfarrhäuser. Begutachtung von Bauprojekten

² Der Zugang der kantonalen kirchlichen Körperschaften zu den beim Kanton vorhandenen Unterlagen zu Kirchen und Pfarrhäusern ist gewährleistet. Die kantonalen kirchlichen Körperschaften haben Anspruch auf unentgeltliche Auszüge aus diesen Unterlagen.

§ 10.⁸ Die Gesetzessammlung und die Rubrik «Rechtsetzung und politische Rechte» des Amtsblatts stehen den kantonalen kirchlichen Körperschaften zur Veröffentlichung ihrer Erlasse und Anordnungen unentgeltlich zur Verfügung. Gesetzessammlung und Amtsblatt

2. Abschnitt: Finanzen

A. Grundsätze

§ 11. ¹ Die kirchlichen Körperschaften führen ihre Haushalte nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit. Finanzhaushalt

² Die kantonalen kirchlichen Körperschaften verwenden zur Steuerung ihres Finanzhaushalts anerkannte Steuerungs- und Führungsinstrumente.

³ Sie sorgen dafür, dass die Kirchgemeinden diese Instrumente in geeigneter Weise für sich einsetzen.

§ 12. ¹ Die kirchlichen Körperschaften folgen bei der Rechnungslegung den Grundsätzen der Transparenz, der Vergleichbarkeit und der Öffentlichkeit. Rechnungslegung

² Die Evangelisch-reformierte Landeskirche und die Römisch-katholische Körperschaft fassen die wesentlichen Teile der Rechnungen ihrer Kirchgemeinden sowie der kantonalen kirchlichen Körperschaft zu einer Gesamtrechnung zusammen.

Vergleichbarkeit

§ 13. ¹ Die Haushaltsführung und die Gesamtrechnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft müssen vergleichbar sein.

² Die Direktion erlässt Vorgaben, soweit eine Einigung zwischen der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft nicht zustande kommt.

Finanzaufsicht

§ 14. Der Regierungsrat beaufsichtigt die Einhaltung der finanzrechtlichen Mindestanforderungen durch die kantonalen kirchlichen Körperschaften. Er zieht dazu die Finanzkontrolle bei.

Erhebung der Wohnbevölkerung

§ 15. Die Mitglieder der anspruchsberechtigten Körperschaften werden bei der Erhebung der Wohnbevölkerung gesondert gemäss Verordnung zum Finanzausgleichsgesetz vom 29. November 1978² erfasst.

B. Staatliche Leistungen

Tätigkeitsprogramme
a. Inhalt und Struktur (§§ 19 Abs. 2 und 3 und 21 Abs. 3 KiG)

§ 16. ¹ Die Tätigkeitsprogramme der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft umfassen auch die Tätigkeiten der Kirchgemeinden.

² Die Tätigkeitsprogramme gliedern sich in Bereiche und geben Auskunft über den Inhalt, die beabsichtigte Wirkung, den Adressatenkreis, die Art der Leistungserbringung sowie die Finanzierung der erfassten Tätigkeiten.

³ Sie müssen vergleichbar sein. Die anspruchsberechtigten Körperschaften verständigen sich über die Gliederung der Tätigkeitsprogramme. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die Direktion.

b. Eingabefrist

§ 17. Die anspruchsberechtigten Körperschaften reichen ihre Tätigkeitsprogramme der Direktion bis Ende März des zweitletzten Jahres vor Beginn einer Beitragsperiode ein.

c. Stellungnahme der Direktion (§ 19 Abs. 4 KiG)

§ 18. ¹ Die Direktion nimmt bis Ende April zu den von den anspruchsberechtigten Körperschaften eingereichten Tätigkeitsprogrammen Stellung.

² Sie holt dazu eine besondere Stellungnahme jener Direktionen des Regierungsrates ein, deren Aufgabenbereich von den in den Programmen erfassten Tätigkeiten betroffen ist.

§ 19. ¹ Weichen die Direktion und eine anspruchsberechtigte Körperschaft in der Beurteilung des Umfangs und des Inhalts eines Tätigkeitsprogramms voneinander ab, versuchen sie, eine Einigung zu erzielen.

d. Bereinigungsverfahren

² Kommt keine Einigung zustande, entscheidet der Regierungsrat im Rahmen der Antragstellung an den Kantonsrat.

§ 20. ¹ Die Direktion unterbreitet dem Regierungsrat auf der Grundlage der neuen Tätigkeitsprogramme und der Beitragsperiode, die gemäss § 23 Gegenstand der Berichterstattung ist, bis Ende August des zweitletzten Jahres vor Beginn einer Beitragsperiode den Antrag an den Kantonsrat zur Festlegung des Rahmenkredits für die nächste Beitragsperiode. Sie berücksichtigt dabei die jüngste Erhebung der Wohnbevölkerung im Kanton.

Kredite und Kostenbeiträge

a. Rahmenkredit (§ 20 KiG)

² Der Regierungsrat beschliesst bis Ende September über den Antrag an den Kantonsrat. Er strebt die gleichzeitige Verabschiedung des Rahmenkredits durch den Kantonsrat mit dem Budget an.

§ 21. ¹ Der Regierungsrat beschliesst bis Ende Februar des Jahres vor Beginn einer Beitragsperiode über die jährliche Aufteilung des vom Kantonsrat mit dem Rahmenkredit festgelegten Gesamtbetrags der Kostenbeiträge.

b. Jährliche Aufteilung des Rahmenkredits (§ 20 KiG)

² Der Regierungsrat bildet in der Regel für jedes Jahr gleich grosse Anteile. Die anspruchsberechtigten Körperschaften können abweichende Anträge stellen.

§ 22. ¹ Die Direktion legt jeweils bis Ende April die Anteile der anspruchsberechtigten Körperschaften am jährlichen Anteil des Rahmenkredits für das Folgejahr fest.

c. Verteilung der Kostenbeiträge (§ 21 KiG)

² Die Anteile werden nach der Anzahl Mitglieder der anspruchsberechtigten Körperschaften bemessen. Massgebend ist die Zahl der Personen, die gemäss § 1 der Finanzausgleichsverordnung vom 17. August 2011² zum Einwohnerbestand einer Gemeinde gehören und deren Zugehörigkeit zur betreffenden Körperschaft am Stichtag in den Einwohnerregistern erfasst ist.⁷

³ Die Tätigkeitsprogramme der anspruchsberechtigten Körperschaften werden bei der Festlegung der Anteile an den Kostenbeiträgen insbesondere berücksichtigt, wenn:

- a. der Unterschied im Umfang vergleichbarer Tätigkeiten trotz geringer Unterschiede bei den Mitgliederzahlen erheblich ist,
- b. vergleichbare Tätigkeiten trotz erheblicher Unterschiede bei den Mitgliederzahlen in ähnlichem Umfang erbracht werden.

⁴ In solchen Fällen kann die Direktion die jährlichen Anteile an den Kostenbeiträgen abweichend vom Verhältnis der Mitgliederzahlen festlegen. Sie hört vorgängig die anspruchsberechtigten Körperschaften an.

Bericht-
erstattung
(§§ 20 Abs. 3
und 22 KiG)
a. Über eine
sechsjährige
Beitragsperiode
(§ 22 Abs. 1
KiG)

§ 23. ¹ Die Berichterstattung über eine sechsjährige Beitragsperiode folgt der Gliederung der Tätigkeitsprogramme und gibt insbesondere Auskunft über Abweichungen zwischen beabsichtigter und tatsächlicher Wirkung der erfassten Tätigkeiten. Sie nimmt Bezug auf die vergangenen vier Jahre und die kommenden zwei Jahre der laufenden Beitragsperiode.

² Die anspruchsberechtigten Körperschaften reichen ihre Berichterstattung zusammen mit den neuen Tätigkeitsprogrammen ein.

b. Jahresbericht
(§ 6 KiG, § 13
GjG)

§ 24. ¹ Die Jahresberichte der anspruchsberechtigten Körperschaften nehmen Bezug auf die Tätigkeitsprogramme der laufenden Beitragsperiode und deren Umsetzung.

² Die anspruchsberechtigten Körperschaften reichen ihre Jahresberichte der Direktion bis Ende September des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres ein.

³ Die Direktion unterbreitet dem Regierungsrat bis Ende November den Antrag an den Kantonsrat zum Jahresbericht.

c. Evaluation
(§ 22 Abs. 2
KiG)

§ 25. ¹ Weichen die Direktion und eine anspruchsberechtigte Körperschaft bei der Beurteilung der tatsächlichen und der beabsichtigten Wirkung der erfassten Tätigkeiten voneinander ab, lädt die Direktion diese Körperschaft zu einer Aussprache ein.

² Kommt keine Einigung zustande, kann die Direktion zu den streitigen Punkten eine Evaluation verlangen.

³ Die betreffende anspruchsberechtigte Körperschaft entscheidet im Einvernehmen mit der Direktion, wer die Evaluation durchführt. Die Direktion beteiligt sich zur Hälfte an den Kosten der Evaluation.

Rückerstattung
(§ 22 Abs. 3
KiG)

§ 26. Die Rückerstattung von Kostenbeiträgen richtet sich nach dem Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990³.

C. Steuern natürlicher und juristischer Personen

Negative
Zweckbindung
(§ 25 Abs. 2
KiG)

§ 27. ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften weisen in der Gesamtrechnung die Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen getrennt aus.

² Sie weisen aufgrund ihrer Gesamtrechnung in Form von Pauschalrechnungen vergleichbar nach, dass die kirchlichen Erträge (Einnahmen abzüglich der Steuern der juristischen Personen und der Kostenbeiträge) den Aufwand für kultische Zwecke decken oder übersteigen. Der Nachweis ist im Rahmen des Jahresberichts durch die Revisionsstelle zu bestätigen.

³ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften überprüfen die Grundlagen der Pauschalrechnung periodisch und passen die Pauschalrechnungen bei Bedarf an.

⁴ Stellt der Regierungsrat die Pauschalrechnung infrage, kann er die Rechnungslegung überprüfen lassen.

⁵ Ergibt sich, dass die Aufwendungen für kultische Zwecke nicht allein aus den kirchlichen Erträgen gedeckt sind, wird der Differenzbetrag im Rahmen der nächsten Aufteilungsverfügung gemäss § 22 mit den jährlich gewährten Kostenbeiträgen verrechnet.

3. Abschnitt: Schlussbestimmungen

A. Übergangsbestimmungen

§ 28. Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Kirchengesetzes und dieser Verordnung bei den staatlichen Behörden und Organen hängigen Aufsichts- und Rechtsmittelverfahren werden gemäss der bisherigen Zuständigkeitsordnung zu Ende geführt.

Aufsicht und
Rechtsschutz
a. Hängige
Verfahren

§ 29. ¹ Die Aufsicht über die Kirchgemeinden und der Rechtsschutz gegen deren Anordnungen richten sich bis am 30. Juni 2011 nach der bisherigen Zuständigkeitsordnung.

b. Kirch-
gemeinden

² Die in diesem Zeitpunkt hängigen Verfahren werden gemäss der bisherigen Zuständigkeitsordnung zu Ende geführt.

§ 30. ¹ Die kantonalen kirchlichen Körperschaften erstellen erstmals für 2011 eine Gesamtrechnung.

Finanzrechtliche
Mindest-
anforderungen

² Sie weisen die Erträge aus den Steuern von natürlichen und juristischen Personen ab dem Rechnungsjahr 2011 gemäss § 27 Abs. 1 und 2 aus.

§ 31. Die Kostenbeiträge von jährlich 50 Mio. Franken für die Beitragsperiode 2010–2013 werden ohne Tätigkeitsprogramme auf der Grundlage der beim Inkrafttreten des Kirchengesetzes als gesamtgesellschaftlich bedeutsam eingestuften Tätigkeiten ausgerichtet.

Beitragsperiode
2010–2013
a. Festlegung
ohne Tätigkeits-
programme
(§ 29 KiG)

b. Abstufung
der Kosten-
beiträge
(§ 21 KiG)

§ 32. ¹ Die Direktion beachtet in den ersten vier Beitragsjahren bei der jährlichen Verteilung der Kostenbeiträge die Abstufung nach § 30 Abs. 1 KiG.

² Der schrittweise Ausgleich zwischen den Anteilen der Evangelisch-reformierten Landeskirche und der Römisch-katholischen Körperschaft erfolgt im Rahmen der jährlichen Verfügung zur Aufteilung der Kostenbeiträge.

c. Bericht-
erstattung

§ 33. Die kantonalen kirchlichen Körperschaften legen erstmals für das Jahr 2011 zusammen mit dem Jahresbericht eine Gesamtrechnung und den Nachweis der Einhaltung der negativen Zweckbindung für die Steuererträge von juristischen Personen vor.

Dienstalters-
geschenke der
Pfarrerinnen
und Pfarrer

§ 34. Soweit Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelisch-reformierten Landeskirche 2010 und 2011 Anspruch auf ein Dienstaltersgeschenk haben, übernimmt, im Verhältnis zu den gemäss bisherigem Recht bis Ende 2009 anrechenbaren Dienstjahren, der Kanton folgende Kosten:

- a. bei einer Barauszahlung den bisherigen Anteil von 63% der Entlohnung der Pfarrerinnen und Pfarrer,
- b. bei einem Ferienbezug die Vergütung für die Stellvertretung durch ein Vikariat.

Hängige
Bauprojekte

§ 35. Die zuständigen Stellen der Baudirektion führen im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Kirchengesetzes hängige Begutachtungen von Bauprojekten für Kirchen und Pfarrhäuser nach bisheriger Zuständigkeitsordnung zu Ende.

B. Inkrafttreten

§ 36. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

¹ OS 64, 476; Begründung siehe ABl 2009, 1443.

² LS 132.11.

³ LS 132.2.

⁴ LS 180.1.

⁵ LS 184.1.

⁶ LS 631.1.

⁷ Fassung gemäss RRB vom 17. August 2011 (OS 66, 786; ABl 2011, 2425). In Kraft seit 1. Januar 2012.

⁸ Fassung gemäss RRB vom 18. April 2012 (OS 67, 188; ABl 2012, 809). In Kraft seit 1. Juli 2012.

Inhaltsverzeichnis**Verordnung zum Kirchengesetz und zum Gesetz
über die anerkannten jüdischen Gemeinden**

	§§
1. Abschnitt: Allgemeines	1–10
2. Abschnitt: Finanzen	11–27
A. Grundsätze	11–15
B. Staatliche Leistungen	16–26
C. Steuern natürlicher und juristischer Personen	27
3. Abschnitt: Schlussbestimmungen	28–36
A. Übergangsbestimmungen	28–35
B. Inkrafttreten	36

Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich

(vom 17. März 2009)¹

Die Kirchensynode der Evangelisch-reformierten Landeskirche,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Kirchenrates vom 9. April 2008⁴
und gestützt auf § 5 des Kirchengesetzes vom 9. Juli 2007¹⁰,

beschliesst:

Präambel

Im Vertrauen auf das Evangelium und
im Wissen um die Vorläufigkeit menschlichen Tuns
gibt sich die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich
die folgende Kirchenordnung:

1. Teil: Die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich

1. Abschnitt: Ursprung und Bekenntnis

Art. 1 ¹ Kirche ist überall, wo Gottes Wort aufgrund der Heiligen Kirche
Schrift Alten und Neuen Testaments verkündigt und gehört wird.

² Kirche ist überall, wo Menschen Gott als den Schöpfer anerken-
nen, wo sie Jesus Christus als das Haupt der Gemeinde und als den
Herrn und Versöhner der Welt bekennen und wo Menschen durch den
Heiligen Geist zum Glauben gerufen und so zu lebendiger Gemein-
schaft verbunden werden.

³ Kirche ist überall, wo Menschen durch Glaube, Hoffnung und
Liebe das Reich Gottes in Wort und Tat bezeugen.

Art. 2 ¹ Die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Herkunft
Zürich besteht aufgrund des Wortes Gottes, das im Evangelium von
Jesus Christus Gestalt gefunden hat.

² Sie führt die von Huldrych Zwingli und Heinrich Bullinger begon-
nene Reformation weiter.

- Art. 3** ¹ Die Landeskirche ist mit ihren Gliedern allein dem Evangelium von Jesus Christus verpflichtet. An ihm orientiert sich ihr Glauben, Lehren und Handeln.
- ² Die Landeskirche bekennt das Evangelium mit der christlichen Kirche aller Zeiten. Sie ist im Sinne des altchristlichen Glaubensbekenntnisses Teil der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche. Sie ist in diesem ökumenischen Horizont evangelische Kirche.
- ³ Die Landeskirche gehört zur reformierten Kirchengemeinschaft. Sie bezeugt dies durch die Verbundenheit mit den altchristlichen und reformatorischen Bekenntnissen sowie durch den Bezug zu neueren reformierten und ökumenischen Bekenntnisschriften.
- ⁴ Die Landeskirche prüft und erneuert ihr Lehren und Handeln immer wieder an dem in der Heiligen Schrift bezeugten Wort Gottes.
- Art. 4** ¹ Die Kirche lebt aus dem befreienden Zuspruch Gottes. Aus ihm leitet sie ihre Verantwortung in der Gesellschaft ab.
- ² Die Landeskirche nimmt das prophetische Wächteramt wahr. In der Ausrichtung aller Lebensbereiche am Evangelium tritt sie ein für die Würde des Menschen, die Ehrfurcht vor dem Leben und die Bewahrung der Schöpfung.
- Art. 5** ¹ Die Landeskirche ist den Menschen nah und spricht sie in ihrer Vielfalt an.
- ² Als Volkskirche leistet sie ihren Dienst in Offenheit gegenüber der ganzen Gesellschaft durch
- a. die Verkündigung des Wortes Gottes in Liturgie, Predigt, Taufe und Abendmahl,
 - b. die Zuwendung aufgrund des Wortes Gottes in Diakonie und Seelsorge,
 - c. die Auseinandersetzung mit dem Wort Gottes in der Bildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen,
 - d. die Ausrichtung am Wort Gottes beim Aufbau der Gemeinde.
- Art. 6** Die Landeskirche tritt ein für die Familie, für eine kinderfreundliche Gesellschaft und für das Miteinander der Generationen.
- Art. 7** ¹ Die Kirche feiert den Sonntag in biblischer Tradition als Tag der Auferstehung Jesu Christi und als Tag der Ruhe.
- ² Sie gestaltet den Sonntag als Zeit des Hörens und der Besinnung sowie der Gemeinschaft und der Gastfreundschaft.
- ³ Die Landeskirche tritt für die Achtung des Sonntags in der Gesellschaft ein.

Art. 8 ¹ Die Landeskirche ist aufgrund ihres reformatorischen Erbes der Übersetzung der Bibel verpflichtet. Zürcher Bibel

² Die Zürcher Bibel gilt als die in der Landeskirche eingeführte Übersetzung.

2. Abschnitt: Beziehungen und Partnerschaften

Art. 9 ¹ Die Landeskirche hat Teil am reformierten Zeugnis in der Welt. Reformierte Gemeinschaft

² Sie unterhält Beziehungen zu anderen reformierten Kirchen. a. Grundsatz

³ Sie setzt sich für den Zusammenhalt des schweizerischen Protestantismus ein.

Art. 10 Die Landeskirche ist Mitglied des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK. b. Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund

Art. 11 Die Landeskirche ist durch den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund verbunden mit der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE, der Konferenz Europäischer Kirchen KEK, dem Reformierten Weltbund RWB und dem Ökumenischen Rat der Kirchen ÖRK. c. In Europa und weltweit

Art. 12 ¹ Das Bekenntnis zu Jesus Christus verpflichtet zur Ökumene. Ökumene und interreligiöser Dialog

² Aufgrund der gemeinsamen Wurzeln von Judentum und Christentum ist die Landeskirche dem christlich-jüdischen Dialog verpflichtet. Sie pflegt insbesondere die Beziehung zu den jüdischen Glaubensgemeinschaften im Kanton Zürich.

³ Die Landeskirche führt den Dialog mit anderen Religionen und tritt für den religiösen Frieden ein.

Art. 13 ¹ Die Landeskirche versteht die Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat als Auftrag im weltweiten Bezug. Mission und Diakonie im weltweiten Bezug

² Sie arbeitet mit den schweizerischen Missionswerken zusammen, namentlich mit mission 21.

³ Sie unterstützt insbesondere das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz HEKS sowie Brot für alle BFA als Werke des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes.

Evangelische
Werke und
Gemeinschaften,
Migrations-
kirchen

Art. 14 Die Landeskirche pflegt Beziehungen zu evangelischen Werken, Gemeinschaften und Migrationskirchen, die auf dem Boden des reformatorischen Glaubens- und Schriftverständnisses stehen.

Theologische
Fakultät

Art. 15 ¹ Die Landeskirche arbeitet mit der Theologischen Fakultät der Universität Zürich zusammen, namentlich bei der Aus- und Weiterbildung von Theologinnen und Theologen sowie zur Bearbeitung wissenschaftlich-theologischer Fragestellungen.

² Der Kirchenrat nimmt zu Berufungsanträgen der Theologischen Fakultät Stellung.

³ Die Theologische Fakultät ist eingeladen, eine Vertretung in die Kirchensynode abzuordnen.

3. Abschnitt: Organisatorische Grundlagen

Rechts-
persönlichkeit,
Autonomie

Art. 16 ¹ Die Evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich ist eine selbstständige Körperschaft des öffentlichen Rechts.

² Sie organisiert sich im Rahmen des kantonalen Rechts autonom.

Zusammen-
arbeit mit
dem Kanton

Art. 17 ¹ Die Landeskirche steht durch die Geschichte, durch das Verständnis ihres Auftrages und aufgrund der Kantonsverfassung⁵ in einem besonderen Verhältnis zum Kanton Zürich.

² Sie arbeitet mit den zuständigen Stellen des Kantons partnerschaftlich zusammen.

Demokratie
und Rechts-
staatlichkeit

Art. 18 Die Landeskirche wahrt in ihrer Organisation und in ihrem Handeln auf allen Ebenen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze. Sie beachtet die Gleichstellung von Frau und Mann.

Petitionsrecht

Art. 19 ¹ Das Petitionsrecht an kirchliche Behörden und Organe ist gewährleistet.

² Diese sind verpflichtet, Petitionen zu prüfen und binnen sechs Monaten dazu Stellung zu nehmen.

Stimm- und
Wahlrecht

Art. 20²⁶ ¹ Stimm- und wahlberechtigt in Angelegenheiten der Kirchgemeinde, des kirchlichen Bezirkes und der Landeskirche ist, wer

- a. Mitglied der Landeskirche ist,
- b. im betreffenden Gemeinwesen politischen Wohnsitz hat,
- c. über das Schweizer Bürgerrecht oder eine ausländerrechtliche Bewilligung B, C oder Ci verfügt und
- d. das 16. Altersjahr vollendet hat.

² Wählbar in Behörden und Organe der Kirchgemeinde, des kirchlichen Bezirkes und der Landeskirche ist, wer

- a. Mitglied der Landeskirche ist,
- b. soweit erforderlich im betreffenden Gemeinwesen politischen Wohnsitz hat,
- c. über das Schweizer Bürgerrecht oder eine ausländerrechtliche Bewilligung B, C oder Ci verfügt,
- d. das 18. Altersjahr vollendet hat und
- e. die weiteren Voraussetzungen gemäss Kirchenordnung erfüllt.

³ Die Kirchgemeinden lassen das Register der stimm- und wahlberechtigten Personen durch die politischen Gemeinden führen.

Art. 20 a²⁵ Wahlleitende Behörde ist:

Wahlleitende
Behörde

- a. die Kirchenpflege für Wahlen und Abstimmungen in der Kirchgemeinde,
- b. der Vorstand eines Kirchgemeindeverbandes bei Wahlen und Abstimmungen in dessen Gebiet,
- c. der Kirchenrat für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für Wahlen im kirchlichen Bezirk.

Art. 20 b²⁵ Für die Mitglieder von Behörden und Organen der Kirchgemeinden, der kirchlichen Bezirke und der Landeskirche besteht kein Amtszwang.

Amtszwang

Art. 21 ¹ Die Amtsdauer der Behörden und Organe, der gewählten Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Vorstände der Pfarrkapitel und Diakonatskapitel beträgt vier Jahre.

Amtsdauer

² Wahlen und Ersatzwahlen innerhalb der Amtsdauer gelten für deren Rest.

³ Behörden und Organe unterliegen der Gesamterneuerung. Der Kirchenrat bestimmt den Zeitpunkt.

Art. 22 ¹ Mitglieder von Behörden, Organen, Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie Pfarrerinnen, Pfarrer, Angestellte und Freiwillige sind über Angelegenheiten, die sie in ihrer amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen haben, zur Verschwiegenheit verpflichtet, wenn an der Geheimhaltung ein überwiegendes kirchliches, öffentliches oder privates Interesse gemäss § 23 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz⁸ besteht oder wenn eine besondere Vorschrift dies vorsieht.²⁶

Amtsgeheimnis

² Diese Verpflichtung bleibt nach Beendigung des Amts- und Dienstverhältnisses sowie der freiwilligen Mitarbeit bestehen.

³ Der Kirchenrat ist in allen Fällen für die Entbindung vom Amtsgeheimnis zuständig.

Datenschutz

Art. 23²⁶ ¹ Die Bearbeitung und Bekanntgabe von Informationen, Personendaten und besonderen Personendaten richten sich nach dem kantonalen Recht.

² Behörden und Organe der Kirchgemeinden, der kirchlichen Bezirke und der Landeskirche sowie Pfarrerinnen, Pfarrer und Angestellte sind unter Vorbehalt individueller Sperrvermerke und unter Wahrung des Amtsgeheimnisses befugt, untereinander Informationen, Personendaten und besondere Personendaten zur Erfüllung kirchlicher Aufgaben zu bearbeiten und bekannt zu geben.

³ Abs. 2 gilt gleichermaßen für die Zusammenarbeit mit

- a. den weiteren kantonalen kirchlichen Körperschaften sowie ihren Kirchgemeinden und Pfarrämtern,
- b. dem Kanton, den politischen Gemeinden und den Schulgemeinden,
- c. den Mitgliedskirchen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes sowie ihren Kirchgemeinden und Pfarrämtern.

⁴ Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung. Er kann diese gemeinsam mit den weiteren kantonalen kirchlichen Körperschaften erlassen.

Haftung

Art. 23 a²⁵ Die Haftung für Handlungen von kirchlichen Behörden, Organen, Kommissionen, Arbeitsgruppen und ihrer Mitglieder sowie von Pfarrerinnen, Pfarrern, Angestellten und Freiwilligen richtet sich nach dem kantonalen Recht.

4. Abschnitt: Mitgliedschaft

Grundsatz

Art. 24 ¹ Mitglied der Landeskirche ist jede Person mit Wohnsitz im Kanton Zürich, die

- a. das 16. Altersjahr noch nicht vollendet hat und deren Eltern der Landeskirche angehören,
- b. das 16. Altersjahr noch nicht vollendet hat und deren Eltern dies so bestimmen, ohne selber der Landeskirche anzugehören,
- c. als Mitglied der Landeskirche nach Vollendung des 16. Altersjahres nicht ausdrücklich ihren Austritt oder ihre Nichtzugehörigkeit erklärt hat.

- ² Mitglied der Landeskirche wird jede Person, die
- a. als Mitglied einer auf dem Boden reformatorischen Glaubens- und Schriftverständnisses stehenden Kirche Wohnsitz im Kanton Zürich begründet,
 - b. nicht Mitglied der Landeskirche ist und durch eine Pfarrerin oder einen Pfarrer der Landeskirche konfirmiert wird,
 - c. nach Vollendung des 16. Altersjahres aufgrund ihrer Erklärung in die Landeskirche aufgenommen wird.

³ Wer Mitglied der Landeskirche ist, ist zugleich Mitglied der Kirchengemeinde am Wohnsitz.

Art. 25 ¹ Wer in die Landeskirche aufgenommen werden will, wendet sich an eine Pfarrerin oder einen Pfarrer der Landeskirche oder an die vom Kirchenrat bezeichneten Stellen. Diese führen mit der beitriftswilligen Person ein Aufnahmegespräch. Sie vollziehen aufgrund einer schriftlichen Erklärung der beitriftswilligen Person die Aufnahme und teilen diese der Kirchenpflege, dem Kirchenrat und der politischen Gemeinde unverzüglich mit.²⁶ Aufnahme

² Personen, die einer anderen kantonalen kirchlichen Körperschaft angehören, haben bei dieser vor der Aufnahme ihren Austritt zu erklären.

³ Aufgenommene, die noch nicht getauft sind, empfangen als Zeichen ihrer Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi in der Regel die Taufe.

Art. 26 ¹ Der Austritt aus der Landeskirche oder die Nichtzugehörigkeit zu dieser ist der Kirchenpflege am Wohnsitz schriftlich zu erklären. Kollektive Austritts- und Nichtzugehörigkeitserklärungen sind ungültig. Austritt, Nichtzugehörigkeit

² Die Pfarrerin, der Pfarrer oder ein Mitglied der Kirchenpflege sucht das Gespräch mit der austretenden Person.

³ Die Kirchenpflege bestätigt der betreffenden Person den Austritt oder die Nichtzugehörigkeit.

Art. 27²⁶ ¹ Die Kirchenpflege teilt dem Kirchenrat Nichtzugehörigkeitserklärungen und unter Nennung der Beweggründe Austritte mit. Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten. Mitteilung

² Sie meldet Nichtzugehörigkeitserklärungen und Austritte binnen zehn Arbeitstagen nach Eintritt der Rechtskraft der politischen Gemeinde zur Nachführung ihrer Register.

Art. 28 Der Kirchenrat fördert Bestrebungen zur Gewinnung von Mitgliedern der Landeskirche. Gewinnung von Mitgliedern

Mitglieder-
register

Art. 28 a²⁵ ¹ Der Kirchenrat kann für die Landeskirche und die Kirchgemeinden ein Mitgliederregister einrichten und betreiben oder sich an einem solchen beteiligen.

² Die Kirchensynode legt in einer Verordnung die im Mitgliederregister zu erfassenden Identifikatoren und Merkmale der Mitglieder der Landeskirche fest.

³ Der Kirchenrat erlässt die zum Vollzug erforderlichen Vorschriften.

2. Teil: Handlungsfelder

Grundsatz

Art. 29 ¹ Die Landeskirche nimmt ihren Auftrag wahr durch die Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat in den vier Handlungsfeldern Verkündigung und Gottesdienst, Diakonie und Seelsorge, Bildung und Spiritualität sowie Gemeindeaufbau und Leitung.

² Sie tut dies in den Kirchgemeinden, in regionalen Aufgaben und Projekten, in den kirchlichen Bezirken sowie auf landeskirchlicher Ebene.

³ Sie ist dabei einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit verpflichtet.

Kirchliche
Handlungen

Art. 30²⁶ ¹ Kirchliche Handlungen und Dienste stehen im Rahmen der Kirchenordnung allen Mitgliedern der Landeskirche offen.

² Werden kirchliche Handlungen und Dienste durch im Dienst der Landeskirche oder ihrer Kirchgemeinden stehende Pfarrerrinnen, Pfarrer und Angestellte vorgenommen, so sind sie im üblichen Rahmen für die Mitglieder der Landeskirche unentgeltlich.

³ In seelsorglich begründeten Fällen können kirchliche Handlungen und Dienste auch gegenüber Personen erbracht werden, die nicht Mitglieder der Landeskirche sind.

1. Abschnitt: Verkündigung und Gottesdienst

A. Grundlagen

Bedeutung

Art. 31 ¹ Die Verkündigung des Evangeliums geschieht in Wort und Tat. Sie berührt das ganze Leben.

² Der Gottesdienst ist Mittelpunkt der Verkündigung. Er ist Quell des Lebens der Gemeinde und Zeugnis in der Welt.

³ Im Reden und Schweigen hört die Gemeinde auf Gottes Wort. Sie lobt und dankt, singt und betet, bekennt und klagt. Sie feiert Gottes Gegenwart im Heiligen Geist und wird so gestärkt in ihrem Leben und Wirken.

⁴ Gottesdienst kann überall gefeiert werden, wo der kirchliche Auftrag wahrgenommen wird.

Art. 32 ¹ Die Liturgie macht den Weg der im Namen des dreieinigen Gottes versammelten Gemeinde durch den Gottesdienst sichtbar. Liturgie

² Sammlung, Anbetung, Verkündigung, Fürbitte und Sendung sind die fünf Schritte der Zürcher Liturgie. Sie bilden zusammen ein lebendiges Ganzes.

³ Die Sakramente Taufe und Abendmahl sind Teil des Gottesdienstes.

Art. 33 ¹ Die Wortverkündigung umfasst die Lesung aus der Bibel und die Predigt. Predigt

² Die Predigt ist Auslegung der Heiligen Schrift. Pfarrerrinnen und Pfarrer sind in der Wahl des Bibeltexes frei.

³ Die Predigt wird von einer Pfarrerin oder einem Pfarrer gehalten. Über Ausnahmen für einzelne Gottesdienste entscheidet die Kirchenpflege im Einvernehmen mit dem Pfarramt. Weiter gehende Ausnahmen bedürfen einer Bewilligung des Kirchenrates.

Art. 34 ¹ Die Kirchenmusik gehört wesentlich zum Gottesdienst und hat Teil an der Verkündigung des Evangeliums. Kirchenmusik
a. Im Gottesdienst

² Dem Singen der Gemeinde, dem Chorgesang, dem Orgelspiel und der weiteren Instrumentalmusik ist Beachtung zu schenken.

³ Die Vielfalt verschiedener Musikstile wird gepflegt.

Art. 35 ¹ Die Kirchenmusik hat mit ihren verschiedenen Ausprägungen Teil am Aufbau der Gemeinde. b. In der Gemeinde

² Sie erfüllt einen kulturellen Auftrag. Dazu gehört die Aufführung geistlicher Werke.

Art. 36 ¹ Der Gottesdienst steht unter der Leitung einer Pfarrerin oder eines Pfarrers. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Kirchenpflege und des Pfarramtes. Leitung,
Mitwirkung
von Gemeindegliedern

² Pfarrerrinnen und Pfarrer sprechen sich mit den Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusikern hinsichtlich der liturgisch-musikalischen Gestaltung des Gottesdienstes ab.

³ Sie beziehen bei der Gestaltung von Gottesdiensten nach Möglichkeit Gemeindeglieder mit ein.

⁴ Pfarrerrinnen und Pfarrer tragen in der Regel den Talar.

- Bibel und Gesangbuch **Art. 37** ¹ Im Gottesdienst werden in der Regel die Zürcher Bibel und das Gesangbuch der Evangelisch-reformierten Kirchen der deutschsprachigen Schweiz verwendet.
² Die Kirchengemeinschaften verwenden Bibelübersetzung, Gesangbuch und Liturgie entsprechend ihrer Tradition.
- Abkündigungen **Art. 38** Die kirchlichen Amtshandlungen werden der Gemeinde im Sonntagsgottesdienst mitgeteilt.
- Kollekte **Art. 39** In jedem Gottesdienst wird eine Kollekte erhoben. Sie ist Ausdruck des diakonischen Auftrages und der Verbundenheit mit der weltweiten Kirche.
- Ort **Art. 40** ¹ Der Gemeindegottesdienst findet in der Kirche statt. Über Ausnahmen entscheidet die Kirchenpflege im Einvernehmen mit dem Pfarramt.
² Bei der Wahl eines anderen Ortes ist der Bedeutung und der Würde des Gottesdienstes Rechnung zu tragen.
- Zeit **Art. 41** ¹ Die Kirchenpflege setzt die Zeit des Gottesdienstes am Sonntagvormittag aufgrund der örtlichen Gegebenheiten fest.
² Sie kann den Sonntagsgottesdienst einmal im Monat auf den Vorabend oder auf den Sonntagabend verlegen.
- Öffentlichkeit, Läuordnung **Art. 42** ¹ Der Gottesdienst ist öffentlich. Das Läuten der Glocken ist ein Zeichen dafür.
² Die Kirchenpflege erlässt eine Läuordnung.
- Bild- und Tonaufnahmen **Art. 43** ¹ Private Bild- und Tonaufnahmen während des Gottesdienstes sind nicht gestattet. Über Ausnahmen entscheidet die Pfarrerin oder der Pfarrer.
² Öffentliche Bild- und Tonaufnahmen bedürfen der Zustimmung der Kirchenpflege.
³ Bild- und Tonaufnahmen dürfen die Sammlung der Gemeinde nicht stören.

B. Sakramente

- Taufe und Abendmahl **Art. 44** Taufe und Abendmahl sind die Sakramente der reformierten Kirche. Sie sind Zeichen für den Bund Gottes mit den Menschen in Jesus Christus und Bekenntnis des Glaubens.

a. Taufe

Art. 45 ¹ In der Taufe wird Gottes Ja zum einzelnen Menschen bezeugt. Sie ist Ausdruck für dessen Zugehörigkeit zur Gemeinde Jesu Christi. Bedeutung und Form

² Die Taufe von Kindern oder Erwachsenen erfolgt gemäss dem Zeugnis des Neuen Testaments auf den Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.

³ Die Taufe wird nur einmal vollzogen. Die in einer anderen Kirche empfangene Taufe wird anerkannt.

⁴ Die Taufe wird von einer Pfarrerin oder einem Pfarrer vollzogen.

Art. 46²⁶ ¹ Die Taufe findet in einem Gemeindegottesdienst statt. Die Gemeinde bezeugt durch ihre Anwesenheit ihre Mitverantwortung für das Leben der Getauften und nimmt sie in ihre Fürbitte auf. Ort

² Die Pfarrerin oder der Pfarrer kann die Taufe in begründeten Fällen ausserhalb des Gemeindegottesdienstes vornehmen.

³ Erfolgt eine Taufe nicht in der Kirchgemeinde am Wohnsitz der getauften Person, so ist dies dem Pfarramt am Wohnsitz mitzuteilen.

Art. 47 ¹ Die Eltern versprechen, ihr Kind im evangelischen Glauben zu erziehen. Eltern und Paten

² Die Paten sind Vertrauenspersonen des Kindes. Sie begleiten Eltern und Kind in Fragen des evangelischen Glaubens.

³ Mindestens ein Elternteil gehört einer evangelischen Kirche an. Mindestens eine Patin oder ein Pate ist mündiges Mitglied einer christlichen Kirche. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so kann die Taufe in seelsorglich begründeten Ausnahmefällen dennoch vollzogen werden.

Art. 48 Eltern, die ihr Kind nicht taufen lassen wollen, können es zur Bitte um Gottes Segen in den Gemeindegottesdienst bringen. Segnung

b. Abendmahl

Art. 49 ¹ Das Abendmahl vergegenwärtigt den Bund, den Gott in Jesus Christus mit seiner Gemeinde geschlossen hat. Es ist Bekenntnis des Glaubens und wird gemäss dem Zeugnis des Neuen Testaments gefeiert. Bedeutung

² Zum Abendmahl ist die ganze christliche Gemeinde eingeladen. Sie feiert im Abendmahl die Gemeinschaft mit Jesus Christus und erfährt die Kraft der Versöhnung mit Gott und untereinander.

Zeitpunkt	Art. 50 Das Abendmahl wird in der Regel zwölf Mal im Jahr gefeiert, namentlich an Weihnachten, Karfreitag, Ostern, Pfingsten, am Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag sowie am Reformationssonntag.
Form	<p>Art. 51 ¹ Die Pfarrerin oder der Pfarrer leitet das Abendmahl.</p> <p>² Die Mitglieder der Kirchenpflege, die Sigristin oder der Sigrist und weitere zu diesem Dienst zugezogene Gemeindeglieder wirken beim Austeilen des Abendmahles mit.</p> <p>³ Die biblischen Einsetzungsworte bilden den Mittelpunkt der Abendmahlsliturgie.</p> <p>⁴ Die Kirchenpflege entscheidet im Einvernehmen mit dem Pfarramt über die Form des Abendmahles.</p> <p>⁵ Das Abendmahl kann im Rahmen der Seelsorge und kirchlicher Veranstaltungen auch ausserhalb des Gemeindegottesdienstes gefeiert werden.</p>

C. Gottesdienst im Kirchenjahr

Kirchenjahr und kirchliche Feiertage	<p>Art. 52 ¹ Die Gestaltung der Gottesdienste richtet sich nach dem Kirchenjahr und den kirchlichen Feiertagen.</p> <p>² Kirchliche Feiertage sind erster und zweiter Weihnachtstag, Neujahrstag, Palmsonntag, Karfreitag, Ostersonntag und Ostermontag, Auffahrt, Pfingstsonntag und Pfingstmontag, Eidgenössischer Dank-, Buss- und Betttag (dritter Sonntag im September), Reformationssonntag (erster Sonntag im November), Ewigkeitssonntag (letzter Sonntag im Kirchenjahr).</p> <p>³ Während des ganzen Kirchenjahres, insbesondere in der ökumenischen Schöpfungszeit, wird schöpfungstheologischen Themen gebührend Raum gegeben.</p>
Sonntags- und Feiertags-gottesdienste	<p>Art. 53 ¹ Am Sonntag, dem Tag der Auferstehung Jesu Christi, und an den kirchlichen Feiertagen findet in jeder Kirchengemeinde ein Gottesdienst statt.</p> <p>² Am ersten Weihnachtstag, an Karfreitag und an Auffahrt ist Gottesdienst zu halten. Im Übrigen ist an kirchlichen Feiertagen, die nicht auf einen Sonntag fallen, Gottesdienst zu halten, wenn nicht am Tag davor oder danach ein Gottesdienst stattfindet.</p>
Weitere Gottesdienste	Art. 54 ¹ Die Kirchenpflege kann im Einvernehmen mit dem Pfarramt regelmässig oder aus besonderem Anlass weitere Gottesdienste ansetzen.

² Der Kirchenrat kann für die ganze Landeskirche ausserordentliche Gottesdienste ansetzen.

Art. 55 ¹ Mehrere Kirchgemeinden können gemeinsam durchführen Gemeinsame Gottesdienste

- a. die von der Kirchenpflege festgelegten weiteren Gottesdienste,
- b. einzelne Gottesdienste, besonders während der Ferienzeiten.

² Die Kirchenpflegen der beteiligten Kirchgemeinden entscheiden nach Anhörung der Pfarrämter über gemeinsame Gottesdienste. Sie teilen ihren Entscheid der Bezirkskirchenpflege mit.

D. Gottesdienst im Lebenslauf

a. Konfirmation

Art. 56 ¹ Die Konfirmationsfeier ist ein Gemeindegottesdienst. Bedeutung

² Die Konfirmation nimmt das Ja Gottes auf, wie es in der Taufe zum Ausdruck kommt. In der Konfirmation bittet die Gemeinde für die Konfirmandinnen und Konfirmanden um den Segen Gottes. Die Konfirmation lädt zu verantwortlichem Christsein und zur Teilnahme am Leben der Kirche ein.

b. Kirchliche Trauung

Art. 57 ¹ Die kirchliche Trauung ist ein Gottesdienst. Bedeutung

² In diesem bekräftigt das Brautpaar vor Gott und der Gemeinde sein Ja zueinander und bittet um den Segen Gottes.

³ Der kirchlichen Trauung geht die zivile Eheschliessung voraus.

Art. 58 ¹ Mitglieder der Landeskirche sind berechtigt, sich durch eine Pfarrerin oder einen Pfarrer der Landeskirche trauen zu lassen. Anrecht

² Pfarrערinnen und Pfarrer einer Kirchgemeinde sind zur Übernahme einer Trauung verpflichtet, wenn die Braut oder der Bräutigam Mitglied dieser Kirchgemeinde ist und die gottesdienstliche Feier dort oder in der näheren Umgebung stattfindet. In allen anderen Fällen übernehmen sie Trauungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten oder sind behilflich bei der Suche einer Vertretung.

³ Pfarrערinnen und Pfarrer, die auswärts eine Trauung übernehmen, verständigen sich im Voraus mit dem Pfarramt am Ort der Trauung.

Ort **Art. 59** ¹ Die Trauung findet in einer Kirche statt. Die Pfarrerin oder der Pfarrer kann die Trauung auf Anfrage des Brautpaares an einem anderen Ort durchführen.²⁶

² Bei der Wahl eines anderen Ortes ist der Bedeutung und der Würde des Gottesdienstes Rechnung zu tragen.

c. Kirchliche Abdankung

Bedeutung **Art. 60** ¹ Die kirchliche Abdankung ist ein Gottesdienst.

² In diesem werden Leben und Sterben im Licht des Evangeliums bedacht.

Anrecht **Art. 61** ¹ Mitglieder der Landeskirche haben Anrecht auf eine Abdankung.

² Pfarrerinnen und Pfarrer einer Kirchgemeinde sind zur Übernahme einer Abdankung verpflichtet, wenn die verstorbene Person Mitglied dieser Kirchgemeinde war. Im Übrigen übernehmen sie Abdankungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

³ War die verstorbene Person nicht Mitglied der Landeskirche, so kann aus seelsorglichen Gründen dennoch eine Abdankung gehalten werden.

⁴ Pfarrerinnen und Pfarrer, die auswärts eine Abdankung halten, melden dies dem Pfarramt am letzten Wohnsitz der verstorbenen Person und verständigen sich im Voraus mit dem Pfarramt am Ort der Abdankung.

Ort **Art. 62** ¹ Die Abdankung findet in einer Kirche oder in einer Abdankungskapelle statt. Die Pfarrerin oder der Pfarrer kann auf Wunsch der verstorbenen Person oder auf Anfrage der Angehörigen die Abdankung an einem anderen Ort durchführen.²⁶

² Bei der Wahl eines anderen Ortes ist der Bedeutung und der Würde des Gottesdienstes Rechnung zu tragen.

d. Gottesdienst in besonderen Lebenslagen

Bedeutung **Art. 63** ¹ Für Menschen in besonderen Lebenslagen kann aus seelsorglichen Gründen ein Gottesdienst gefeiert werden.

² Die Fürbitte und die Bitte um Gottes Segen haben dabei eine besondere Bedeutung.

Art. 64 ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer entscheiden über die Durchführung von Gottesdiensten in besonderen Lebenslagen. Gestaltung

² Sie klären im Gespräch mit den Beteiligten die theologisch und liturgisch verantwortete Gestaltung solcher Gottesdienste.

2. Abschnitt: Diakonie und Seelsorge

A. Grundlagen

Art. 65 ¹ Diakonie und Seelsorge geschehen aufgrund des Evangeliums. Das diakonische und seelsorgliche Handeln der Kirche wendet sich allen Menschen zu. Bedeutung

² Diakonie geschieht als tätige Nächstenliebe und ist Ausdruck gelebten Glaubens.

³ Seelsorge geschieht in der Begegnung und im Gespräch im Vertrauen auf die Liebe Gottes und seine Gegenwart.

⁴ Die Landeskirche nimmt das prophetische Wächteramt auch in ihrem diakonischen und seelsorglichen Handeln wahr. Sie benennt Ursachen von Unrecht und Leid. Sie wirkt mit beim Suchen von Lösungen und stellt sich in den Dienst der Vermittlung.

B. Diakonie

Art. 66 ¹ Die Landeskirche trägt mit ihrem diakonischen Handeln dazu bei, persönlicher und sozialer Not vorzubeugen, diese zu lindern oder zu beheben. Sie unterstützt Menschen in der selbstständigen Lebensgestaltung und schafft Möglichkeiten der Begegnung und der Gemeinschaft. Auftrag

² Diakonie geschieht in allen Lebensbezügen, namentlich in den Bereichen Jugend, Familie, Alter, Gesundheit, Arbeit, Migration und Integration sowie in der Ökologie.

³ Das diakonische Handeln wird von Sozialdiakoninnen und Sozialdiakonen fachlich verantwortet und geschieht in Zusammenarbeit mit den Pfarrerinnen und Pfarrern.

⁴ Der Kirchenrat setzt sich für den Zugang der Kirchengemeinden zu fachlichem diakonischem Handeln ein.

Orte

Art. 67 ¹ Die Kirchgemeinden verantworten das diakonische Handeln am Ort und in übergemeindlicher Zusammenarbeit. Sie richten sich dabei nach den örtlichen und regionalen Erfordernissen sowie nach den Beschlüssen der Kirchensynode. Der Kirchenrat unterstützt die Kirchgemeinden im Wahrnehmen ihrer diakonischen Aufgaben.

² Die Landeskirche trägt regionale und gesamtkirchliche Aufgaben mit und fördert entsprechende Projekte und Werke.

³ Landeskirche und Kirchgemeinden tragen namentlich mit an der Bürgerschafts- und Darlehensgenossenschaft BÜDa als Institution der Landeskirche.

⁴ Landeskirche und Kirchgemeinden können diakonische Aufgaben in ökumenischer Zusammenarbeit sowie in Partnerschaft mit staatlichen oder privaten Fachstellen und Institutionen wahrnehmen.

⁵ Landeskirche und Kirchgemeinden setzen sich ein für Aufgaben und Projekte weltweiter Diakonie, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz HEKS, mit Brot für alle BFA und mit mission 21.

C. Seelsorge

Auftrag

Art. 68 ¹ Die Landeskirche nimmt in ihrem seelsorglichen Handeln die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit wahr und würdigt diese im Horizont des Evangeliums. Sie respektiert das Bruchstückhafte des menschlichen Lebens.

² Seelsorge nimmt Anteil an Freude und Glück und trägt mit in Trauer und Belastungen. Im Gespräch sowie in Stille und Gebet gibt sie Menschen Raum, Erlebtes zu verarbeiten. Seelsorge eröffnet neue Sichtweisen und Lebensmöglichkeiten.

Orte

Art. 69²⁶ ¹ Seelsorge kommt als Grundhaltung insbesondere im Gottesdienst, im diakonischen Handeln und in der Bildungsarbeit zum Tragen.

² Orte seelsorglicher Präsenz sind:

- a. die Kirchgemeinden mit ihren Pfarrämtern, Angestellten und Freiwilligen,
- b. die Pfarrämter in Institutionen, die Pfarrämter mit gemischter Trägerschaft sowie die Pfarrämter und Beratungsstellen der Gesamtkirchlichen Dienste,
- c. weitere Institutionen und Werke, die von der Landeskirche unterstützt werden.

3. Abschnitt: Bildung und Spiritualität

A. Grundlagen

Art. 70 ¹ Bildung und Spiritualität begleiten Menschen in der Suche nach Orientierung und im Bestreben, die erfahrene Wirklichkeit des Lebens zur geglaubten Wirklichkeit Gottes in Beziehung zu bringen. Bedeutung

² Bildung führt Kinder, Jugendliche und Erwachsene hin zum evangelischen Glauben. Sie sucht durch die Weitergabe der biblischen Botschaft und der christlichen Überlieferung Glauben zu wecken und zu vertiefen.

³ Spiritualität ist Lebensgestaltung aus dem Glauben.

⁴ Kirchgemeinden, Landeskirche und evangelische Bildungsorte tragen Verantwortung für das kirchliche Handeln in Bildung und Spiritualität.

B. Kind, Jugend und Familie

a. Eltern

Art. 71 ¹ Die Eltern sind verantwortlich für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen im evangelischen Glauben. Verantwortung

² Sie ermöglichen den Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Leben der Gemeinde und an den Angeboten im Bereich Kind, Jugend, junge Erwachsene und Familie.

³ Landeskirche und Eltern unterstützen einander in der Weitergabe des Glaubens an die Kinder und Jugendlichen.

b. Schulische Religionspädagogik

Art. 72 ¹ Die Landeskirche setzt sich dafür ein, dass das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Begegnung mit dem biblischen Erbe und der christlichen Überlieferung an der Schule gewahrt bleibt. Religiöse Bildung

² Sie fördert das Gespräch zwischen den Konfessionen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der Schule und des schulischen Religionsunterrichtes.

Art. 73 ¹ Kirchgemeinden und Landeskirche fördern die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Schule. Unterstützung

² Sie setzen sich für den schulischen Religionsunterricht ein.

c. Kirchliche Religionspädagogik

- Ziele** **Art. 74** ¹ Die Landeskirche führt Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in das Leben der christlichen Gemeinde ein.
² Kinder und Jugendliche werden mit dem evangelischen Glauben vertraut gemacht. Dies geschieht durch gemeinsames Lernen und Gestalten, insbesondere durch Erfahrungen gottesdienstlichen Feierns und gemeinschaftlichen Teilens.
- Angebote** **Art. 75** ¹ Die Kirchgemeinden führen verbindliche und freiwillige religionspädagogische Module. Dazu gehören auch kinder- und jugendgemässe Gottesdienste.
² Der Kirchenrat legt die Themen der verbindlichen religionspädagogischen Module gemäss den Beschlüssen der Kirchensynode fest.
³ Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.
- Kinder** **Art. 76** ¹ Kinder bis acht Jahre werden in die Grundformen des Glaubens und ins Kirchenjahr eingeführt.
² Kindern von acht bis zwölf Jahren wird ein vertieftes Grundwissen über den Glauben vermittelt. Sie werden angeleitet, für den Glauben Sprache und Ausdruck zu finden.
³ Die verbindlichen religionspädagogischen Module für Kinder von acht bis zwölf Jahren umfassen mindestens 120 Stunden, unterteilt in mindestens 30 Stunden je in der zweiten, dritten und vierten sowie 30 Stunden von der fünften bis siebten Klasse.
- Jugendliche** **Art. 77** ¹ Jugendliche von zwölf Jahren bis zur Konfirmation werden auf der Suche nach einem mündigen Glauben und nach einem Leben in christlicher Verantwortung begleitet.
² Die verbindlichen religionspädagogischen Module für Jugendliche von zwölf Jahren bis zur Konfirmation umfassen mindestens 72 Stunden.
- Konfirmation** **Art. 78** ¹ Voraussetzung für die Konfirmation bildet der Besuch der verbindlichen religionspädagogischen Module für Kinder und Jugendliche sowie des schulischen Religionsunterrichtes.
² Es ist die Regel, dass die Konfirmandinnen und Konfirmanden getauft sind.
³ Die Konfirmation erfolgt in der Regel am Ende der obligatorischen Schulzeit.

Art. 79 Kirchgemeinden und Landeskirche ermutigen junge Erwachsene, Verantwortung zu übernehmen. Sie geben ihnen die Möglichkeit, sich am spirituellen und solidarischen Leben der Kirche zu beteiligen und eigene Projekte zu gestalten. Junge Erwachsene

Art. 80 Die offene Jugendarbeit der Kirchgemeinden fördert die Beziehungsfähigkeit der Jugendlichen, bietet Gelegenheit zur Beteiligung und stärkt das eigenverantwortliche Handeln. Jugendarbeit

C. Erwachsene

Art. 81 ¹ Kirchgemeinden, Landeskirche und evangelische Bildungsorte fördern die Bildungsarbeit mit Erwachsenen. Grundsatz

² Die Kirchgemeinden nutzen Beratung, Aus- und Weiterbildung, Grundlagenarbeit und Kursmodelle der Gesamtkirchlichen Dienste.

Art. 82 ¹ Die Bildungsarbeit mit Erwachsenen hat zum Ziel, Menschen in den verschiedenen Lebensphasen bei ihrer Suche nach Orientierung und christlicher Lebensgestaltung zu begleiten und ihr spirituelles, soziales und kulturelles Urteilsvermögen zu stärken. Sie sucht den Glauben zu wecken und zu vertiefen. Ziele

² Die Bildungsarbeit mit Erwachsenen umfasst insbesondere die Themenbereiche Bibel, Glaube, reformierte Identität, Ethik, Kirche und Religionen.

D. Evangelische Bildungsorte

Art. 83 Die Landeskirche übernimmt ideell und finanziell Mitverantwortung für staatlich anerkannte evangelische Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, indem sie deren Gründung und Betrieb unterstützt. Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen

Art. 84²⁶ Die Landeskirche führt im Kloster Kappel ein Bildungshaus und damit verbunden einen Gast- und Hotelbetrieb. Tagungs- und Bildungshäuser

E. Verlagswesen

Art. 85 ¹ Die Landeskirche fördert die Herausgabe und Verbreitung der Zürcher Bibel und von Publikationen insbesondere aus den Bereichen Theologie, Kirchengeschichte, Religionspädagogik, Spiritualität und Lebensgestaltung. Theologischer Verlag Zürich

² Sie beteiligt sich zu diesem Zweck am Theologischen Verlag Zürich TVZ.

4. Abschnitt: Gemeindeaufbau und Leitung

A. Grundlagen

Gemeinde-
aufbau

Art. 86 ¹ Gemeinde wird gebaut durch Gottes Geist, wo Menschen im Glauben gestärkt werden, neue Lebenskraft, Orientierung und Hoffnung finden und ihren Glauben in der Gemeinschaft leben können.

² Gemeindeaufbau schafft Raum für die Gemeinschaft im Feiern, im Hören auf Gott, im Beten und Dienen sowie im Mitwirken der Mitglieder gemäss ihren Begabungen.

³ Gemeindeaufbau bedeutet, dass Menschen für die Nachfolge Christi und seine Gemeinde gewonnen werden, dass die Gemeinde das Evangelium bezeugt und den Dienst der Vermittlung und Versöhnung in der Gesellschaft wahrnimmt.

⁴ Gemeinde wird gebaut als Kirche am Ort in der Kirchgemeinde und als Kirche am Weg in übergemeindlichen, regionalen und gesamt-kirchlichen Aufgaben, Projekten und Werken.

Leitung
a. Bedeutung

Art. 87 ¹ Die Kirche bedarf der Leitung.

² Kirchliche Leitung ist Dienst an der Gemeinschaft. Sie erfolgt auf allen Ebenen nachvollziehbar und in theologischer Verantwortung.

³ Kirchliche Leitung ermöglicht, unterstützt und überprüft die zielgerichtete und koordinierte Aufgabenerfüllung. Sie plant, legt Schwerpunkte fest und stellt deren Umsetzung sicher.

b. Ausübung

Art. 88 ¹ Kirchliche Leitung wird durch Behörden und Organe sowie Ämter und Dienste ausgeübt.

² Diese nehmen die Leitungsverantwortung im Rahmen ihrer Zuständigkeit gemäss Kirchenordnung wahr, namentlich in strategischer, operativer oder aufsichtsrechtlicher Hinsicht.

³ Kirchliche Leitung sorgt für Qualität in der kirchlichen Arbeit und verantwortet ein Zusammenarbeiten in gegenseitiger Achtung und in offener Kommunikation.

B. Öffentlichkeitsarbeit

Art. 89 ¹ Kirchengemeinden und Landeskirche sorgen für die Präsenz der Landeskirche in der Öffentlichkeit. Präsenz in der Öffentlichkeit

² Sie nutzen die Möglichkeiten zeitgemässer Kommunikationsmittel.

³ Sie bezeichnen ihre amtlichen Publikationsorgane.

Art. 90 ¹ Die Landeskirche und ihre Kirchengemeinden pflegen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Kontakte zu anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften, kirchlichen Organisationen, sozialen und kulturellen Institutionen, Behörden und politischen Parteien sowie Wirtschaftsunternehmungen und Medien. Beziehungen, Koordination

² Sie koordinieren ihre Öffentlichkeitsarbeit untereinander und mit anderen kirchlichen Organisationen.

Art. 91 ¹ Kirchensynode und Kirchenrat beteiligen sich am Trägerverein reformiert.zürich. Information

² Die vom Trägerverein reformiert.zürich herausgegebene Zeitschrift ist die Zeitschrift für die Mitglieder der Landeskirche. Die Kirchengemeinden lassen diese ihren Mitgliedern unentgeltlich zukommen.²⁵

³ Der Kirchenrat sorgt für die Information von Mitgliedern kirchlicher Behörden, Pfarrerinnen und Pfarrern sowie Angestellten der Landeskirche.

Art. 92 Die Landeskirche fördert die kirchliche Medienarbeit. Unterstützung

Art. 93 ¹ Der Kirchenrat erlässt Vorgaben für das Erscheinungsbild der Landeskirche. Erscheinungsbild

² Er stellt für ökumenische Belange ein besonderes Erscheinungsbild zur Verfügung.

Art. 94 Kirchengemeinden und Landeskirche fördern im Rahmen ihres Auftrages kulturelle Vorhaben. Kultur

C. Archive und kirchliche Register

Art. 95 ¹ Die Landeskirche dokumentiert ihr Wirken. Grundsatz

² Die kirchlichen Behörden und Organe sowie die Pfarrämter führen Archive. Die Kirchensynode und ihre Kommissionen sowie die Rekurskommission übergeben ihre Akten dem Kirchenrat zur Archivierung.

³ Der Kirchenrat regelt die Führung der Archive und kirchlichen Register in einer Verordnung.

Pfarrarchiv

Art. 96 ¹ In jeder Kirchgemeinde besteht ein Pfarrarchiv.

² Bestandteile des Pfarrarchivs bilden namentlich:

- a. Taufregister, Konfirmationsregister, Trauregister und Abdankungsregister,
- b. Personal- und Familienregister oder Kartotheken sowie wichtige Briefwechsel und Akten in pfarramtlichen Angelegenheiten.

Registereintrag
und Bestätigung

Art. 97 ¹ Taufen, Konfirmationen und Trauungen sind am Ort des Vollzuges, Abdankungen am letzten Wohnsitz der verstorbenen Person in die kirchlichen Register einzutragen.

² Die Taufe ist auf einem Taufschein, die Trauung auf einem Trauschein zu bestätigen.

3. Teil: Pfarramt und Dienste der Kirche

1. Abschnitt: Grundlagen

A. Berufung und Berufe

Berufung

Art. 98 ¹ Die Kirche beruft Frauen und Männer in ihren Dienst.

² Ordination und Installation bezeichnen den Dienst am Wort, Beauftragung und Einsetzung die weiteren Dienste.

³ Die Installation von ordinierten Theologinnen und Theologen führt zum Dienst im Pfarramt, die Einsetzung von Beauftragten zum Dienst in einer Kirchgemeinde oder Institution.²⁶

Personalrecht

Art. 99 ¹ Kirchgemeinden und Landeskirche sorgen für ein von Wertschätzung, Vertrauen und gegenseitiger Achtung geprägtes Arbeitsumfeld.

² Die Kirchensynode erlässt für Pfarrerrinnen und Pfarrer sowie für die Angestellten der Kirchgemeinden und der Landeskirche eine Personalverordnung.

³ Die Personalverordnung¹² regelt insbesondere die Begründung, Ausgestaltung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die sich aus diesem ergebenden Rechte und Pflichten sowie die Entlohnung der Pfarrerrinnen, Pfarrer und Angestellten nach einheitlichen Grundsätzen.²⁶

⁴ Der Kirchenrat erlässt die zum Vollzug der Personalverordnung erforderlichen Vorschriften.

Art. 100 ¹ Die Kirchgemeinden legen die Löhne ihrer Angestellten fest. Lohn

² Der Kirchenrat legt die Löhne der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Angestellten der Gesamtkirchlichen Dienste fest.

³ Die Landeskirche richtet die Löhne der Pfarrerinnen und Pfarrer aus. Sie stellt den Kirchgemeinden die Löhne gemeindeeigener Pfarrstellen in Rechnung.

Art. 101 ¹ Pfarrerinnen, Pfarrer, Sozialdiakoninnen und Sozialdiakone wahren Geheimnisse, die ihnen um ihres Berufes willen anvertraut werden oder die sie in dessen Ausübung wahrnehmen. Werden sie von anderen Personen unterstützt, so unterstehen diese der gleichen Geheimhaltungspflicht. Berufs-
geheimnis

² Die zur Wahrung des Berufsgeheimnisses verpflichteten Personen dürfen solche Geheimnisse nur mit Bewilligung des Kirchenrates offenlegen. Dieser kann die Zustimmung erteilen, wenn überwiegende kirchliche, öffentliche oder private Interessen dies gebieten.

B. Aus- und Weiterbildung

Art. 102 Die Landeskirche beteiligt sich am Konkordat betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst. Pfarrerinnen
und Pfarrer
a. Ausbildungs-
konkordat

Art. 103 ¹ Der Kirchenrat kann Bewerberinnen und Bewerber ohne Wahlfähigkeitszeugnis des Konkordats betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst¹³, die sich über eine ausreichende wissenschaftliche Bildung sowie die praktische und persönliche Befähigung für das Pfarramt ausweisen, die Zulassung zum Pfarramt in der Landeskirche erteilen. Diese haben ein Kolloquium zu bestehen.²⁶ b. Ausserordentliche Zulassung

² Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten.

Art. 104 Der Kirchenrat sorgt für die Weiterbildung der Pfarrerinnen und Pfarrer. Er regelt die Einzelheiten. c. Weiterbildung

Art. 105 ¹ Der Kirchenrat sorgt für Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für die Angestellten der Kirchgemeinden und der Landeskirche. Angestellte

² Er fördert die Zusammenarbeit mit privaten und staatlichen Ausbildungsinstitutionen zur Aus- und Weiterbildung kirchlicher Angestellter.

³ Die Landeskirche trägt anerkannte Ausbildungsgänge für kirchliche Berufe mit.

Freiwillige

Art. 106 Die Landeskirche fördert die Weiterbildung von Freiwilligen.

2. Abschnitt: Pfarramt

A. Grundlagen

Pfarrerinnen und Pfarrer

Art. 107 ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer sind theologisch ausgebildet für die Verkündigung des Evangeliums in Predigt, Taufe und Abendmahl, für die Seelsorge, für die Diakonie, für den Unterricht und die Bildungsarbeit mit Erwachsenen sowie für den Aufbau der Gemeinde.

² Sie sind im Gehorsam gegen Jesus Christus und gebunden durch das Ordinationsgelübde in der Wortverkündigung frei.

³ Pfarrerinnen und Pfarrer erbringen ihren Dienst in einer Kirchengemeinde, in Institutionen, in regionalen und gesamtkirchlichen Aufgaben und Projekten sowie in den Gesamtkirchlichen Diensten.

B. Ordination und Installation

Ordination

Art. 108 ¹ Die Ordination ist die Aufnahme von theologisch ausgebildeten Mitgliedern der Kirche in den Dienst am göttlichen Wort. Sie setzt das Wahlfähigkeitszeugnis des Konkordats betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst¹³ oder die ausserordentliche Zulassung zum Pfarramt der Landeskirche voraus.²⁶

² Die Ordination wird von einem ordinierten Mitglied des Kirchenrates in einem Gottesdienst nach erfolgtem Ordinationsgelübde vollzogen.

³ Ordinandinnen und Ordinanden versprechen, ihren Dienst als Pfarrerin, Pfarrer oder in einer anderen beruflichen Stellung in theologischer Verantwortung zu erfüllen und die mit dieser Aufgabe verbundenen persönlichen Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Sie leisten das Ordinationsgelübde mit den Worten:

«Ich gelobe vor Gott, den Dienst an seinem Wort aufgrund der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments in theologischer Verantwortung und im Geiste der Reformation zu erfüllen.

Ich gelobe, im Gehorsam gegenüber Jesus Christus diesen Dienst durch mein Leben zu bezeugen, wo immer ich hinberufen werde.»

⁴ Die Landeskirche verpflichtet sich mit der Ordination, die ordinierten Theologinnen und Theologen in ihrem kirchlichen Dienst zu fördern.

Art. 109 Die seit der Reformation bestehende Liste des Ministeriums umfasst Ministerium

- a. alle von der Landeskirche ordinierten Theologinnen und Theologen,
- b. die von einer anderen evangelischen Kirche ordinierten Theologinnen und Theologen, die ein Pfarramt im Dienst der Landeskirche versehen oder im Dienst einer mit der Landeskirche verbundenen Institution stehen und auf Gesuch hin vom Kirchenrat ins Ministerium aufgenommen worden sind.

Art. 110 ¹ Die Dekanin oder der Dekan nimmt die Installation von Pfarrerinnen und Pfarrern im Auftrag und auf Einladung des Kirchenrates vor. Installation

² Die Installation findet in einem Gottesdienst statt. Die Dekanin oder der Dekan leitet die Feier.

³ Die Pfarrerin oder der Pfarrer bestätigt das Ordinationsgelübde und hält anschliessend die Antrittspredigt.

⁴ Der Kirchenrat regelt die Voraussetzungen und die Einzelheiten der Installation.²⁵

Art. 111 ¹ Ordinierte Theologinnen und Theologen tragen den Pfarrtitel VDM (Verbi Divini Ministra, Verbi Divini Minister). Pfarrtitel

² Der Titel Pfarrerin oder Pfarrer wird durch die erstmalige Installation verliehen.

³ Der Kirchenrat kann den Pfarrtitel weiteren ordinierten Theologinnen und Theologen auf deren Gesuch hin verleihen.

C. Gemeindepfarramt

Art. 112 ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer leiten den Gottesdienst und die Seelsorge in der Gemeinde. Auftrag

² Sie tragen mit am Aufbau der Gemeinde und verantworten dessen theologische Reflexion.

Art. 113 ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer erfüllen namentlich folgende Aufgaben und Pflichten: Amtspflichten

- a. Gottesdienst, Abendmahl, Taufe und Konfirmation,
- b. Trauungen und Abdankungen,

- c. Seelsorge,
- d. diakonische Aufgaben, soweit diese nicht von Sozialdiakoninnen und Sozialdiakonen wahrgenommen werden,
- e. Gestaltung von und Mitwirkung in religionspädagogischen Angeboten sowie Bildungsarbeit mit Erwachsenen,
- f. Vertretung von Anliegen der Landeskirche, des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes und seiner Werke, der Missionswerke und der Ökumene,
- g. Betreuung des Pfarrarchivs und der kirchlichen Register sowie Beurkundung von Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Abdankungen,
- h. Weiterbildung im Blick auf die Selbst-, Sozial- und Fachkompetenz.

² Pfarrerinnen und Pfarrer stellen die Erreichbarkeit des Pfarramtes sicher. Bei Abwesenheit sorgen sie für eine Stellvertretung.

³ Pfarrerinnen und Pfarrer können eine Amtshandlung, die sie in Gewissensnot bringt, nach Rücksprache mit der Dekanin oder dem Dekan ablehnen. Diese sorgen für eine Stellvertretung.

Zusammenarbeit
a. Pfarrkonvent

Art. 114²⁶ ¹ Sind im Pfarramt einer Kirchgemeinde mehrere Pfarrerinnen und Pfarrer tätig, so bilden sie den Pfarrkonvent.

² Der Pfarrkonvent verantwortet den Aufbau der Gemeinde in theologischer Hinsicht. Er ist Ort der Aussprache, des Austausches und der Koordination.

³ Der Pfarrkonvent bestimmt aus seiner Mitte auf bestimmte Dauer:

- a. die Vorsitzende oder den Vorsitzenden,
- b. die weiteren Pfarrerinnen und Pfarrer, die neben der oder dem Vorsitzenden an den Sitzungen der Kirchenpflege teilnehmen.

⁴ Sind in einem Pfarramt mehr als vier Pfarrerinnen und Pfarrer tätig, so kann die Kirchgemeindeordnung die Zahl der Pfarrerinnen und Pfarrer gemäss Abs. 3 auf vier beschränken.

⁵ Die oder der Vorsitzende des Pfarrkonventes ist in erster Linie verantwortlich für die Zusammenarbeit mit der Kirchenpflege und dem Gemeindegemeindekonvent.

b. Pfarrdienstordnung

Art. 115²⁶ ¹ In Kirchgemeinden mit einem Pfarrkonvent erarbeitet dieser innert sechs Monaten seit der letzten Wahl gemäss Art. 125 eine Pfarrdienstordnung und legt sie der Kirchenpflege zur Genehmigung vor.

² Die Pfarrdienstordnung bezweckt insbesondere, die Arbeit der Pfarrerinnen und Pfarrer unter Wahrung des Gesamtzusammenhanges der Gemeinde unter diesen aufzuteilen.

Art. 116²⁶ ¹ In jeder Kirchgemeinde besteht ein Pfarramt.

Stellenzuteilung
a. Grundlagen

² Die für die Pfarrämter in den Kirchgemeinden insgesamt zur Verfügung stehenden Stellenprozente berechnen sich anhand des mittleren landeskirchlichen Quorums.

³ Das mittlere landeskirchliche Quorum entspricht der Zahl der Mitglieder der Landeskirche pro 100 Stellenprozent in einem Pfarramt. Es beträgt pro 100 Stellenprozent mindestens 1500 und höchstens 1800 Mitglieder.

⁴ Die Kirchensynode setzt das mittlere landeskirchliche Quorum jeweils für die Amtsdauer der Pfarrerinnen und Pfarrer fest.

Art. 117²⁶ ¹ Die Kirchgemeinden verfügen im Pfarramt über 10 Stellenprozent pro 200 Mitglieder, mindestens aber über 50 Stellenprozent.

b. Stellen-
prozente der
Kirchgemein-
den

² Kirchgemeinden, die mehr als 2000 Mitglieder zählen, verfügen im Pfarramt über zusätzliche Stellenprozente. Diese werden pro Anzahl Mitglieder gewährt, die der Hälfte des mittleren landeskirchlichen Quorums entsprechen. Die Kirchensynode legt die Höhe der Stellenprozente pro Anzahl Mitglieder, die der Hälfte des mittleren landeskirchlichen Quorums entsprechen, jeweils für die Amtsdauer der Pfarrerinnen und Pfarrer fest.

³ Die Stellenprozente gemäss Abs. 1 und 2 werden zusammengezählt und auf 10% gerundet.

⁴ Der Kirchenrat kann im Rahmen des von der Kirchensynode bewilligten Kredites Kirchgemeinden befristet oder auf Amtsdauer weitere Stellenprozente im Pfarramt zuteilen, insbesondere zur Förderung eines projektorientierten Gemeindeaufbaus, zur Berücksichtigung besonderer Verhältnisse in der pfarramtlichen Tätigkeit und zur Vermeidung von Härtefällen. Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

Art. 118²⁷

Art. 119 ¹ Die Kirchgemeinden können mit Bewilligung des Kirchenrates allein oder gemeinsam mit anderen Kirchgemeinden gemeindeeigene Pfarrstellen errichten.

Gemeinde-
eigene
Pfarrstellen

² Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Kirchgemeinde keine Beiträge aus dem Finanzausgleich bezieht und die vorgeschriebenen Leistungen für diese Stellen übernimmt.

³ Für die Inhaberinnen und Inhaber gemeindeeigener Pfarrstellen gelten die Bestimmungen über das Gemeindepfarramt.

Art. 120²⁶ ¹ Jede Kirchgemeinde teilt die ihr gemäss Art. 117 zugewiesenen Stellenprozente so auf, dass die Stellenpensen der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Regel mindestens je 30% betragen.

Aufteilung
von Pfarrstellen

² Die Kirchgemeinden berücksichtigen bei der Aufteilung gemäss Abs. 1 insbesondere:

- a. den Gesamtzusammenhang der Gemeinde,
- b. die Wahrnehmung der Gesamtverantwortung für die Gemeinde durch das Pfarramt,
- c. die Erfüllung des Auftrags und der Amtspflichten gemäss Art. 112 und 113 durch das Pfarramt,
- d. soweit geboten und möglich die beruflichen, persönlichen und familiären Verhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer.

³ Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

Stellvertretungen **Art. 121** ¹ Stellvertreterinnen und Stellvertreter versehen die pfarramtlichen Aufgaben

- a. in einer freien Pfarrstelle bis zu deren Besetzung,
- b. bei Verhinderung der Amtsinhaberin oder des Amtsinhabers.

² Die Kirchgemeinde stellt Stellvertreterinnen und Stellvertretern geeignete Amtsräume zur Verfügung.

Wohnsitzpflicht **Art. 122**²⁶ ¹ Wenigstens eine gewählte Pfarrerin oder ein gewählter Pfarrer wohnt in der Kirchgemeinde.

² Die Kirchgemeinden können durch die Kirchgemeindeordnung weitere gewählte Pfarrerinnen und Pfarrer verpflichten, in der Kirchgemeinde zu wohnen.

³ Ausnahmen von der Wohnsitzpflicht gemäss Abs. 1 und 2 bewilligt der Kirchenrat.

⁴ Gemäss Abs. 1 und 2 wohnsitzpflichtige Pfarrerinnen und Pfarrer wohnen in einem Pfarrhaus oder in einer Pfarrwohnung. Ausnahmen bewilligt die Kirchenpflege.

D. Pfarramt in Institutionen

Auftrag **Art. 123** ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer in Institutionen leiten in deren Rahmen den Gottesdienst und die Seelsorge.

² Die Seelsorge in Institutionen umfasst die seelsorgliche Zuwendung zu den Einzelnen sowie die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Institution und deren seelsorgliche Begleitung.

³ Die Kirchensynode erlässt eine Verordnung über die Seelsorge in Institutionen.

E. Wahl und Anstellung

Art. 124¹ Die Wahl der Pfarrerinnen und Pfarrer in Kirchgemeinden richtet sich nach dem Kirchengesetz¹⁰ und dem Gesetz über die politischen Rechte⁷.

Wahl²⁶

a. Neuwahl

² Die Wahl erfolgt an der Urne, sofern die Kirchgemeindeordnung nicht die Wahl in der Kirchgemeindeversammlung vorsieht.

³ Der Kirchenrat regelt das Verfahren in einer Verordnung.

Art. 125²⁶¹ Die Bestätigungswahl der Pfarrerinnen und Pfarrer in Kirchgemeinden erfolgt an der Urne, sofern keine stille Wahl zustande kommt.

b. Bestätigungs-
wahl

² In den Kirchgemeinschaften tritt die Wahl in der Kirchgemeindeversammlung an die Stelle der Wahl an der Urne.

³ Der Kirchenrat regelt das Verfahren in einer Verordnung.

Art. 126²⁶¹ In Kirchgemeinden, die im Pfarramt über weniger als 60 Stellenprozent verfügen, erfolgt die Wahl der Pfarrerin oder des Pfarrers auf die gesamten Stellenprozente, die der Kirchgemeinde gemäss Art. 117 Abs. 1 und 2 zustehen.

c. Stellen-
pensum

² Wenigstens eine gewählte Pfarrerin oder ein gewählter Pfarrer der Kirchgemeinde bekleidet ein Stellenpensum von mindestens

- a. 60%, wenn die Kirchgemeinde im Pfarramt über mehr als 60 und höchstens 180 Stellenprozent verfügt,
- b. 80%, wenn die Kirchgemeinde im Pfarramt über mehr als 180 Stellenprozent verfügt.

³ Im Übrigen können Pfarrerinnen und Pfarrer nur gewählt werden, wenn ihr Stellenpensum in der Kirchgemeinde mindestens 30% beträgt.

Art. 127²⁶ Der Kirchenrat stellt die Pfarrerinnen und Pfarrer in Institutionen und weiteren Diensten sowie die Stellvertreterinnen und Stellvertreter an.

Pfarrstellen
in Institutionen
und weiteren
Diensten, Stell-
vertretungen

Art. 128²⁶ Die Wahlfähigkeit für das Pfarramt besitzt, wer

- a. gemäss dem Konkordat betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst¹³ das Wahlfähigkeitszeugnis erhalten hat und ordiniert worden ist oder

Wahlfähigkeit

- b. vom Kirchenrat nach bestandenem Kolloquium und der Erfüllung der weiteren vom Kirchenrat bestimmten Voraussetzungen unbeschränkt für alle landeskirchlichen oder beschränkt für besonders umschriebene Pfarrämter oder Aufgaben gemäss Art. 113 Abs. 1 als wahlfähig bezeichnet worden ist.

Wählbarkeit
a. Erteilung

Art. 129²⁶ ¹ Die Wählbarkeit ist Voraussetzung für die Wahl in ein Pfarramt der Landeskirche und für die Anstellung in einem pfarramtlichen Dienst der Landeskirche. Sie ist vor jeder Wahl oder Anstellung vom Kirchenrat zu erteilen. Der Kirchenrat regelt die Ausnahmen.

² Die Wählbarkeit setzt die Wahlfähigkeit und die zur Führung des Pfarramtes nötige persönliche Befähigung voraus.

³ Stehen ordinierte Theologinnen und Theologen während mehr als acht Jahren ausserhalb des Kirchendienstes, so klärt der Kirchenrat im Hinblick auf die Feststellung der Wählbarkeit ab, ob die fachliche und persönliche Befähigung noch gegeben ist. Er trifft die hierfür erforderlichen Anordnungen.

b. Verlust

Art. 130 ¹ Die Wählbarkeit erlischt mit dem Verlust der Handlungsfähigkeit oder mit der Erteilung eines Tätigkeitsverbotes nach den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches^{15, 26}

² Entzieht die zuständige Kirchenbehörde einer Pfarrerin oder einem Pfarrer im Gebiete des Konkordates betreffend die gemeinsame Ausbildung der evangelisch-reformierten Pfarrerinnen und Pfarrer und ihre Zulassung zum Kirchendienst die Wählbarkeit, so gilt dieser Entzug auch für den Dienst in der Landeskirche, sofern er in einem dem landeskirchlichen gleichwertigen Verfahren erfolgt ist.

c. Rehabilitation

Art. 131²⁶ ¹ Ist gegen eine Pfarrerin oder einen Pfarrer nach den Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches¹⁵ ein Tätigkeitsverbot verhängt worden, so kann die Wählbarkeit nicht vor Ablauf von dessen Dauer wieder erteilt werden.

² Der Kirchenrat trifft vor der Wiedererteilung der Wählbarkeit die hierfür erforderlichen Anordnungen.

F. Entlassung aus dem Amt

Rücktritt und
Entlassung

Art. 132²⁶ ¹ Gewählte Pfarrerinnen und Pfarrer, die zurücktreten wollen, ersuchen den Kirchenrat um die Entlassung aus dem Amt. Dieser entscheidet über den Zeitpunkt der Entlassung.

² Der Kirchenrat entlässt gewählte Pfarrerinnen und Pfarrer auf Ende des Monats, in welchem sie das Altersjahr vollenden, das für Männer den Anspruch auf eine Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung begründet.

Art. 133²⁶ Der Kirchenrat kann gewählte Pfarrerinnen und Pfarrer abberufen, die sich zur Weiterführung ihres Amtes als unfähig oder unwürdig erwiesen haben oder deren Verhalten Ursache schwerer Missstände in der Kirchengemeinde ist. Abberufung

3. Abschnitt: Gemeindedienste

Art. 134²⁶ ¹ Die Beauftragung ist die Aufnahme in den kirchenmusikalischen, diakonischen oder katechetischen Dienst. Sie erfolgt durch ein Mitglied des Kirchenrates. Beauftragung und Einsetzung

² Der Kirchenrat regelt die Voraussetzungen und die Form der Beauftragung.

³ Die Einsetzung in den Dienst einer Kirchengemeinde erfolgt im Rahmen eines Gottesdienstes durch ein Mitglied der Kirchenpflege.

⁴ Weitere Angestellte werden im Rahmen eines Gottesdienstes der Gemeinde vorgestellt.

Art. 135 Organistinnen und Organisten, Kantorinnen und Kantoren, Chorleiterinnen und Chorleiter sowie weitere Musikerinnen und Musiker nehmen kirchenmusikalische Aufgaben der Kirchengemeinde wahr. Kirchenmusikerin, Kirchenmusiker

Art. 136 Sozialdiakoninnen und Sozialdiakone erfüllen Aufgaben im Rahmen des diakonischen Auftrages der Landeskirche. Sie gewährleisten die diakonische Präsenz in Kirche und Gesellschaft und wirken in der kirchlichen Bildungsarbeit mit. Sozialdiakonin, Sozialdiakon

Art. 137 Katechetinnen und Katecheten erfüllen Aufgaben im Rahmen des religionspädagogischen Auftrages der Landeskirche. Sie gestalten religionspädagogische Angebote der Kirchengemeinde. Katechetin, Katechet

Art. 137 a²⁵ Kirchengemeindeschreiberinnen und Kirchengemeindeschreiber unterstützen die Kirchenpflege, das Pfarramt und die Dienste der Kirchengemeinde in der Aufgabenerfüllung und nehmen die durch die Kirchenpflege übertragenen Aufgaben wahr. Kirchengemeindeschreiberin, Kirchengemeindeschreiber

Art. 138 Sekretariatsangestellte übernehmen administrative Aufgaben in der Kirchengemeinde. Sie besorgen die Kirchengemeindeverwaltung. Sekretariatsangestellte

Sigristin, Sigrist,
Hauswartin,
Hauswart

Art. 139 ¹ Sigristinnen und Sigristen verantworten die Vorbereitung der Gottesdienste gemäss den Beschlüssen der Kirchnpflege und nach den Weisungen der Pfarrerin oder des Pfarrers.

² Sigristinnen und Sigristen sowie Hauswartinnen und Hauswarte besorgen den Unterhalt von Kirchen und weiteren kirchlichen Liegen-schaften, Gebäuden und Räumlichkeiten. Sie wirken bei der Vorberei-tung und Durchführung von Anlässen mit.

Stellenumfang

Art. 140 ¹ Der Kirchenrat gibt Empfehlungen für die Stellenpen-sen im Bereich der Gemeindedienste heraus.

² Kirchgemeinden, die Beiträge aus dem Finanzausgleich beziehen, dürfen die empfohlenen Stellenpensen nicht überschreiten.

4. Abschnitt: Freiwillige

Freiwilligen-arbeit

Art. 141 ¹ Die Freiwilligen beteiligen sich an der Gestaltung des Gemeindelebens.

² Die Kirchgemeinden schaffen für die Freiwilligen ein von Wert-schätzung, Vertrauen und gegenseitiger Achtung geprägtes Umfeld. Die Verantwortlichen sorgen für entsprechende Rahmenbedingungen. Sie berücksichtigen die besonderen Fähigkeiten der Freiwilligen und fördern und unterstützen diese im Hinblick auf ihren Einsatz.

³ Der Kirchenrat erlässt Richtlinien zur Freiwilligenarbeit.

5. Abschnitt: Gesamtkirchliche Dienste

Gesamtkirch-liche Dienste

Art. 142²⁶ ¹ Die Landeskirche verfügt über die Gesamtkirchlichen Dienste. Der Kirchenrat regelt deren Aufgaben, Organisation und Zu-ständigkeiten und bestimmt deren Leitung.

² Die Gesamtkirchlichen Dienste übernehmen Aufgaben, die sich der Landeskirche gesamthaft stellen.

³ Sie erbringen im Rahmen ihres Auftrages Leistungen zugunsten der Kirchgemeinden und von regionalen Projekten und Aufgaben, ins-besondere für kirchliche Behörden und Dienststellen, Pfarrnerinnen und Pfarrer sowie Angestellte und Freiwillige. Sie stellen Beratungs-angebote und Kursmodelle zur Verfügung, bieten Aus- und Weiterbil-dungen an und leisten Grundlagenarbeit. Sie können für Kirchgemein-den gegen Entschädigung weitere Aufgaben übernehmen.

⁴ Die Landeskirche kann sich für die Erfüllung von Aufgaben gemäss Abs. 3 an einer juristischen Person beteiligen oder eine solche gründen.

4. Teil: Aufbau und Organisation

1. Abschnitt: Grundlagen

Art. 143 ¹ Die Landeskirche baut auf den Kirchengemeinden auf. Gliederung

² Sie gliedert sich in Kirchengemeinden, kirchliche Bezirke und Landeskirche.

Art. 144 ¹ Kirchengemeinden, kirchliche Bezirke und Landeskirche folgen in der Aufgabenerfüllung dem Grundsatz der Subsidiarität. Subsidiarität

² Sie erfüllen die ihnen gemäss Kirchenordnung und kantonalem Recht zugewiesenen Aufgaben und ergänzen sich gegenseitig.

³ Die diakonisch-seelsorgliche Präsenz in Institutionen ist Aufgabe der Landeskirche.

Art. 145 ¹ Bei Wahlen in eine Behörde oder in ein Amt ist die persönliche und fachliche Eignung der Vorgeschlagenen zu beachten. Eignung und
Verpflichtung

² Mit der Annahme der Wahl in eine Behörde oder ein Amt anerkennen die Gewählten stillschweigend oder, wo vorgesehen, durch Ablegen eines Gelübdes Wesen und Auftrag der Landeskirche sowie die Verpflichtung, diesen Auftrag in christlicher Verantwortung zu erfüllen.

Art. 146 ¹ Die Schulung von Mitgliedern kirchlicher Behörden und von weiteren Amtsträgerinnen und Amtsträgern ist Aufgabe der Landeskirche. Schulung und
Weiterbildung

² Mitglieder kirchlicher Behörden sowie weitere Amtsträgerinnen und Amtsträger eignen sich die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Fähigkeiten an und bilden sich für ihre Aufgabe weiter.

Art. 147 ¹ Behörden und ihre Mitglieder üben ihre Rechte und Pflichten im Rahmen ihrer Zuständigkeit und der gesetzlichen Bestimmungen aus. Zuständigkeitskonflikte entscheidet die gemeinsame Aufsichtsbehörde, im Zweifelsfall der Kirchenrat. Zuständigkeit
und Verantwort-
lichkeit

² Behörden und ihre Mitglieder sind zum Eingreifen verpflichtet, wenn sie Pflichtverletzungen oder Missstände feststellen. Liegen diese ausserhalb ihrer Zuständigkeit, so erstatten sie der zuständigen Stelle Meldung.

Spannungen
und Konflikte

Art. 148 ¹ Behörden und Organe klären Spannungen und Konflikte im Gespräch.

² Lässt sich eine Klärung im Gespräch nicht erreichen, so schaffen sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit auf geeignete Weise Abhilfe.

2. Abschnitt: Kirchgemeinde

A. Grundlagen

Organe

Art. 149²⁶ ¹ Organe der Kirchgemeinde sind:

- a. die Gesamtheit der Stimmberechtigten,
- b. die Kirchgemeindeversammlung oder an deren Stelle das Kirchgemeindep Parlament,
- c. die Kirchenpflege,
- d. die Rechnungsprüfungskommission.

² Die Stimmberechtigten üben ihre Rechte in der Kirchgemeindeversammlung und an der Urne aus.

³ Für Initiative und Referendum in Kirchgemeinden und Kirchgemeindev Verbänden gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁷ über Initiativen und Referenden in Gemeinden und Zweckverbänden sinngemäss.

Grundsatz
der Zuordnung

Art. 150 ¹ Die Kirchenpflege, die Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die Angestellten sind in gemeinsamer Verantwortung zum Aufbau der Gemeinde gerufen.

² Die Kirchenpflege nimmt ihre Aufgaben im Rahmen der behördlichen Verantwortung gemäss Kirchenordnung und kantonalem Recht wahr.

³ Die Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die Angestellten erfüllen ihre Aufgaben je in ihrem besonderen Dienst gemäss der Kirchenordnung, den Vorgaben der Kirchenpflege und den besonderen Gegebenheiten der Kirchgemeinde.

Bestand

Art. 151 ¹ Die Kirchgemeinden sind im Anhang zur Kirchenordnung aufgeführt.

² Die Neubildung, Vereinigung und Auflösung von Kirchgemeinden erfolgt durch Beschluss der Kirchensynode auf Gesuch der betreffenden Kirchgemeinden und Kirchgemeindev Verbände oder nach deren Anhörung. Die Kirchensynode entscheidet über die Zuweisung zu einem Bezirk, wenn die Kirchgemeinden verschiedenen Bezirken angehörten.

³ Die Änderung eines Kirchgemeindenamens erfolgt durch Beschluss der Kirchensynode auf Gesuch der Kirchgemeinde oder nach deren Anhörung.

Art. 151 a²⁵ ¹ Für den Zusammenschluss von Kirchgemeinden gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes⁶ über den Zusammenschluss von politischen Gemeinden sinngemäss, soweit die Kirchenordnung keine abweichenden Bestimmungen enthält.

Änderungen im Bestand
a. Zusammenschluss

² Die Stimmberechtigten jeder beteiligten Kirchgemeinde beschliessen den Vertrag über den Zusammenschluss an der Urne. Der Zusammenschluss bedarf der Zustimmung in jeder beteiligten Kirchgemeinde.

³ Die Stimmberechtigten der beteiligten Kirchgemeinden beschliessen nach Massgabe von Art. 153 Abs. 2 über die Kirchgemeindeordnung der zusammengeschlossenen Kirchgemeinde, sofern der Vertrag über den Zusammenschluss nicht einen Beschluss der Gesamtheit der Stimmberechtigten der beteiligten Kirchgemeinden an der Urne vorschreibt.

Art. 151 b²⁵ ¹ Kirchgemeinden, die sich zusammenschliessen wollen, werden in ihren Bestrebungen von der Landeskirche unterstützt.

b. Unterstützung

² Der Kirchenrat kann finanzielle Beiträge gewähren. Die Finanzverordnung¹¹ regelt die Einzelheiten.

Art. 151 c²⁵ Die Aufteilung von Kirchgemeinden erfolgt durch Beschluss der Kirchensynode. Für das Verfahren gilt Art. 151 Abs. 2 sinngemäss.

c. Aufteilung

Art. 151 d²⁵ Für Änderungen im Gebiet von Kirchgemeinden gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes⁶ über Gebietsänderungen sinngemäss.

d. Gebietsänderung

Art. 152 ¹ Die Kirchgemeinden nehmen ihren Auftrag als Teil der Landeskirche wahr.

Autonomie

² Sie regeln ihre Angelegenheiten im Rahmen der Kirchenordnung und des übergeordneten Rechts selbstständig.

Art. 153²⁶ ¹ Die Kirchgemeinden regeln ihre Organisation und die Zuständigkeit ihrer Organe im Rahmen des übergeordneten Rechts in einer Kirchgemeindeordnung.

Kirchgemeindeordnung

² Erlass und Änderungen der Kirchgemeindeordnung werden von den Stimmberechtigten an der Urne beschlossen, sofern nicht

- a. die Kirchgemeindeordnung die Abstimmung in der Kirchgemeindeversammlung vorsieht,
- b. in Kirchgemeinden mit einem Kirchgemeindepárament dieses unter Vorbehalt des fakultativen Referendums entscheidet.

³ Die Kirchgemeindeordnung unterliegt der Genehmigung des Kirchenrates. Diese wird erteilt, wenn die Kirchgemeindeordnung dem übergeordneten Recht entspricht. Die Genehmigung ist Voraussetzung für das Inkrafttreten der Kirchgemeindeordnung.

Innerer
Zusammenhalt

Art. 154 Bei der Bestellung von Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie bei der Besetzung kirchlicher Ämter und Dienste ist dem inneren Zusammenhalt und dem Ganzen der Kirchgemeinde Rechnung zu tragen.

Kirchliche
Vielfalt

Art. 155²⁶ ¹ Die Landeskirche und die Kirchgemeinden fördern unterschiedliche Formen des kirchlichen Lebens. Sie unterstützen entsprechende Initiativen von Mitgliedern sowie von Werken und Gemeinschaften, die mit der Landeskirche in Verbindung stehen, und stellen dafür in angemessenem Umfang Mittel zur Verfügung.

² Im Rahmen des Auftrages der Landeskirche achten sie dabei insbesondere auf lebensweltliche Gesichtspunkte und sind bestrebt, diese in das Ganze von Kirchgemeinden und Landeskirche einzubeziehen.

³ Der Kirchenrat kann Vorschriften erlassen.

Aufsicht und
Rechtsschutz

Art. 155 a²⁵ Für die Aufsicht über die Kirchgemeinden und die Kirchgemeindeverbände sowie für den Rechtsschutz gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes⁶ über Aufsicht und Rechtsschutz sinngemäss, soweit die Kirchenordnung keine abweichenden Bestimmungen enthält.

B. Kirchgemeindeversammlung

Zusammen-
setzung

Art. 156 Die Gesamtheit der Stimmberechtigten der Kirchgemeinde versammelt sich in der Kirchgemeindeversammlung.

Aufgaben

Art. 157²⁶ ¹ Der Kirchgemeindeversammlung kommen namentlich zu:

- a. Entgegennahme des Jahresberichtes der Kirchenpflege und Aussprache über den Stand des kirchlichen Lebens,
- b. Abnahme der Jahresrechnung,
- c. Festlegung von Budget und Steuerfuss,
- d. Wahl der zusätzlichen Mitglieder sowie der Präsidentin oder des Präsidenten der Pfarrwahlkommission,
- e. Geschäfte von Oberbehörden, die ihr durch die Kirchenpflege unterbreitet werden,
- f. Übernahme neuer Gemeindeaufgaben und Bestimmung der zuständigen Organe,

g. weitere ihr durch die Kirchgemeindeordnung oder durch Kirchgemeindebeschluss vorbehaltene oder von der Kirchenpflege vorgelegte Geschäfte.

² Soweit eine Urnenabstimmung nicht ausgeschlossen ist, kann in der Kirchgemeindeversammlung ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.

Art. 157 a²⁵ ¹ Vor einer Kirchgemeindeversammlung kann die Kirchenpflege einen Termin ansetzen, bis zu dem Wahlvorschläge angemeldet werden können.

Wahlverfahren
a. Wahlvorschläge

² Die Kirchenpflege veröffentlicht die Wahlvorschläge.

³ Die Stimmberechtigten sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden.

Art. 157 b²⁵ ¹ Wahlen finden im geheimen Verfahren statt, wenn die Kirchgemeindeordnung oder das übergeordnete Recht dies vorschreibt oder wenn ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten dies verlangt.

b. Geheime Wahlen

² Für geheime Wahlen gelten folgende Vorschriften:

- a. Aus der Versammlung werden Wahlvorschläge gemacht. Die Stimmberechtigten sind nicht daran gebunden.
- b. Die Stimmabgabe erfolgt auf amtlich ausgegebenen Zetteln. Es gelten die Gültigkeitsvorschriften des Gesetzes über die politischen Rechte⁷.
- c. Die Präsidentin oder der Präsident wählt mit.
- d. Es findet ein Wahlgang statt. Gewählt sind die Personen, die am meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmgleichheit zieht die Präsidentin oder der Präsident das Los.

Art. 158 ¹ Die Kirchenpflege kann für die Beratung kirchlicher Anliegen zu freien Versammlungen einladen.

Freie Versammlungen

² Beschlüsse solcher Versammlungen haben die Wirkung von Anregungen.

C. Kirchgemeindepapament²⁵

Art. 158 a²⁵ ¹ Die Kirchgemeinden können anstelle der Kirchgemeindeversammlung ein Kirchgemeindepapament einführen.

Bestand

² Die Kirchgemeindeordnung legt die Zahl der Mitglieder fest.

Öffentlichkeit
der Verhandlungen

Art. 158 b²⁵ ¹ Die Verhandlungen des Kirchgemeindepardamentes sind öffentlich.

² Das Kirchgemeindepardament schliesst die Öffentlichkeit von der Behandlung einzelner Geschäfte aus, wenn überwiegende kirchliche, öffentliche oder private Interessen gemäss § 23 des Gesetzes über die Information und den Datenschutz⁸ dies erfordern.

Wahl
a. Wahlverfahren

Art. 158 c²⁵ ¹ Die Stimmberechtigten wählen die Mitglieder des Kirchgemeindepardamentes im Verfahren für Mehrheitswahlen an der Urne gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte⁷, soweit die Kirchenordnung keine abweichenden Bestimmungen enthält.

² Bei Erneuerungswahlen ist die stille Wahl ausgeschlossen. Ersatzwahlen erfolgen in stiller Wahl, sofern die Voraussetzungen gemäss dem Gesetz über die politischen Rechte⁷ erfüllt sind.

³ Die Kirchgemeinde kann durch die Kirchgemeindeordnung in mehrere Wahlkreise aufgeteilt werden.

b. Wahlvorschläge

Art. 158 d²⁵ ¹ Erneuerungswahlen und, soweit die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt sind, Ersatzwahlen erfolgen mit gedruckten Wahlvorschlägen.

² Zur Wahl vorgeschlagene Personen erklären auf dem Wahlvorschlag unterschriftlich, ob sie als Pfarrerin oder Pfarrer in der betreffenden Kirchgemeinde tätig sind oder als Angestellte oder Angestellter im Dienste dieser Kirchgemeinde stehen.

c. Wahl von
Pfarrerinnen,
Pfarrern und
Angestellten

Art. 158 e²⁵ ¹ Höchstens ein Drittel der Mitglieder des Kirchgemeindepardamentes darf als Pfarrerin oder Pfarrer in der Kirchgemeinde tätig sein oder als Angestellte oder Angestellter im Dienst der Kirchgemeinde stehen.

² Die wahlleitende Behörde weist die gewählten Personen bei der Mitteilung der Wahl auf die Bedingung gemäss Abs. 1 hin.

³ Ist nach Ablauf der Frist zur Wahlablehnung die Bedingung von Abs. 1 nicht eingehalten, so ist die Wahl jener Pfarrerinnen, Pfarrer und Angestellten, die das absolute Mehr erreicht haben und die in der Kirchgemeinde tätig sind oder in deren Dienst stehen, mit den tiefsten Stimmzahlen ungültig. Haben weitere Personen das absolute Mehr erreicht, so rücken diese in der Reihenfolge des erzielten Resultates nach.

⁴ Können im Verfahren gemäss Abs. 3 nicht alle Sitze besetzt werden, so findet für die freien Sitze ein zweiter Wahlgang statt. Abs. 3 ist sinngemäss anwendbar.

Art. 158 f²⁵ ¹ Lehnt eine Person die Wahl ab, so gilt diejenige Person als gewählt, die unter den gewählten, aber als überzählig ausgeschiedenen Personen das beste Resultat erzielt hat. d. Nicht besetzte Stellen

² Kann ein Sitz nicht besetzt werden, so findet ein zweiter Wahlgang statt.

Art. 158 g²⁵ ¹ Das Kirchgemeindepapament konstituiert sich selber. Es gibt sich eine Geschäftsordnung. Konstituierung

² Die Kirchenpflege nimmt an den Sitzungen des Kirchgemeindepapamentes mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.

Art. 158 h²⁵ ¹ Das Kirchgemeindepapament beschliesst über die Geschäfte gemäss Art. 157 Abs. 1 sowie über Geschäfte, die ihm gemäss kantonalem Recht, der Kirchenordnung und der Kirchgemeindepapamentordnung zugewiesen sind. Aufgaben und Befugnisse

² Ist eine Urnenabstimmung gemäss Gemeindegesez⁶ und Kirchenordnung nicht ausgeschlossen oder nicht vorgeschrieben, so bestimmt die Kirchgemeindepapamentordnung, welche Beschlüsse des Kirchgemeindepapamentes dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen.

D.²⁶ Kirchenpflege

Art. 159 ¹ Die Kirchenpflege berät, entscheidet und vollzieht die ihr übertragenen Geschäfte der Kirchgemeindepapament. Sie führt die Verwaltung der Kirchgemeindepapament und nimmt die Aufsicht wahr. Funktion und Zusammensetzung

² Die Kirchenpflege besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten.

Art. 160²⁶ ¹ Die Stimmberechtigten der Kirchgemeindepapament wählen die Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten der Kirchenpflege an der Urne, sofern die Kirchgemeindepapamentordnung nicht die Wahl in der Kirchgemeindepapamentversammlung vorsieht. Wahl

² Bei Erneuerungswahlen ist die stille Wahl ausgeschlossen.

³ Die Kirchgemeindepapamentordnung kann für die Mitglieder der Kirchenpflege auf den politischen Wohnsitz in der Kirchgemeindepapament verzichten.

⁴ Eine Person kann gleichzeitig nur einer Kirchenpflege angehören.

⁵ Die Wahl der Kirchenpflege richtet sich

- a. bei der Wahl an der Urne nach den Bestimmungen des Geseztes über die politischen Rechte⁷ über Mehrheitswahlen an der Urne,
- b. bei der Wahl durch die Kirchgemeindepapamentversammlung nach den Bestimmungen des Gemeindegeseztes⁶ und der Kirchenordnung.

Bekanntgabe
der Wahl

Art. 161 ¹ Erfolgte Wahlen in die Kirchenpflege sind amtlich zu publizieren, der Kirchgemeinde bekannt zu geben sowie nach Eintritt der Rechtskraft der Bezirkskirchenpflege, dem Kirchenrat und dem Bezirksrat mitzuteilen.

² Neu in die Kirchenpflege gewählte Mitglieder werden im Rahmen eines Gottesdienstes in der Kirchgemeinde begrüsst.

Konstituierung

Art. 162²⁶ ¹ Die Kirchenpflege konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten selber. Sie teilt den einzelnen Mitgliedern Aufgabenbereiche zu.

² An den Sitzungen der Kirchenpflege nehmen mit beratender Stimme und Antragsrecht teil:

- a. in einer Kirchgemeinde ohne Pfarrkonvent die Pfarrerin oder der Pfarrer,
- b. in einer Kirchgemeinde mit einem Pfarrkonvent die oder der Vorsitzende und die weitere Vertretung des Pfarrkonventes gemäss Art. 114 Abs. 3 lit. b sowie weitere Pfarrerrinnen und Pfarrer auf Einladung der Kirchenpflege,
- c. die Leiterin oder der Leiter des Gemeindekonventes,
- d. die Kirchengemeindeschreiberin oder der Kirchengemeindeschreiber, soweit die Kirchgemeinde über eine solche Stelle verfügt.

³ Leitet eine Pfarrerin oder ein Pfarrer den Gemeindekonvent, so kann ein weiteres Mitglied des Gemeindekonventes an den Sitzungen der Kirchenpflege mit beratender Stimme und Antragsrecht teilnehmen.

⁴ Die Kirchenpflege kann für einzelne Geschäfte weitere Personen mit beratender Stimme zu den Sitzungen einladen.

⁵ Die Kirchenpflege gibt sich eine Geschäftsordnung.

Aufgaben
a. Im
Allgemeinen

Art. 163²⁶ ¹ Die Kirchenpflege erfüllt ihre Aufgaben auf der Grundlage des Evangeliums mit Blick auf die ganze Kirchgemeinde und die Landeskirche.

² Sie besorgt die Aufgaben, die ihr durch das übergeordnete Recht und die Kirchengemeindeordnung übertragen und keiner anderen Behörde oder keinem anderen Organ zugewiesen sind, namentlich

- a. Vertretung der Kirchgemeinde nach aussen,
- b. Festlegung der Organisation der Kirchgemeinde unter Vorbehalt der Zuständigkeit der Kirchgemeindeversammlung oder des Kirchgemeindepardamentes sowie der Stimmberechtigten an der Urne,
- c. Beschlussfassung über Legislaturziele und Arbeitsschwerpunkte,
- d. Beschlussfassung über Anstellungen,
- e. Personalführung,

- f. Verabschiedung von Budget und Jahresrechnung zuhanden der Kirchgemeindeversammlung oder des Kirchgemeindepardamentes,
- g. Erlass und Nachföhrung des Finanzplanes und des Stellenplanes,
- h. Entscheide über Vergabungen und die Verwendung der Kollekten,
- i. Unterhalt und Verwaltung von Kirchen, Kirchgemeindepäusern, Pfarrhäusern und weiteren Liegenschaften,
- j. Mitwirkung bei gottesdienstlichen Aufgaben und Teilnahme am Leben der Kirchgemeinde.

³ Die Kirchenpflege vertritt die Anliegen der evangelischen Hilfswerke und Missionen in der Kirchgemeinde. Sie ist für die Pflege und Förderung der Beziehungen in der Ökumene und zu anderen Glaubensgemeinschaften mitverantwortlich.

⁴ Die Aufgabenübertragung an Mitglieder und Ausschüsse der Kirchenpflege, an Kommissionen sowie an Pfarrerinnen, Pfarrer und Angestellte richtet sich nach dem Gemeindegesetz⁶.

Art. 164 Die Kirchenpflege führt die Aufsicht über

b. Aufsicht

- a. das kirchliche Leben in der Gemeinde,
- b. die Amtsföhrung der Pfarrerinnen und Pfarrer,
- c. die Aufgabenerfüllung durch Angestellte und Freiwillige.

Art. 165 ¹ Die Kirchenpflege erstattet der Kirchgemeindeversammlung oder dem Kirchgemeindepardament und der weiteren Öffentlichkeit jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und das kirchliche Gemeindeleben.²⁶

c. Bericht-
erstattung und
Öffentlichkeits-
arbeit

² Sie stellt dem Kirchenrat alle Unterlagen und Angaben zur Verfügung, die dieser für die Planung und Erfüllung der Aufgaben der Landeskirche sowie für die Berichterstattung gemäss Kirchengesetz¹⁰ benötigt. Sie gibt dem Kirchenrat namentlich Rechenschaft über die Verwendung der finanziellen Mittel der Kirchgemeinde.

³ Die Kirchenpflege sorgt für die Information der Pfarrerinnen, Pfarrer, Angestellten und Freiwilligen.

⁴ Sie informiert die Kirchgemeinde, die weitere Öffentlichkeit, die Bezirkskirchenpflege und den Kirchenrat über wesentliche Gemeindeangelegenheiten.

E.²⁶ Rechnungsprüfungskommission

Art. 166 ¹ Die Rechnungsprüfungskommission ist zuständig für die Kontrolle des Finanzhaushaltes der Kirchgemeinde.

Funktion und
Zusammen-
setzung

² Sie besteht aus fünf Mitgliedern, einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten. In Kirchgemeinden mit einem Kirchgemeindep arlament kann die Kirchgemeindep ordnung mehr als fünf Mitglieder vorsehen.²⁶

Wahl

Art. 167²⁶ ¹ Die Stimmberechtigten der Kirchgemeinde wählen die Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten der Rechnungsprüfungskommission in der Kirchgemeindep ersammlung, sofern die Kirchgemeindep ordnung nicht die Wahl an der Urne vorsieht.

² In Kirchgemeinden mit einem Kirchgemeindep arlament wählt dieses die Mitglieder aus seiner Mitte.

³ Die Wahl der Rechnungsprüfungskommission richtet sich

- a. bei der Wahl an der Urne nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁷ über Mehrheitswahlen an der Urne,
- b. bei der Wahl durch die Kirchgemeindep ersammlung nach den Bestimmungen des Gemeindep esetzes⁶ und der Kirchenordnung.

Konstituierung

Art. 168 Die Rechnungsprüfungskommission konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten selber.

Aufgaben

Art. 169²⁶ ¹ Die Rechnungsprüfungskommission besorgt die Aufgaben, die ihr das Gemeindep esetz⁶ zuweist, und jene Aufgaben, die in der Finanzverordnung¹¹ vorgesehen sind.

² Sie nimmt in Kirchgemeinden mit einem Kirchgemeindep arlament und, soweit dies die Kirchgemeindep ordnung vorsieht, in Kirchgemeinden mit einer Kirchgemeindep ersammlung die Geschäftsprüfung wahr.

F.²⁶ Pfarrwahlkommission, Kommissionen und Arbeitsgruppen

Pfarrwahlkommission

Art. 170²⁶ ¹ Die Kirchgemeinde bestellt zur Vorbereitung einer Pfarrwahl eine Pfarrwahlkommission. Diese unterbreitet der Kirchenpflege zuhanden der Stimmberechtigten der Kirchgemeinde einen Wahlvorschlag.

² Die Pfarrwahlkommission setzt sich aus den Mitgliedern der Kirchenpflege und den von der Kirchgemeindep ersammlung oder vom Kirchgemeindep arlament zugewählten Mitgliedern zusammen. Die Kirchenpflege kann aus ihren Reihen eine Vertretung bestimmen, welche die Aufgaben der Kirchenpflege in der Pfarrwahlkommission wahrnimmt.

³ Die Kirchgemeindeversammlung oder das Kirchgemeindep Parlament bestimmt die Zahl der zugewählten Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten der Pfarrwahlkommission. Die Zahl der zugewählten Mitglieder darf die Zahl aller Mitglieder der Kirchenpflege nicht übersteigen.

⁴ Pfarrerinnen und Pfarrer, die in einer Kirchgemeinde pfarramtlich tätig sind, sowie Angestellte einer Kirchgemeinde sind nicht in die Pfarrwahlkommission dieser Kirchgemeinde wählbar.

Art. 171²⁶ ¹ Die Kirchenpflege kann für bestimmte Aufgaben und Sachbereiche Kommissionen und zur Bearbeitung einzelner Geschäfte Arbeitsgruppen bestellen.

Kommissionen
und
Arbeitsgruppen

² Sie ernennt die Mitglieder von Kommissionen.

³ Der Einsitz in Kommissionen und Arbeitsgruppen steht Mitgliedern der Kirchgemeinde und weiteren Personen offen.

G.²⁶ Zusammenarbeit

Art. 172²⁶ ¹ Pfarrerinnen, Pfarrer und Angestellte bilden den Gemeindekonvent.

Zusammen-
arbeit in der
Kirchgemeinde
a. Gemeinde-
konvent

² Die Kirchenpflege regelt die Organisation und die Zusammensetzung des Gemeindekonventes.

³ Der Gemeindekonvent koordiniert und fördert die Zusammenarbeit insbesondere zwischen dem Pfarramt, den weiteren Diensten und den Freiwilligen der Kirchgemeinde. Er stellt den Informationsaustausch sicher. Er unterstützt den sorgsamsten Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, eine zielorientierte Arbeitsweise und die Qualitätsentwicklung der kirchgemeindlichen Arbeit.

⁴ Im Weiteren kommen dem Gemeindekonvent folgende Aufgaben zu:

- a. Erfüllung von Aufgaben gemäss den Aufträgen der Kirchenpflege,
- b. Mitarbeit bei der Entwicklung von Legislaturzielen und Arbeitsschwerpunkten,
- c. Vernehmlassung zu Geschäften der Kirchenpflege auf deren Einladung,
- d. Erörterung von Fragen des Gemeindelebens,
- e. Wahlvorschlag für die Konventsleitung zuhanden der Kirchenpflege.

⁵ Im Rahmen seiner Aufgaben kann der Gemeindekonvent der Kirchenpflege oder dem Pfarrkonvent Anträge unterbreiten.

b. Konvents-
leitung

Art. 173 ¹ Die Kirchenpflege wählt auf Vorschlag des Gemeindekonventes aus dessen Mitte die Konventsleitung auf eine bestimmte Dauer.

² Die Konventsleitung führt den Vorsitz im Gemeindekonvent und vertritt diesen gegenüber der Kirchenpflege.

Übergemeind-
liche Zusammen-
arbeit

Art. 174 ¹ Die Kirchgemeinden nutzen die inhaltlichen, personellen und finanziellen Möglichkeiten zur übergemeindlichen Zusammenarbeit.

a. Grundsatz

² Der Kirchenrat fördert die übergemeindliche Zusammenarbeit.²⁶

b. Rechtsform
und
Zuständigkeit²⁶

Art. 175 ¹ Die Kirchgemeinden regeln die übergemeindliche Zusammenarbeit durch den Abschluss von Vereinbarungen, den Zusammenschluss zu Kirchgemeindeverbänden oder die Gründung anderer Rechtsträger.

² Die Zuständigkeit für Beschlüsse gemäss Abs. 1 richtet sich nach der Kirchgemeindeordnung.²⁶

³ Vereinbarungen zwischen Körperschaften der Landeskirche unter sich und mit anderen kirchlichen Körperschaften sowie die Statuten von Kirchgemeindeverbänden und anderen Rechtsträgern unterliegen der Genehmigung des Kirchenrates. Diese wird erteilt, wenn die Vereinbarungen und Statuten dem übergeordneten Recht entsprechen.

c. Politische
Gemeinden und
Schulgemeinden

Art. 176 Die Kirchgemeinden pflegen die Zusammenarbeit mit den politischen Gemeinden und den Schulgemeinden.

H.²⁶ Kirchengemeinschaften

Bestand

Art. 177 ¹ Die Zusammenschlüsse von französisch-, italienisch- und spanischsprachigen Mitgliedern einer Mitgliedskirche des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes bilden die Kirchengemeinschaften der Landeskirche.

² Die Kirchengemeinschaften sind im Anhang zur Kirchenordnung aufgeführt.

³ Die Namensänderung, Neubildung, Vereinigung und Auflösung von Kirchengemeinschaften erfolgt durch Beschluss der Kirchensynode auf Gesuch der betreffenden Kirchengemeinschaften oder nach deren Anhörung.

⁴ Die Mitglieder der Kirchengemeinschaften bleiben mit allen Rechten und Pflichten Mitglieder der Kirchgemeinde an ihrem Wohnsitz.

Art. 178 ¹ Die Kirchgemeinschaften erstrecken sich über das ganze Gebiet der Landeskirche. Organisation

² Die Kirchgemeinschaften besitzen als Körperschaften der Landeskirche eigene Rechtspersönlichkeit. Sie verfügen über die Organe einer Kirchgemeinde. Sie geben sich ein Statut, das der Genehmigung des Kirchenrates unterliegt.

³ Die Kirchgemeinschaften decken ihre Ausgaben durch Beiträge der Landeskirche und freiwillige Zuwendungen.

⁴ Im Übrigen sind auf die Kirchgemeinschaften die Bestimmungen über die Kirchgemeinden sinngemäss anwendbar. Der Kirchenrat kann Ausnahmen vorsehen.

Art. 179 Der Kirchenrat regelt durch Vertrag mit den Kirchgemeinschaften namentlich Zusammenarbeit

- a. die Zuweisung zu einem kirchlichen Bezirk,
- b. die Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Landeskirche,
- c. die Leistungen der Landeskirche,
- d. die Finanzierung des Unterhalts von Liegenschaften der Kirchgemeinschaften und die Verfügungsbefugnisse über diese Liegenschaften.

3. Abschnitt: Kirchlicher Bezirk

A. Grundlagen

Art. 180 Die kirchlichen Bezirke umfassen die Kirchgemeinden in den Bezirken des Kantons. Einteilung

Art. 181²⁶ ¹ Organe der kirchlichen Bezirke sind die Bezirkskirchenpflegen. Organe

² Weitere Organe der kirchlichen Bezirke sind die Pfarrkapitel, Diakonatskapitel, Kirchenmusikkapitel und Katechetikkapitel.

B. Bezirkskirchenpflege

Art. 182 ¹ Die Bezirkskirchenpflege fördert und beaufsichtigt das kirchliche Leben im Bezirk. Funktion und Zusammensetzung

² Sie besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, einschliesslich der Präsidentin oder des Präsidenten. Der Kirchenrat setzt die Mitgliederzahl der Bezirkskirchenpflegen fest.

³ Die Mitgliedschaft in der Bezirkskirchenpflege ist innerhalb des Bezirkes unvereinbar mit²⁶

- a. der Mitgliedschaft in Behörden und Organen einer Kirchgemeinde sowie in Kommissionen gemäss Art. 170 und 171 Abs. 1,
- b. der Mitgliedschaft in Behörden und Organen eines Kirchgemeindevverbandes sowie in Kommissionen gemäss Art. 171 Abs. 1,
- c. einem Pfarramt oder einer Anstellung in einer Kirchgemeinde,
- d. der Mitgliedschaft im Vorstand eines Kapitels gemäss Art. 181 Abs. 2.

Wahl

Art. 183²⁶ ¹ Die Stimmberechtigten des Bezirkes wählen die Mitglieder der Bezirkskirchenpflege.

² Die Wahl erfolgt an der Urne.

³ Die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁷ über Mehrheitswahlen an der Urne und über Bezirkswahlen finden sinngemäss Anwendung.

Konstituierung

Art. 184²⁶ ¹ Die Bezirkskirchenpflege konstituiert sich selber.

² Die Dekanin oder der Dekan nimmt an den Sitzungen der Bezirkskirchenpflege mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.

³ Die Präsidentinnen und Präsidenten des Diakonats-, Kirchenmusik- und Katechetikkapitels im Bezirk nehmen auf Einladung der Bezirkskirchenpflege mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teil, wenn entsprechende Geschäfte vorliegen oder vom Kapitel angemeldet werden.

⁴ Die Bezirkskirchenpflege gibt sich eine Geschäftsordnung.

Organisation
und Geschäfts-
führung

Art. 185 ¹ Für die Organisation und Geschäftsführung der Bezirkskirchenpflege gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes⁶ über die Gemeindebehörden sinngemäss.

² Die Bezirkskirchenpflege ist beim Entscheid über ein Rechtsmittel an keine Weisungen gebunden, ausgenommen bei der Rückweisung durch eine übergeordnete Instanz.

³ Der Kirchenrat regelt die Aufsichts- und Visitationstätigkeit sowie die fachliche und administrative Unterstützung der Bezirkskirchenpflegen in einer Verordnung.

⁴ Die Landeskirche trägt den Aufwand der Bezirkskirchenpflegen.

Art. 186 Der Bezirkskirchenpflege kommen unter Vorbehalt der Aufgaben
Zuständigkeit des Bezirksrates namentlich folgende Aufgaben zu:

- a. Pflege der Beziehungen zu den Kirchgemeinden, insbesondere zu den Kirchenpflegern, Pfarrerinnen, Pfarrern und Angestellten,
- b.²⁶ Aufsicht über die Kirchgemeinden, Kirchgemeinschaften und Kirchgemeindeverbände, ihre Behörden und Organe sowie über Pfarrerinnen, Pfarrer und Angestellte hinsichtlich der Amtsführung und der Erfüllung ihrer Aufgaben,
- c. Vermittlung bei Spannungen innerhalb einer Kirchgemeinde, zwischen Kirchgemeinden sowie zwischen ihren Amtsträgerinnen und Amtsträgern, Angestellten und Mitgliedern,
- d. Anordnung von aufsichtsrechtlichen Massnahmen,
- e. Beurteilung von Rekursen und Beschwerden gegen Anordnungen und Beschlüsse der Kirchgemeinden und Kirchgemeindeverbände sowie ihrer Organe,
- f.²⁶ Stellungnahme zu Gesuchen der Kirchgemeinden um Zuteilung von Pfarrstellenpensen gemäss Art. 117 Abs. 4 und um Errichtung von gemeindeeigenen Pfarrstellen,
- g. Unterstützung der Kirchgemeinden in der übergemeindlichen Zusammenarbeit,
- h. Aufsicht über die Führung der Archive von Kirchgemeinden und Kirchgemeindeverbänden, der Pfarrarchive und der kirchlichen Register,
- i. Vertretung der Anliegen der Landeskirche im Bezirk,
- j. Durchführung von Bezirksversammlungen und Bezirkstagen,
- k. Information des Kirchenrates über Vorkommnisse gemäss lit. c und d sowie Erstattung eines jährlichen Berichtes an den Kirchenrat über ihre Tätigkeit und über den Stand des kirchlichen Lebens im Bezirk,
- l. Behandlung weiterer durch die Kirchenordnung und den Kirchenrat zugewiesener Geschäfte.

C. Pfarrkapitel

Art. 187 ¹ Im Pfarrkapitel des Bezirkes versammeln sich die Mitglieder des Ministeriums mit Wohnsitz im Bezirk. Zusammen-
setzung

² Mitglieder des Ministeriums mit Wohnsitz im Bezirk, die im Dienst der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehen und ihren Tätigkeitsschwerpunkt ausserhalb des Bezirkes haben, nehmen dort Einsitz in das Pfarrkapitel. Über Ausnahmen entscheidet der Kirchenrat.

- Konstituierung** **Art. 188** ¹ Das Pfarrkapitel konstituiert sich auf Einladung der Dekanin oder des Dekans binnen dreier Monate seit Beginn der Amtsdauer der Pfarrerrinnen und Pfarrer.
- ² Es wählt aus seiner Mitte im geheimen Verfahren gemäss Art. 157 b Abs. 2 den Vorstand, bestehend aus der Dekanin oder dem Dekan und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.²⁶
- ³ Die Mitglieder des Vorstandes müssen im Pfarrkapitel stimmberechtigt sein.
- Versammlungen** **Art. 189** ¹ Das Pfarrkapitel versammelt sich auf Einladung der Dekanin oder des Dekans oder auf Begehren von einem Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder.
- ² Die in einem Pfarramt tätigen Mitglieder des Pfarrkapitels sind zur Teilnahme an den Kapitelsversammlungen verpflichtet.
- ³ Stimm- und wahlberechtigt sind die im Dienst der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehenden Mitglieder des Pfarrkapitels. Die weiteren Mitglieder nehmen an den Kapitelsversammlungen mit beratender Stimme teil.
- Aufgaben** **Art. 190**²⁶ Dem Pfarrkapitel kommen namentlich zu:
- a. Stellungnahme zu kirchlichen Fragen auf Einladung des Kirchenrates oder der Bezirkskirchenpflege,
 - b. Behandlung theologischer und gesellschaftlicher Fragen im Blick auf die pfarramtliche Arbeit und auf die Entwicklung neuer Lösungsansätze in der kirchlichen Praxis,
 - c. Antragstellung zu kirchlichen Anliegen zuhanden der Bezirkskirchenpflege, der zuständigen Kapitel gemäss Art. 181 Abs. 2 und des Kirchenrates,
 - d. Förderung der übergemeindlichen Zusammenarbeit.
- Dekanin und Dekan**
- a. Stellung **Art. 191** ¹ Die Dekanin oder der Dekan leitet das Pfarrkapitel und vertritt dieses nach aussen.
- ² Neu gewählte Dekaninnen und Dekane werden im Rahmen eines Gottesdienstes durch ein Mitglied des Kirchenrates im Amt eingesetzt.
- b. Aufgaben **Art. 192** ¹ Den Dekaninnen und Dekanen kommen namentlich zu:
- a. Installation von Pfarrerrinnen und Pfarrern sowie deren Einführung in die besonderen Verhältnisse ihrer Gemeinde und der Landeskirche,
 - b. Begleitung, Beratung und Förderung der Mitglieder des Pfarrkapitels,
 - c. in Zusammenarbeit mit der Bezirkskirchenpflege Vermittlung bei Spannungen,

- d. Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Pfarrkapitels,
- e. Vertretung des Kirchenrates im Pfarrkapitel und im Bezirk in Belangen des Pfarramtes,
- f. Teilnahme an der Dekanienkonferenz und Vertretung der Anliegen des Pfarrkapitels in der Dekanienkonferenz,
- g. Berichterstattung an den Kirchenrat.

² Dekaninnen und Dekane sind im Rahmen ihrer Aufgaben befugt, Anweisungen zu erteilen und die Mitglieder des Pfarrkapitels zu ermahnen.

Art. 193 ¹ Dekaninnen und Dekane, die im Dienst der Landeskirche stehen, können in ihrer Tätigkeit zeitlich entlastet werden. c. Entlastung

² Sind sie teilzeitlich tätig oder stehen sie im Dienst einer mit der Landeskirche verbundenen Institution, so kann ihnen oder der Institution eine Entschädigung ausgerichtet werden.

³ Der Kirchenrat setzt die Entlastung oder Entschädigung fest.

D. Diakonatskapitel

Art. 194 ¹ Sozialdiakoninnen und Sozialdiakone, die im Dienst einer Kirchgemeinde, eines Kirchgemeindeverbandes, der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehen, sind Mitglieder eines Diakonatskapitels.²⁶ Zusammensetzung und Bestand

² Die Zugehörigkeit richtet sich nach dem Ort der Tätigkeit.

³ Entsprechend den Bezirken des Kantons bestehen die Diakonatskapitel Zürich, Winterthur-Andelfingen, Bülach-Dielsdorf-Dietikon, Uster-Pfäffikon-Hinwil und Meilen-Horgen-Affoltern.

Art. 195 ¹ Das Diakonatskapitel konstituiert sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten im Anschluss an die Erneuerungswahlen der Kirchenpflegen bis spätestens zum Ende des betreffenden Jahres. Konstituierung

² Es wählt aus seiner Mitte im geheimen Verfahren gemäss Art. 157 b Abs. 2 den Vorstand, bestehend aus der Präsidentin oder dem Präsidenten und mindestens zwei weiteren Mitgliedern.²⁶

³ Die Mitglieder des Vorstandes müssen im Diakonatskapitel stimmberechtigt sein.

Art. 196²⁶ ¹ Das Diakonatskapitel versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Begehren von einem Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder. Versammlungen

² Mitglieder, die mit einem Stellenpensum von insgesamt mindestens 30% im Dienst einer Kirchgemeinde, eines Kirchgemeindevverbandes, der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehen, sind zur Teilnahme an den Kapitelsversammlungen verpflichtet.

³ Stimm- und wahlberechtigt in den Kapitelsversammlungen sind alle Mitglieder des Diakonatskapitels.

Aufgaben

Art. 197²⁶ Dem Diakonatskapitel kommen namentlich zu:

- a. Stellungnahme zu kirchlichen Fragen auf Einladung des Kirchenrates oder der Bezirkskirchenpflege,
- b. Behandlung diakonischer und gesellschaftlicher Fragen im Blick auf die diakonische Arbeit und auf die Entwicklung neuer Lösungsansätze in der kirchlichen Praxis,
- c. Antragstellung zu kirchlichen Anliegen zuhanden der zuständigen Bezirkskirchenpflege, der zuständigen Kapitel gemäss Art. 181 Abs. 2 und des Kirchenrates,
- d. Förderung der übergemeindlichen Zusammenarbeit.

Präsidentin und Präsident
a. Stellung

Art. 198 Die Präsidentin oder der Präsident leitet das Diakonatskapitel und vertritt dieses nach aussen.

b. Aufgaben

Art. 199 Den Präsidentinnen und Präsidenten kommen namentlich zu:

- a.²⁶ Einführung von Sozialdiakoninnen und Sozialdiakonen in die besonderen Verhältnisse ihrer Gemeinde und der Landeskirche,
- b. Begleitung, Beratung und Förderung der Mitglieder des Diakonatskapitels,
- c. in Zusammenarbeit mit der zuständigen Bezirkskirchenpflege Vermittlung bei Spannungen,
- d. Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Diakonatskapitels,
- e. Teilnahme an der Konferenz der Diakonatskapitelspräsidenten und Vertretung der Anliegen des Diakonatskapitels in dieser Konferenz,
- f. Berichterstattung an den Kirchenrat.

c. Entlastung

Art. 200²⁶ ¹ Präsidentinnen und Präsidenten der Diakonatskapitel, die im Dienst einer Kirchgemeinde, eines Kirchgemeindevverbandes oder der Landeskirche stehen, können in ihrer beruflichen Tätigkeit zeitlich entlastet werden.

² Sind sie teilzeitlich tätig oder stehen sie im Dienst einer Kirchengemeinde, eines Kirchgemeindeverbandes oder einer mit der Landeskirche verbundenen Institution, so kann anstelle der zeitlichen Entlastung eine Entschädigung gewährt werden.

³ Der Kirchenrat regelt in Absprache mit der Kirchengemeinde, dem Kirchgemeindeverband oder der Institution die Einzelheiten.

E. Kirchenmusikkapitel und Katechetikkapitel²⁵

Art. 200 a²⁵ ¹ Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker sowie Katechetinnen und Katecheten, die im Dienst einer Kirchengemeinde, eines Kirchgemeindeverbandes, der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehen, sind Mitglieder eines Kirchenmusikkapitels beziehungsweise eines Katechetikkapitels.

Zusammensetzung, Bestand und Teilnahmepflicht

² Der Kirchenrat legt den Bestand der Kirchenmusikkapitel und der Katechetikkapitel fest.

³ Mitglieder, die mit einem Stellenpensum von insgesamt mindestens 20% im Dienst einer Kirchengemeinde, eines Kirchgemeindeverbandes, der Landeskirche oder einer mit dieser verbundenen Institution stehen, sind zur Teilnahme an den Kapitelsversammlungen verpflichtet.

Art. 200 b²⁵ Die Organisation und die Aufgaben der Kirchenmusikkapitels und der Katechetikkapitels richten sich nach den für die Diakonatskapitel geltenden Bestimmungen. Art. 21, 195, 196 Abs. 1 und 3 sowie 197–200 sind sinngemäss anwendbar.

Anwendbares Recht

4. Abschnitt: Landeskirche

Art. 201 Organe der Landeskirche sind die Gesamtheit der Stimmberechtigten, die Kirchensynode, der Kirchenrat und die Rekurskommission.

Organe

A. Gesamtheit der Stimmberechtigten

Art. 202 ¹ Die Gesamtheit der Stimmberechtigten wählt in den Synodalwahlkreisen die Mitglieder der Kirchensynode und entscheidet über die ihr gemäss Kirchenordnung zu unterbreitenden Vorlagen.

Funktion und Zusammensetzung

² Sie setzt sich aus den stimmberechtigten Mitgliedern der Landeskirche zusammen.

Initiative

Art. 203 ¹ Mit einer Initiative können der Erlass, die Aufhebung oder die Änderung von Bestimmungen der Kirchenordnung verlangt werden.

² Initiativen sind in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs oder der allgemeinen Anregung abzufassen. Initiativen auf Gesamtrevision der Kirchenordnung sind nur in der Form der allgemeinen Anregung zulässig.

³ Eine Initiative können einreichen²⁶

- a. ein Drittel der Mitglieder der Kirchensynode,
- b. sieben Kirchgemeinden durch Beschluss der Kirchgemeindeversammlung oder des Kirchgemeindepalamentes,
- c. 1000 Stimmberechtigte.

Obligatorisches Referendum

Art. 204 Dem obligatorischen Referendum unterstehen

- a. Gesamtrevisionen der Kirchenordnung,
- b. Teilrevisionen der Kirchenordnung, welche die Befugnisse der Stimmberechtigten betreffen.

Fakultatives Referendum

Art. 205²⁶ ¹ Dem fakultativen Referendum unterstehen

- a. vorbehältlich Art. 204 lit. b Teilrevisionen der Kirchenordnung, ausgenommen Änderungen im Anhang der Kirchenordnung aufgrund von Beschlüssen gemäss Art. 151 Abs. 2 und 3,
- b. die Verordnungen gemäss Art. 28 a Abs. 2, 99 Abs. 2 und 233 Abs. 1 sowie Beschlüsse der Kirchensynode gemäss Art. 151 c,
- c. Beschlüsse der Kirchensynode über neue einmalige Ausgaben von mehr als 4 Mio. Franken und neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als 400000 Franken, ausgenommen Beschlüsse gemäss Art. 215 lit. b.

² Das Referendum können ergreifen

- a. ein Drittel der Mitglieder der Kirchensynode,
- b. zwölf Kirchgemeinden durch Beschluss der Kirchenpflege,
- c. 1000 Stimmberechtigte.

³ Die Kirchensynode kann von sich aus ihre Beschlüsse dem fakultativen Referendum oder der Volksabstimmung unterstellen.

Verfahren

Art. 206 Initiative und Referendum sind dem Kirchenrat einzureichen. Im Übrigen ist das kantonale Recht sinngemäss anwendbar.

B. Kirchensynode

Art. 207 ¹ Die Kirchensynode übt im Zusammenwirken mit der Gesamtheit der Stimmberechtigten der Landeskirche die gesetzgebende Gewalt aus. Funktion und Zusammen-
setzung

² Sie besteht aus 120 Mitgliedern sowie den Vertreterinnen und Vertretern der Kirchgemeinschaften.

Art. 208 ¹ Die kirchlichen Bezirke und die Kirchgemeinschaften bilden die Wahlkreise. Wahlkreise

² Die Kirchensynode kann auf Antrag des Kirchenrates einzelne Bezirke in mehrere Wahlkreise aufteilen.

Art. 209 ¹ Die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise erfolgt im Verhältnis zur evangelisch-reformierten Wohnbevölkerung, wie sie vom Statistischen Amt des Kantons Zürich zuletzt ermittelt worden ist. Den Kirchgemeinschaften steht unabhängig von der Mitgliederzahl je ein Sitz zu. Sitzzuteilung

² Die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁷ betreffend die Sitzzuteilung bei der Wahl des Kantonsrates finden sinngemäss Anwendung.

³ Der Kirchenrat legt vor jeder Gesamterneuerungswahl die Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise fest.

Art. 210²⁶ ¹ Die Wahl der Kirchensynode erfolgt im Verfahren der Mehrheitswahl an der Urne. Bei Erneuerungswahlen ist die stille Wahl ausgeschlossen. Wahlverfahren

² Die Kirchgemeinschaften wählen ihre Vertretung in der Kirchgemeindeversammlung.

³ Die Mehrheit der Vertreterinnen und Vertreter eines Wahlkreises darf nicht als Pfarrerin, Pfarrer, Angestellte oder Angestellter im Dienst einer Kirchgemeinde, eines Kirchgemeindevverbandes oder der Landeskirche stehen.

⁴ Die Kirchensynode regelt das Wahlverfahren in einer Verordnung.

Art. 211 ¹ Die Mitglieder der Kirchensynode leisten im Anschluss an die Erhaltung der Wahl das Amtsgelübde mit den Worten: Amtsgelübde

«Ich gelobe vor Gott, meinen Pflichten als Mitglied der Kirchensynode gewissenhaft nachzukommen, der Landeskirche in der Erfüllung ihres Auftrages zu dienen und so die Sache Jesu Christi nach Kräften mit Gottes Hilfe zu fördern.»

² Die Mitglieder der Kirchensynode bestätigen das Amtsgelübde mit den Worten «Ich gelobe es».

- Konstituierung **Art. 212** Die Kirchensynode konstituiert sich selber. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.
- Versammlungen **Art. 213** ¹ Die Kirchensynode versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten vierteljährlich. Sie wird ausserdem einberufen
- auf Anordnung der Präsidentin oder des Präsidenten,
 - auf Begehren eines Drittels ihrer Mitglieder,
 - auf Antrag des Kirchenrates.
- ² Die Verhandlungen sind öffentlich.
- ³ Die Mitglieder des Kirchenrates, die Kirchenratsschreiberin oder der Kirchenratsschreiber und die Vertreterin oder der Vertreter der Theologischen Fakultät der Universität Zürich haben in der Kirchensynode beratende Stimme und Antragsrecht.
- Aufgaben **Art. 214** Der Kirchensynode kommen namentlich folgende Aufgaben zu:
- a. Allgemeine Aufgaben
- Beschlussfassung über Bibelübersetzung, Liturgie und Gesangbuch,
 - Erlass und Änderung der Kirchenordnung und von Beschlüssen, die für alle Kirchgemeinden verbindlich sind,
 - Erlass und Genehmigung von Verordnungen, sofern die Kirchenordnung dies vorsieht,
 - Stellungnahme zur Änderung von Bestimmungen der Kantonsverfassung, welche die Landeskirche betreffen, und zu Revisionen des Kirchengesetzes¹⁰,
 - Kenntnisnahme der Legislaturziele des Kirchenrates,
 - Beschlussfassung über gesamtkirchliche Aufgaben,
 - Behandlung von Initiativen, Motionen, Postulaten, Interpellationen, Schriftlichen Anfragen, Resolutionen und Petitionen,
 - Regelung der Entschädigung der Mitglieder der Kirchensynode, des Kirchenrates, der Bezirkskirchenpflegen und der Rekurskommission,
 - Aufsicht über die Geschäftsführung des Kirchenrates und der Rekurskommission sowie Abnahme der Jahresberichte,
 - Stellungnahme zu Fragen theologischer und kirchlicher sowie ethischer und gesellschaftlicher Natur durch öffentliche Erklärungen,
 - Beratung und Beschlussfassung über weitere vom Kirchenrat vorgelegte Geschäfte.

Art. 215²⁶ Die Kirchensynode ist zuständig für

b. Finanzen

- a. die Beschlussfassung über Ausgaben oder entsprechende Einnahmeausfälle, welche die Zuständigkeit des Kirchenrates überschreiten, unter Vorbehalt von Art. 205 Abs. 1 lit. c,
- b. die Festsetzung des Rahmenkredites für die Zuteilung von Pfarrstellenpensen jeweils auf die Amtsdauer der Pfarrerinnen und Pfarrer,
- c. die Festsetzung des Budgets der Landeskirche sowie des Beitragsatzes für die Beiträge der Kirchgemeinden an die Landeskirche,
- d. die jährliche Kenntnisnahme des Finanzplanes der Landeskirche,
- e. die Prüfung und Genehmigung der Rechnungen der Landeskirche und ihrer Fonds.

Art. 216 Die Kirchensynode wählt

c. Wahlen

- a. auf Amtsdauer
 1. die Kirchenratspräsidentin oder den Kirchenratspräsidenten und die weiteren Mitglieder des Kirchenrates,
 2. die Mitglieder der Rekurskommission,
 3. die Abgeordneten für die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes,
 4. auf Vorschlag des Kirchenrates die kirchliche Ombudsperson und deren Stellvertreterin oder Stellvertreter,
- b. die Synodalpredigerin oder den Synodalprediger.

C. Kirchenrat

Art. 217²⁶ ¹ Der Kirchenrat ist die oberste leitende und vollziehende Behörde der Landeskirche. Er nimmt diesen Dienst in theologisch-geistlicher Verantwortung wahr.

Funktion und
Zusammensetzung

² Der Kirchenrat besteht aus der Kirchenratspräsidentin oder dem Kirchenratspräsidenten im Vollamt und sechs nebenamtlichen Mitgliedern.

³ Die Mitgliedschaft im Kirchenrat ist unvereinbar mit

- a. der Mitgliedschaft in einer Kirchenpflege, einem Kirchgemeindepapament, einer Rechnungsprüfungskommission und einer Pfarrwahlkommission,
- b. der Mitgliedschaft in Behörden und Organen sowie Kommissionen gemäss Art. 171 Abs. 1 eines Kirchgemeindevorstandes,
- c. der Mitgliedschaft in einer Bezirkskirchenpflege und im Vorstand eines Kapitels gemäss Art. 181 Abs. 2,

- d. der Mitgliedschaft in der Kirchensynode und der Rekurskommission,
- e. einer Anstellung in einem Pfarramt in Institutionen, einem Pfarramt mit gemischter Trägerschaft und einem Pfarramt der Gesamtkirchlichen Dienste sowie bei den Gesamtkirchlichen Diensten.

Amtsgelübde

Art. 218 ¹ Nach ihrer Wahl leisten die Mitglieder des Kirchenrates vor der Kirchensynode oder deren Büro das Amtsgelübde mit den Worten:

«Ich gelobe vor Gott, meinen Pflichten als Mitglied des Kirchenrates gewissenhaft nachzukommen, der Landeskirche in der Erfüllung ihres Auftrages zu dienen und so die Sache Jesu Christi nach Kräften mit Gottes Hilfe zu fördern.»

² Die Mitglieder des Kirchenrates bestätigen das Amtsgelübde mit den Worten «Ich gelobe es».

Konstituierung

Art. 219 ¹ Der Kirchenrat konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten selber.

² Die Kirchenratsschreiberin oder der Kirchenratsschreiber nimmt an den Sitzungen des Kirchenrates mit beratender Stimme und Antragsrecht teil.

³ Der Kirchenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

Aufgaben

a. Allgemeine Aufgaben

Art. 220 ¹ Der Kirchenrat besorgt die Angelegenheiten der Landeskirche, sofern nicht eine andere Behörde oder ein anderes Organ zuständig ist.

² Dem Kirchenrat kommen namentlich folgende Aufgaben zu:

- a. Herausgabe der Zürcher Bibel, der Zürcher Liturgie sowie kirchlicher Gesang- und Lehrbücher,
- b. Vertretung der Landeskirche nach aussen,
- c. Antragstellung an die Kirchensynode, Stellungnahme zu Berichten und Anträgen von Kommissionen der Kirchensynode sowie Vollzug der Beschlüsse der Kirchensynode,
- d. Erlass von Verordnungen, die nicht in die Zuständigkeit der Kirchensynode fallen,
- e. Erarbeitung von Legislaturzielen zuhanden der Kirchensynode,
- f. Wahrnehmung gesamtkirchlicher Aufgaben,
- g. Wahl der Kirchenratsschreiberin oder des Kirchenratsschreibers auf Amtsdauer,
- h. Empfehlungen zuhanden der Kirchengemeinden für den Einsatz personeller und finanzieller Mittel in den kirchlichen Handlungsfeldern,

- i. Vorschlagsrecht für die Ernennung von Mitgliedern des Ministeriums der Landeskirche zu Armeseelsorgerinnen und Armeseelsorgern,
- j. Ernennung von Abordnungen und Vertretungen des Kirchenrates,
- k. Personalverantwortung für die Pfarrerinnen und Pfarrer,
- l. Aufsicht über die kirchlichen Bezirke, ihre Behörden und Organe,
- m. Oberaufsicht über die Kirchgemeinden, Kirchengemeinschaften und Kirchgemeindeverbände, ihre Behörden und Organe sowie über die Gemeindepfarrämter und die Angestellten der Kirchgemeinden,
- n. Aufsicht über die selbstständigen, aufgrund des Zivilgesetzbuches¹⁴ zur Förderung von Aufgaben der Landeskirche geschaffenen kirchlichen Stiftungen,
- o. Stellungnahme zu Fragen theologischer und kirchlicher sowie ethischer und gesellschaftlicher Natur durch öffentliche Erklärungen,
- p. Beurteilung von Rekursen gegen erstinstanzliche Anordnungen der Bezirkskirchenpflegen und gegen Rekursentscheide der Bezirkskirchenpflegen, sofern der Weiterzug an die Rekurskommission oder an das kantonale Verwaltungsgericht ausgeschlossen ist.

Art. 221²⁶ ¹ Der Kirchenrat beschliesst in eigener Zuständigkeit über b. Finanzen

- a. gebundene Ausgaben,
- b. Ausgaben oder entsprechende Einnahmeausfälle im Rahmen des Budgets sowie die Erhöhung budgetierter Ausgaben oder Einnahmeausfälle im folgenden Umfang:
 - 1. einmalige Ausgaben im Einzelfall bis 250 000 Franken, bei Bauvorhaben bis 1 Mio. Franken,
 - 2. jährlich wiederkehrende Ausgaben bis 100 000 Franken im Einzelfall,
- c. neue im Budget nicht enthaltene Ausgaben oder Einnahmeausfälle im folgenden Umfang:
 - 1. einmalige Ausgaben bis 100 000 Franken im Einzelfall, bei Personalgeschäften bis 250 000 Franken,
 - 2. jährlich wiederkehrende Ausgaben bis 50 000 Franken im Einzelfall,
- d. Nachtragskredite zu den von der Kirchensynode bewilligten Verpflichtungskrediten bis höchstens 10% des von der Kirchensynode im Einzelnen bewilligten Betrages.

² Der Kirchenrat kann Ausgaben und Einnahmeausfälle gemäss Abs. 1 lit. c und d bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von insgesamt 2 Mio. Franken bewilligen.

³ Der Kirchenrat kann nach Massgabe der Finanzverordnung Darlehen aufnehmen und gewähren sowie Liegenschaften kaufen und verkaufen.

⁴ Er verwaltet den Finanzausgleich gemäss den Bestimmungen der Finanzverordnung.

⁵ Er kann Kollekten für die ganze Landeskirche anordnen.

Bericht-
erstattung und
Information

Art. 222 ¹ Der Kirchenrat erstattet der Kirchensynode jährlich Bericht über die Tätigkeit der Landeskirche und unterbreitet die Jahresrechnung. Der Jahresbericht wird der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

² Der Kirchenrat besorgt gemäss Kirchengesetz¹⁰ die Berichterstattung gegenüber dem Kanton, insbesondere über die Verwendung der Kostenbeiträge und der Erträge aus den Kirchensteuern der juristischen Personen sowie über die Wirksamkeit der Tätigkeitsprogramme.

³ Er informiert die Öffentlichkeit über wesentliche Angelegenheiten der Landeskirche.

Delegation
von Aufgaben

Art. 223 ¹ Der Kirchenrat kann durch die Geschäftsordnung bestimmte Sachbereiche zur selbstständigen Besorgung seinen Mitgliedern, der Kirchenratsschreiberin oder dem Kirchenratsschreiber übertragen.

² Er kann für bestimmte Sachbereiche Kommissionen und zur Bearbeitung einzelner Geschäfte Arbeitsgruppen bestellen oder Fachleute beiziehen. Er legt Aufträge und Befugnisse fest.

Entlassung
aus dem Amt
oder Dienst,
Einstellung
im Amt oder
Dienst²⁶

Art. 224 ¹ Der Kirchenrat kann Mitglieder der Organe von Kirchgemeinden und Kirchengemeindeverbänden, der Bezirkskirchenpflegen und der Vorstände von Kapiteln gemäss Art. 181 Abs. 2 aus dem Amt entlassen oder längstens bis zum Ablauf ihrer Amtsdauer im Amt einstellen, wenn sie ihre kirchlichen, amtlichen oder behördlichen Obliegenheiten in schwerwiegender Weise vernachlässigen, in anderer Weise die rechtlichen Vorschriften missachten oder gegen sie ein Strafverfahren eingeleitet worden ist.²⁶

² Der Kirchenrat kann unter denselben Voraussetzungen Pfarrerrinnen, Pfarrer, Angestellte von Kirchengemeinden und Kirchengemeindeverbänden sowie andere mit kirchlichen Funktionen betraute Personen im Amt oder Dienst einstellen.

³ Vorsorgliche Massnahmen richten sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁹ und der Personalverordnung.

D. Rekurskommission

Art. 225 ¹ Die Rekurskommission behandelt Rechtsstreitigkeiten, die ihr durch die Kirchenordnung zum Entscheid zugewiesen werden. Funktion und
Zusammen-
setzung

² Sie besteht aus sechs Mitgliedern.

³ Die Mitgliedschaft in der Rekurskommission ist mit jedem anderen Amt und jeder Anstellung in der Landeskirche unvereinbar.

Art. 226 ¹ Die Rekurskommission konstituiert sich selber. Konstituierung

² Sie erledigt Streitigkeiten in Dreierbesetzung.

³ Sie gibt sich eine Geschäftsordnung und bestellt ihr Sekretariat.

Art. 227 ¹ Die Rekurskommission ist in ihrer rechtsprechenden Tätigkeit unabhängig und nur dem Recht verpflichtet. Richterliche
Unabhängigkeit

² Entscheide der Rekurskommission können nur von einem übergeordneten Gericht nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben oder geändert werden.

Art. 228²⁶ ¹ Die Rekurskommission beurteilt Rekurse gegen Zuständigkeit
und Aufgaben

- a. Rekursentscheide der Bezirkskirchenpflegen,
- b. Rekursentscheide des Kirchenrates über erstinstanzliche Anordnungen der Bezirkskirchenpflegen,
- c. Erlasse und erstinstanzliche Anordnungen des Kirchenrates.

² Kann die Rekurskommission für die Behandlung eines Geschäftes nicht gemäss Art. 226 Abs. 2 besetzt werden, so überweist sie dieses dem Verwaltungsgericht zum Entscheid.

³ Gegen Beschlüsse der Kirchensynode und ihrer Organe steht die Beschwerde an das Verwaltungsgericht zur Verfügung. Ausgenommen sind Erlasse, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterliegen.

⁴ Gegen Beschlüsse der Kirchensynode und ihrer Organe sowie Erlasse und erstinstanzliche Anordnungen des Kirchenrates mit vorwiegend politischem Charakter sind der Rekurs an die Rekurskommission und die Beschwerde an das Verwaltungsgericht unzulässig.

⁵ Die Rekurskommission erstattet der Kirchensynode jährlich Bericht über ihre Tätigkeit.

Art. 229 ¹ Das Verfahren vor der Rekurskommission richtet sich nach den Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes⁹ über das Beschwerdeverfahren vor Verwaltungsgericht. Verfahren

² Die Vernehmlassungsfrist im Rahmen eines Rekurses ist in der Regel gleich lang wie die Rekursfrist. Sie kann in begründeten Fällen erstreckt werden.²⁵

E. Kirchliche Ombudsstelle

- Grundsatz **Art. 230** ¹ Die kantonale Ombudsstelle amtet in Angelegenheiten der kirchlichen Bezirke und der Landeskirche.
² Die kirchliche Ombudsstelle amtet unter Vorbehalt der Zuständigkeit der kantonalen Ombudsstelle in Angelegenheiten der Kirchgemeinden und Kirchgemeindeverbände.
- Unabhängigkeit **Art. 231** ¹ Die kirchliche Ombudsstelle ist unabhängig.
² Die Tätigkeit als Ombudsperson ist mit jedem anderen Amt und jeder Anstellung in der Landeskirche unvereinbar.
- Organisation **Art. 232** Die Kirchensynode regelt in einer Verordnung die Aufgaben, das Verfahren und die Organisation der Ombudsstelle sowie die Entschädigung der Ombudsperson.

5. Teil: Finanzen und Liegenschaften

- Finanzhaushalt **Art. 233** ¹ Die Kirchensynode erlässt eine Finanzverordnung.
² Die Finanzverordnung regelt namentlich die Rechnungslegung sowie den Finanzhaushalt von Kirchgemeinden und Landeskirche, den Finanzausgleich und die Baubeiträge.
³ Der Kirchenrat erlässt die zum Vollzug der Finanzverordnung erforderlichen Vorschriften.

1. Abschnitt: Finanzen der Kirchgemeinden

- Finanzierung **Art. 234** Die Kirchgemeinden finanzieren sich durch
 a. Steuererträge,
 b. Beiträge aus dem Finanzausgleich,
 c. Beiträge der Landeskirche,
 d. weitere Mittel gemäss Finanzverordnung.
- Steuerfuss **Art. 235** Die Kirchgemeinden legen ihren Steuerfuss so fest, dass sie bei einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz einen mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt erreichen.
- Finanzausgleich **Art. 236** ¹ Der Finanzausgleich schafft die Voraussetzung dafür, dass die Kirchgemeinden ihren Auftrag gemäss Kirchenordnung erfüllen können.

² Er sorgt für eine ausgewogene Steuerbelastung unter den Kirchgemeinden.

³ Die Finanzverordnung regelt die Einzelheiten.

Art. 237 ¹ Der Kirchenrat erlässt Vorgaben für die Rechnungsführung und Rechnungsprüfung in den Kirchgemeinden.

Rechnungsführung und Rechnungsprüfung

² Er erstellt die Gesamtrechnung der Kirchgemeinden und der Landeskirche.

Art. 238 ¹ Die Kirchenpflegen erheben die Kollekten gemäss Kirchenordnung.

Kollekten und Sammlungen

² Sie führen die vom Kirchenrat angeordneten Kollekten und Sammlungen durch. Im Übrigen entscheiden sie über die Verwendung der Kollekten selber.

³ Solche Mittel dürfen nicht für Ausgaben verwendet werden, die durch Steuern oder andere Mittel zu decken sind.

2. Abschnitt: Finanzen der Landeskirche

Art. 239 Die Landeskirche finanziert sich durch

Finanzierung

- a. Beiträge der Kirchgemeinden,
- b. Kostenbeiträge des Kantons,
- c. weitere Mittel gemäss Finanzverordnung.

Art. 240 ¹ Die Beiträge der Kirchgemeinden an die Landeskirche berechnen sich aufgrund

Beiträge der Kirchgemeinden

- a. der Kirchensteuereinnahmen,
- b. des Steuerfusses der einzelnen Kirchgemeinde,
- c. des von der Kirchensynode festgesetzten Beitragssatzes.

² Die Finanzverordnung¹¹ regelt die Begrenzung des Beitragssatzes.²⁶

³ Die Kirchensynode legt den Beitragssatz so fest, dass bei einem wirtschaftlichen Mitteleinsatz ein mittelfristig ausgeglichener Finanzhaushalt der Landeskirche erreicht wird.

Art. 241 Die Landeskirche verwendet ihre Mittel für

Mittelverwendung

- a. Beiträge an die Kirchgemeinden,
- b. die Löhne der Pfarrerinnen und Pfarrer,
- c. Dienste, Institutionen und Aufgaben der Landeskirche,

- d. die Behörden und Organe der Landeskirche und der kirchlichen Bezirke,
- e. Beiträge an den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund und seine Hilfswerke sowie an weitere Institutionen und Werke.

Fonds

Art. 242 ¹ Die Landeskirche verfügt über Fonds für kirchliche Zwecke.

² Der Kirchenrat verwaltet und verwendet solche Fonds gemäss den jeweiligen Vorschriften.

3. Abschnitt: Liegenschaften in den Kirchgemeinden

Erstellung
und Unterhalt

Art. 243²⁶ ¹ Die Kirchgemeinden sind zuständig für den Bau, den Unterhalt und die Nutzung von Kirchen, Kirchgemeindehäusern, Pfarrhäusern, Pfarrwohnungen und weiteren kirchlichen Liegenschaften, sofern nicht aufgrund besonderer Rechtsverhältnisse der Kanton oder Dritte zuständig sind.

² Der Kirchenrat führt zuhanden der Finanzplanung der Landeskirche ein Verzeichnis der kirchlichen Liegenschaften der Kirchgemeinden. Er erhebt den Raum- und Unterhaltsbedarf.

³ Der Kirchenrat kann Vorschriften für den Bau, den Unterhalt und die Nutzung kirchlicher Liegenschaften sowie für den Raumbedarf der Kirchgemeinden erlassen.

Kirchen
a. Kirchliche
Nutzung

Art. 244 ¹ In der Kirche versammelt sich die gottesdienstliche Gemeinde.

² Die Kirchenpflege sorgt dafür, dass die Kirche für Besinnung, Andacht und Gebet offen steht.

b. Andere
Nutzung und
Veräusserung

Art. 245 ¹ Die Kirchenpflege kann unter Wahrung des besonderen Charakters der Kirche deren vorübergehende Benützung zu anderen Zwecken gestatten.

² Die dauernde Nutzung einer Kirche zu anderen als kirchlichen Zwecken und die Veräusserung einer Kirche bedürfen der Zustimmung des Kirchenrates. Dieser hört die betreffenden Kirchgemeinden und Kirchgemeindev Verbände an.

c. Grossmünster,
Fraumünster
und Kirche
St. Peter

Art. 246 Das Grossmünster, das Fraumünster und die Kirche St. Peter in Zürich stehen der Kirchensynode und dem Kirchenrat für Gottesdienste und kirchliche Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung.

Art. 247²⁶ ¹ Jede Kirchgemeinde ist Eigentümerin mindestens eines Pfarrhauses oder einer Pfarrwohnung. Der Kirchenrat kann Ausnahmen bewilligen.

Amtswohnungen und Amtsräume der Pfarrerinnen und Pfarrer

² Die Kirchgemeinde stellt Pfarrerinnen und Pfarrern, die in dieser Kirchgemeinde auf ein Stellenpensum von mindestens 50% gewählt sind, ein Pfarrhaus oder eine Pfarrwohnung zur Verfügung.

³ Die Kirchgemeinde stellt Pfarrerinnen oder Pfarrern Amtsräume in der Kirchgemeinde zur Verfügung, wenn

- a. sie kein Pfarrhaus oder keine Pfarrwohnung bewohnen,
- b. das von ihnen bewohnte Pfarrhaus oder die von ihnen bewohnte Pfarrwohnung keine Amtsräume aufweist.

⁴ Der Kirchenrat regelt die Einzelheiten bezüglich Pfarrhaus, Pfarrwohnung und Amtsräume in einer Verordnung. Er setzt insbesondere die von Pfarrerinnen und Pfarrern zu leistende Entschädigung für die Nutzung von Pfarrhaus oder Pfarrwohnung fest.

6. Teil: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 248 ¹ Vorhaben mindestens einer Kirchgemeinde, welche die in der Kirchenordnung festgelegten Befugnisse der Kirchgemeinde überschreiten, bedürfen der Zustimmung der Kirchgemeindeversammlung oder des Kirchgemeindepardamentes und der Genehmigung durch den Kirchenrat.²⁶

Abweichungen von der Kirchenordnung

² Solche Vorhaben sind zeitlich zu befristen. Der Kirchenrat begleitet ihre Durchführung.

³ Die Kirchenpflege erstattet nach Abschluss des Vorhabens dem Kirchenrat und dieser der Kirchensynode Bericht.

Art. 249 ¹ Die Kirchenordnung vom 2. Juli 1967 mit den seitherigen Änderungen wird aufgehoben.

Aufhebung von Erlassen

² Die bisherigen Erlasse, Richtlinien und Beschlüsse von Kirchensynode und Kirchenrat sind bis zum Inkrafttreten der in dieser Kirchenordnung vorgesehenen Regelungen anwendbar. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen dieser Kirchenordnung sowie abweichende Beschlüsse von Kirchensynode und Kirchenrat.

a. Landeskirche

Art. 250 ¹ Kirchgemeindeordnungen sowie weitere Erlasse und Anordnungen der Kirchgemeinden, Kirchgemeindevverbände und Kirchengemeinschaften bleiben anwendbar, soweit sie nicht dieser Kirchenordnung und ihren Ausführungsbestimmungen widersprechen.

b. Kirchgemeinden und Kirchengemeinschaften

² Kirchgemeinden, Kirchgemeindeverbände und Kirchengemeinschaften passen ihre Kirchgemeindeordnungen, Statuten, Erlasse und Anordnungen binnen dreier Jahre nach Inkrafttreten dieser Kirchenordnung an.

Amtsdauer

Art. 251 Behörden und Organe bleiben im Amt, bis die Amtsdauer nach bisherigem Recht abgelaufen ist. Der Kirchenrat bestimmt den Zeitpunkt der Erneuerungswahlen.

Bezirk und
Diakonats-
kapitel Zürich

Art. 252 Die Vereinigung der kirchlichen Bezirke Zürich links der Limmat und Zürich rechts der Limmat gemäss Art. 180 dieser Kirchenordnung sowie die Neugliederung der Diakonatskapitel gemäss Art. 194 dieser Kirchenordnung erfolgen auf den 1. Juli 2011.

Arbeits-
verhältnis von
Pfarrerinnen
und Pfarrern

Art. 253 ¹ Pfarrerinnen und Pfarrer, deren Amtsdauer mit Inkrafttreten des Kirchengesetzes¹⁰ geendet hat, treten in den Stand der Stellvertretung gemäss Art. 121 dieser Kirchenordnung.

² Die Wahl der Pfarrerinnen und Pfarrer für die neue Amtsdauer erfolgt an der Urne nach den Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte⁷ betreffend die Bestätigungswahl. Der Kirchenrat bestimmt deren Zeitpunkt und regelt die Einzelheiten des Verfahrens.

³ Der Kirchenrat legt den Beginn der neuen Amtsdauer fest. Sie endet am 30. Juni 2016.

⁴ Auf Beginn dieser Amtsdauer erfolgt die Anstellung von Pfarrern und Pfarrerinnen in Institutionen gemäss Art. 127 dieser Kirchenordnung.

Inkrafttreten

Art. 254 Diese Kirchenordnung tritt nach der Annahme durch die Stimmberechtigten und nach der amtlichen Veröffentlichung des Genehmigungsbeschlusses des Regierungsrates² auf den vom Kirchenrat bestimmten Zeitpunkt in Kraft³.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom 15. Mai 2018 (OS 73, 530)

I. Die Kirchenpflegen setzen Art. 91 Abs. 2 Satz 2 binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Änderung der Kirchenordnung um.

II. Die oder der Vorsitzende des Pfarrkonventes und die Vertretung des Pfarrkonventes in der Kirchenpflege gemäss Art. 114 Abs. 3 lit. b werden binnen sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Änderung der Kirchenordnung für den Rest der Amtsdauer 2016–2020 der Pfarrerinnen und Pfarrer bestimmt.

III. Die Pfarrdienstordnung gemäss Art. 115 Abs. 1 und die Geschäftsordnung gemäss Art. 162 Abs. 5 sind binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Änderung der Kirchenordnung zu erlassen. Im Übrigen gilt für die Kirchgemeindeordnungen, Statuten, Erlasse und Anordnungen der Kirchgemeinden, Kirchgemeindev Verbände und Kirchgemeinschaften Art. 250.

IV. Art. 116, 117, 120, 122 sowie 126 Abs. 1 und 2 sind unter Vorbehalt von Ziff. V erstmals auf die Stellenzuteilung und für die Amtsdauer 2020–2024 der Pfarrerinnen und Pfarrer anwendbar.

V. Die Zuteilung der Pfarrstellen gemäss Art. 116 und 117 erfolgt für die Amtsdauer 2020–2024 der Pfarrerinnen und Pfarrer wie folgt:

- a. Das mittlere landeskirchliche Quorum beträgt 1650 Mitglieder.
- b. Kirchgemeinden, die nicht mehr als 2000 Mitglieder zählen, verfügen im Pfarramt in Abweichung von Art. 117 Abs. 1
 1. von 901 bis 1500 Mitglieder über 80 Stellenprozent,
 2. von 1501 bis 2000 Mitglieder über 100 Stellenprozent.
- c. Pro Anzahl Mitglieder, die der Hälfte des mittleren landeskirchlichen Quorums entspricht, werden 5 Stellenprozent gewährt.

VI. Die Kirchensynode fasst erstmals für die Amtsdauer 2024–2028 der Pfarrerinnen und Pfarrer gemäss Art. 116 Abs. 4 und 117 Abs. 2 Beschluss.

VII. Nach den Bestimmungen der Kirchenordnung in der Fassung vom 17. März 2009 richten sich für den Rest der Amtsdauer 2016–2020 der Pfarrerinnen und Pfarrer:

- a. die Zuteilung der Pfarrstellen (Art. 116 und 118),
- b. der Zusatzdienst (Art. 117), sofern vorher keine Vakanz auf der betreffenden Pfarrstelle eintritt oder dieser nicht vorher beendet wird,
- c. die Aufteilung von Pfarrstellen (Art. 120, 126 und 132 Abs. 3),
- d. die Wohnsitzpflicht (Art. 122).

VIII. Auf die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung der Kirchenordnung hängigen Zusammenschlüsse von Kirchgemeinden nicht anwendbar sind:

- a. Art. 151 a Abs. 2, wenn der Vertrag über den Zusammenschluss von den Stimmberechtigten bereits beschlossen ist,
- b. Art. 151 a Abs. 3, wenn die Kirchgemeindeordnung der zusammengeschlossenen Kirchgemeinde von den Stimmberechtigten oder vom Kirchgemeindep arlament bereits beschlossen ist.

IX. Art. 170 Abs. 2 ist auf Pfarrwahlkommissionen anwendbar, die nach dem Inkrafttreten dieser Änderung der Kirchenordnung eingesetzt werden.

X. Die Bezirkskirchenpflegen erlassen binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Änderung der Kirchenordnung die Geschäftsordnung gemäss Art. 184 Abs. 4.

XI. Die Kirchenmusikkapitel und die Katechetikkapitel konstituieren sich auf den 1. Januar 2020 für den Rest der Amtsdauer 2018–2022 der Kirchenpflegen.

XII. Art. 210 Abs. 3 ist erstmals auf die Neuwahl der Kirchensynode für die Amtsdauer 2019–2023 anwendbar.

XIII. Art. 217 Abs. 3 lit. a–c und e sind erstmals auf die Neuwahl des Kirchenrates für die Amtsdauer 2019–2023 anwendbar.

XIV. Auf im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Änderung der Kirchenordnung hängige Verfahren finden Art. 228 Abs. 1 lit. c sowie Abs. 3 und 4 keine Anwendung.

¹ OS 64.729.

² Vom Regierungsrat genehmigt am 25. November 2009.

³ Inkrafttreten: 1. Januar 2010.

⁴ ABI 2009.1268.

⁵ LS 101.

⁶ LS 131.1.

⁷ LS 161.

⁸ LS 170.4.

⁹ LS 175.2.

¹⁰ LS 180.1.

¹¹ LS 181.13.

¹² LS 181.40.

¹³ LS 181.41.

¹⁴ SR 210.

¹⁵ SR 311.0.

-
- ¹⁶ Fassung gemäss B vom 5. Januar 2010 (OS 65, 516). In Kraft seit 1. September 2010.
- ¹⁷ Fassung gemäss B vom 26. November 2013 (OS 69, 598; ABI 2013-11-29). In Kraft seit 1. Januar 2015.
- ¹⁸ Fassung gemäss B vom 25. März 2014 (OS 69, 600; ABI 2014-03-28). In Kraft seit 1. Januar 2015.
- ¹⁹ Fassung gemäss B vom 24. November 2015 (OS 71, 107; ABI 2015-11-27). In Kraft seit 1. April 2016.
- ²⁰ Fassung gemäss B vom 13. Juni 2017 (OS 72, 576; ABI 2017-06-16). In Kraft seit 1. Januar 2018.
- ²¹ Fassung gemäss B vom 13. Juni 2017 (OS 72, 576; ABI 2017-06-16). In Kraft seit 1. Juli 2018.
- ²² Fassung gemäss B vom 28. November 2017 (OS 73, 168; ABI 2017-12-01). In Kraft seit 1. Juli 2018.
- ²³ Fassung gemäss B vom 8. Mai 2018 (OS 73, 327; ABI 2018-05-18). In Kraft seit 1. Januar 2019.
- ²⁴ Fassung gemäss B vom 16. Januar 2018 (OS 73, 447; ABI 2018-01-26). In Kraft seit 1. Januar 2019.
- ²⁵ Eingefügt durch B vom 15. Mai 2018 (OS 73, 530; ABI 2018-06-01). In Kraft seit 1. Januar 2019.
- ²⁶ Fassung gemäss B vom 15. Mai 2018 (OS 73, 530; ABI 2018-06-01). In Kraft seit 1. Januar 2019.
- ²⁷ Aufgehoben durch B vom 15. Mai 2018 (OS 73, 530; ABI 2018-06-01). In Kraft seit 1. Januar 2019.

Anhang:

Verzeichnis der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden und Kirchengemeinschaften

Bezirk Zürich²⁴

Zürich	Zürich Hirzenbach	Zürich Witikon
--------	-------------------	----------------

Bezirk Affoltern

Aeugst a. A.	Kappel a. A.	Ottenbach
Affoltern a. A.	Knonau	Rifferswil
Bonstetten	Maschwanden	Stallikon-Wettswil
Hausen a. A.	Mettmenstetten	
Hedingen	Obfelden	

Bezirk Horgen

Adliswil	Oberrieden	Thalwil
Horgen ¹⁶	Richterswil	Wädenswil
Kilchberg	Rüschlikon	
Langnau a. A.	Schönenberg-Hütten ¹⁶	

Bezirk Meilen

Erlenbach	Männedorf	Uetikon a. S.
Herrliberg	Meilen	Zollikon
Hombrechtikon	Oetwil a. S.	Zumikon
Küsnacht	Stäfa	

Bezirk Hinwil

Bäretswil	Gossau	Seegräben
Bubikon	Grüningen	Wald
Dürnten	Hinwil	Wetzikon
Fischenthal	Rüti	

Bezirk Uster

Dübendorf-	Fällanden	Mönchaltorf
Schwerzenbach ¹⁷	Greifensee	Volketswil
Egg	Maur	Wangen-Brüttisellen

Bezirk Pfäffikon

Bauma-Sternenberg ¹⁴	Kyburg	Weisslingen
Fehraltorf	Lindau	Wildberg
Hittnau	Pfäffikon	
Illnau-Effretikon	Russikon	

Bezirk Winterthur

Brütten	Pfungen	Winterthur Mattenbach
Dägerlen	Rickenbach	Oberwinterthur
Dättlikon	Schlatt	Winterthur Seen
Dinhard	Seuzach	Winterthur Töss
Elgg	Sitzberg	Winterthur Veltheim
Elsau	Turbenthal-Wila ²³	Winterthur Wülflingen
Hettlingen	Wiesendangen	Zell
Neftenbach	Winterthur Stadt	

Bezirk Andelfingen

Altikon-Thalheim- Ellikon ^{12, 13}	Feuerthalen	Ossingen
	Flaachthal ¹⁵	Rheinau-Ellikon
Andelfingen	Henggart	Stammheim
Benken	Laufen	Trüllikon-Truttikon
Dorf	Marthalen	

Bezirk Bülach

Bassersdorf-Nürensdorf	Glattfelden	Rafz
Bülach	Kloten	Rorbas-Freienstein-Teufen
Dietlikon	Lufingen	Wallisellen
Eglisau	Opfikon	Wil-Hüntwangen-Wasterkingen
Embrach-Oberembrach		

Bezirk Dielsdorf

Dielsdorf	Otelfingen-Boppelsen-	Stadlerberg ¹⁸
Furttal ¹⁸	Hüttikon	Steinmaur-Neerach
Niederhasli-Niederglatt	Regensberg	Wehntal ¹⁵
Oberglatt	Rümlang	Weiach

181.10

Evangelisch-reformierte Landeskirche – Kirchenordnung

Bezirk Dietikon²⁴

Birmensdorf-Aesch

Schlieren

Urdorf

Dietikon

Uitikon

Weiningen

Kirchgemeinschaften

Eglise évangélique réformée zurichoise de langue française

Chiesa Evangelica di Lingua Italiana di Zurigo

Iglesia Evangélica Hispana del Cantón de Zúrich

Inhaltsverzeichnis**Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten
Landeskirche des Kantons Zürich**

Art.

Präambel

1. Teil: Die Evangelisch-reformierte Landeskirche	1–28a
des Kantons Zürich	
1. Abschnitt: Ursprung und Bekenntnis	1–8
2. Abschnitt: Beziehungen und Partnerschaften	9–15
3. Abschnitt: Organisatorische Grundlagen	16–23a
4. Abschnitt: Mitgliedschaft	24–28a
2. Teil: Handlungsfelder	29–97
1. Abschnitt: Verkündigung und Gottesdienst	31–64
A. Grundlagen	31–43
B. Sakramente	44–51
a. Taufe	45–48
b. Abendmahl	49–51
C. Gottesdienst im Kirchenjahr	52–55
D. Gottesdienst im Lebenslauf	56–64
a. Konfirmation	56
b. Kirchliche Trauung	57–59
c. Kirchliche Abdankung	60–62
d. Gottesdienst in besonderen Lebenslagen	63–64
2. Abschnitt: Diakonie und Seelsorge	65–69
A. Grundlagen	65
B. Diakonie	66–67
C. Seelsorge	68–69
3. Abschnitt: Bildung und Spiritualität	70–85
A. Grundlagen	70
B. Kind, Jugend und Familie	71–80
a. Eltern	71

	Art.
b. Schulische Religionspädagogik	72–73
c. Kirchliche Religionspädagogik	74–80
C. Erwachsene	81–82
D. Evangelische Bildungsorte	83–84
E. Verlagswesen	85
4. Abschnitt: Gemeindeaufbau und Leitung	86–97
A. Grundlagen	86–88
B. Öffentlichkeitsarbeit	89–94
C. Archive und kirchliche Register	95–97
3. Teil: Pfarramt und Dienste der Kirche	98–142
1. Abschnitt: Grundlagen	98–106
A. Berufung und Berufe	98–101
B. Aus- und Weiterbildung	102–106
2. Abschnitt: Pfarramt	107–133
A. Grundlagen	107
B. Ordination und Installation	108–111
C. Gemeindepfarramt	112–122
D. Pfarramt in Institutionen	123
E. Wahl und Anstellung	124–131
F. Entlassung aus dem Amt	132–133
3. Abschnitt: Gemeindedienste	134–140
4. Abschnitt: Freiwillige	141
5. Abschnitt: Gesamtkirchliche Dienste	142
4. Teil: Aufbau und Organisation	143–232
1. Abschnitt: Grundlagen	143–148
2. Abschnitt: Kirchengemeinde	149–179
A. Grundlagen	149–155a
B. Kirchengemeinerversammlung	156–158
C. Kirchengemeindeparlament	158a–158h
D. Kirchenpflege	159–165
E. Rechnungsprüfungskommission	166–169

Art.

F.	Pfarrwahlkommission, Kommissionen und Arbeitsgruppen	170–171
G.	Zusammenarbeit	172–176
H.	Kirchgemeinschaften	177–179
3.	Abschnitt: Kirchlicher Bezirk	180–200b
A.	Grundlagen	180–181
B.	Bezirkskirchenpflege	182–186
C.	Pfarrkapitel	187–193
D.	Diakonatskapitel	194–200
E.	Kirchenmusikkapitel und Katechetikkapitel	200a–200b
4.	Abschnitt: Landeskirche	201–232
A.	Gesamtheit der Stimmberechtigten	202–206
B.	Kirchensynode	207–216
C.	Kirchenrat	217–224
D.	Rekurskommission	225–229
E.	Kirchliche Ombudsstelle	230–232
5.	Teil: Finanzen und Liegenschaften	233–247
1.	Abschnitt: Finanzen der Kirchgemeinden	234–238
2.	Abschnitt: Finanzen der Landeskirche	239–242
3.	Abschnitt: Liegenschaften in den Kirchgemeinden	243–247
6.	Teil: Übergangs- und Schlussbestimmungen	248–254
	Übergangsbestimmung zur Änderung vom 15. Mai 2018	I.–XIV.
	Anhang: Verzeichnis der evangelisch-reformierten Kirchgemeinden und Kirchgemeinschaften	

Stichwortverzeichnis

Die Zahlen verweisen auf die entsprechenden Artikel der Kirchenordnung. Aus mehreren Worten zusammengesetzte Begriffe sind grundsätzlich unter dem massgebenden Substantiv eingeordnet. Ist ein Stichwort untergliedert, werden bei den Unterstichworten die Adjektive vorangestellt. Bei mehreren Fundstellen zu einem Stichwort sind Hauptfundstellen fett gedruckt.

A

Abberufung	133
Abdankung, kirchliche	60 ff.
Abendmahl	52 ff.
siehe auch Sakramente	
Abkündigung	38
Amtsdauer	21 , 251, 253
Amtsgeheimnis	22
siehe auch Berufsgeheimnis	
Amtsgelübde	
- Kirchenrat	145, 218
- Kirchensynode	145, 211
siehe auch Ordinationsgelübde	
Amtshandlung, kirchliche	30, 38, 113
Amtspflichten, von Pfarrerinnen und Pfarrern	113, 123
Amtsräume	121, 247
Amtswohnung	122, 247
Amtszwang	20b
Anfrage, Schriftliche	214
Angebote, religionspädagogische	75 ff. , 137
siehe auch, Handeln, religionspädagogisches	
Anstellung	
- PfarrerIn, Pfarrer	127
- Angestellte der Kirchgemeinde	163
Anweisung	192
siehe auch DekanIn, Dekan	
Arbeitsgruppe	171
Archiv	95 f. , 113, 186
Armeseelsorge	220
Aufsicht	
- anwendbares Recht	155a
- durch die Bezirkskirchenpflege	182, 186
- durch die Kirchenpflege	159, 164
- durch den Kirchenrat	220
- durch die Kirchensynode	214

Ausbildung	
- Amtsträgerin, Amtsträger	146
- Angestellte	105
- Behördenmitglieder	146
- Freiwillige	106
- Pfarrerin, Pfarrer	102 ff.
Ausbildungskonkordat	102 , 128, 130
Autonomie	
- Kirchengemeinde	152
- Landeskirche	16
B	
Beauftragung	98, 134
Behörde, wahlleitende	20a
Behördenschulung	146
Berichterstattung, siehe Information	
Berufsgeheimnis	101
siehe auch Amtsgeheimnis	
Berufung	98
Bestätigungswahl, Pfarrerin, Pfarrer, siehe Pfarrwahl	
Bezirk, kirchlicher	180 ff.
- Einteilung	180 , 252
- Organe	181
Bezirkskirchenpflege	182 ff.
- Aufgaben	186
- Funktion	182
- Geschäftsführung	185
- Geschäftsordnung	184
- Konstituierung	184
- Organisation	185
- Unabhängigkeit	185
- Wahl	183
- Zusammensetzung	182
Bezirkstag	186
Bezirksversammlung	186
BFA, siehe Brot für alle	
Bibel	
- Gottesdienst	37
- Herausgabe	214, 220
- Übersetzung	8
Bild- und Tonaufnahmen, siehe Gottesdienst, Bild- und Tonaufnahmen	
Bildung	70 ff.
- Erwachsene	81 f.

181.10

- Kinder, Jugend und Familie	71 ff.
siehe auch Spiritualität	
Bildungshäuser, siehe Kloster Kappel	
Bildungsort, Evangelischer	
- Bildungs- und Ausbildungsinstitution	83
- evangelische Schulen	83
- Tagungs- und Bildungshäuser	84
Brot für alle	13, 67
Budget	
- Kirchengemeinde	157, 163, 169
- Landeskirche	215, 221
BüDa, siehe Bürgschafts- und Darlehensgenossenschaft	
Bürgschafts- und Darlehensgenossenschaft	67
Bullinger, Heinrich	2

D

Datenschutz	23
Dekanin, Dekan	184, 191 ff.
Delegation von Aufgaben	223
Demokratie	18
Diakonatskapitel	181, 194 ff.
- Aufgaben	197
- Bestand	194
- Konstituierung	195
- Präsidentin, Präsident	184, 198 ff.
- Versammlungen	196
- Vorstand	195
- Zusammensetzung	194
Diakonie	13, 65, 66 f.
siehe auch Seelsorge	
Diakonin, Diakon, siehe Sozialdiakonin, Sozialdiakon	
Dialog, interreligiöser	12
Dienst an der Kirche	
- Eignung	145
- Verantwortlichkeit	147
- Verpflichtung	145
- Zuständigkeit	147
Dienste, Gesamtkirchliche	142

E

Eignung, siehe Dienst an der Kirche	
Einsetzung in den Dienst	98, 134
Einstellung im Amt oder im Dienst	224

Eintrittsstelle	25
Entlassung, aus dem Pfarramt	132 f.
Ersatzwahl	21
Erscheinungsbild	93
Erwachsenenbildung, siehe Bildung, Erwachsene	
F	
Fakultät, Theologische	15, 213
Familie	6, 71 ff.
Feiertag, kirchlicher	52
Feiertagsgottesdienst	53
Finanzausgleich	119, 140, 221, 236
Finanzen	233 ff.
- Kirchengemeinde	234 ff.
- Landeskirche	239 ff.
Finanzhaushalt	166, 232
Finanzkompetenzen	
- Kirchenrat	221
- Kirchensynode	215
Finanzplan	163, 215
Fonds	215, 242
Fraumünster	246
Freiwillige	106, 141
Fürbitte	48, 63
G	
Gebietsveränderung	151d
GEKE, siehe Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa	
Gelübde, siehe Amtsgelübde, Ordinationsgelübde	
Gemeindeaufbau	86 ff.
siehe auch Leitung	
Gemeindedienste	134 ff.
Gemeindekonvent	162, 172 f.
Gemeindeverband, siehe Kirchengemeindeverband	
Gemeinschaft, reformierte	9 ff.
Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa	11
Gesamtheit der Stimmberechtigten	
- Kirchengemeinde	156
- Landeskirche	202
Gesangbuch	37 , 214, 220
Geschäftsordnung	
- Bezirkskirchenpflege	184
- Kirchenpflege	162

- Kirchenrat	219
- Kirchensynode	212
- Rekurskommission	226
Glaubensgemeinschaft, jüdische	12
Gottesdienst	31 ff.
- Abdankung, kirchliche	60 ff.
- Abendmahl	49 ff.
- Bedeutung	31
- Bibel	8, 37, 214, 220
- Bild- und Tonaufnahmen	43
- Feiertagsgottesdienst	53
- gemeinsamer Gottesdienst	55
- Gesangbuch	37, 214, 220
- Grundlagen	31 ff.
- im Kirchenjahr	52 ff.
- im Lebenslauf	56 ff.
- in besonderen Lebenslagen	63 f.
- Kirchenmusik	34 f.
- Konfirmation	56
- Leitung	36
- Liturgie	32, 214, 220
- Mitwirkung von Gemeindegliedern	36
- Öffentlichkeit	42
- Ort	40, 46, 59, 62
- Predigt	33
- Sakramente	44 ff.
- Sonntagsgottesdienst	41, 53
- Taufe	45 ff.
- Trauung, kirchliche	57 ff.
- Zeit	40
Grenzveränderung	151
Grossmünster	246

H

Haftung	23a
Handeln, religionspädagogisches	71 ff.
Handlungen, kirchliche	30
Handlungsfelder der Landeskirche	29
siehe auch Bildung, Diakonie, Gemeindeaufbau, Gottesdienst, Leitung, Seelsorge, Spiritualität, Verkündigung	
Hauswartin, Hauswart	139
HEKS, siehe Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz	
Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz	13, 67

I

Information	
- im Allgemeinen	89, 91
- durch die Kirchenpflege	165
- durch den Kirchenrat	222
Initiative	203 , 206, 214
Installation	98, 110 , 192
Interpellation	214

J

Jahresbericht	
- Bezirkskirchenpflege	186
- Kirchenpflege	165
- Kirchenrat	214, 222
- Rekurskommission	214, 228
Jahresrechnung	
- Kirchgemeinde	157, 163 , 169
- Landeskirche	215, 222
siehe auch Rechnungsprüfungskommission	
Judentum, siehe Glaubensgemeinschaft, jüdische	
Jugendarbeit	80

K

Kanton	
- Berichterstattung	165, 222
- Kostenbeiträge	239
- Zusammenarbeit mit der Landeskirche	17
Kappel, siehe Kloster Kappel	
Katechetin, Katechet	137
Katechetikkapitel	181, 200a
- anwendbares Recht	200b
- Bestand	200a
- Teilnahmepflicht	200a
- Zusammensetzung,	200a
KEK, siehe Konferenz Europäischer Kirchen	
Kirche	
- Auftrag	5
- Begriff	1
- Bekenntnis	3
- Herkunft	2
- Verantwortung	4
- Verbundenheit	3
- Zuspruch	4
Kirchen, siehe Liegenschaften in den Kirchgemeinden	

Kirchenaustritt	26 f.
Kirchenbote, siehe reformiert.zürich	
Kirchenbund, Schweizerischer Evangelischer	10 f. , 113, 216, 241
Kircheneintritt	25
Kirchengeläut	42
Kirchenjahr	52
Kirchenmusik	34 f.
Kirchenmusikerin, Kirchenmusiker	36, 135
Kirchenmusikkapitel	181, 200a
- anwendbares Recht	200b
- Bestand	200a
- Teilnahmepflicht	200a
- Zusammensetzung	200a
Kirchenordnung	
- Abweichungen	248
- Aufhebung	249
- Erlass und Änderung	204 f. , 214
- Inkrafttreten	254
Kirchenpflege	159 ff.
- Aufgaben	163 ff.
- Funktion	159
- Konstituierung	162
- Wahl	160 f.
- Zusammensetzung	159
Kirchenrat	217 ff.
- Aufgaben	220 ff.
- Funktion	217
- Konstituierung	219
- Wahl	216
- Zusammensetzung	217
Kirchenratsschreiberin, Kirchenratsschreiber	213, 219, 223
Kirchensynode	207 ff.
- Aufgaben	214 ff.
- Funktion	207
- Konstituierung	212
- Versammlungen	213
- Wahl	208 ff.
- Zusammensetzung	207
Kirchgemeinearchiv	95 , 186
Kirchgemeinde	149 ff. , 250
- Änderungen im Bestand	151a ff.
- Auflösung	151 , 151a
- Aufteilung	151c
- Autonomie	152
- Bestand	151

- Gebietsveränderung	151d
- Grenzveränderung	151d
- Grundsatz der Zuordnung	150
- innerer Zusammenhalt	153
- kirchliche Vielfalt	155
- Neubildung	151
- Organe	149
- Sekretariat	137
- Unterstützung	151b
- Vereinigung	151, 151a
- Zusammenarbeit	172 ff.
- Zusammenschluss	151, 151a
Kirchgemeindehaus	163, 243
Kirchgemeindeordnung	153 , 157
Kirchgemeindepapament	158a ff.
- Aufgaben und Befugnisse	158h
- Bestand	158a
- Konstituierung	158g
- Öffentlichkeit der Verhandlungen	158b
- Wahl	158c ff.
Kirchgemeindeschreiberin, Kirchgemeindeschreiber	137a
Kirchgemeindevorband	151, 175 , 186, 220, 230, 245, 250
Kirchgemeindeversammlung	156 ff.
- Aufgaben	157
- freie Versammlung	158
- geheime Wahlen	157b
- nachträgliche Urnenabstimmung	157
- Wahlvorschläge	157a
- Zusammensetzung	156
Kirchgemeinschaft	37, 177 ff. , 250
Kloster Kappel	84
Kollekte	39, 163, 221, 238
Kolloquium	103 , 128 f., 131
Kommission	171
Kommunikation, siehe Information, Öffentlichkeitsarbeit	
Konferenz Europäischer Kirchen	11
Konfirmation	56, 78
Konflikt	148 , 186, 192, 199
Konkordat, siehe Ausbildungskonkordat	
Konstituierung	
- Bezirkskirchenpflege	184
- Diakonatskapitel	195
- Katechetikkapitel	195, 200b
- Kirchenmusikkapitel	195, 200b

181.10

- Kirchenpflege	162
- Kirchenrat	219
- Kirchensynode	212
- Pfarrkapitel	188
- Pfarrkonvent	114
- Rechnungsprüfungskommission	168
- Rekurskommission	226
Konventsleitung, siehe Gemeindekonvent	
Kultur	35, 94
L	
Landeskirche,	201 ff.
siehe auch Kirche, Organisation der Landeskirche	
Läutordnung	42
Legislaturziele	
- Kirchenpflege	163 , 172
- Kirchenrat	214, 220
Leitung	87 f.
siehe auch Gemeindeaufbau	
Liegenschaften in den Kirchgemeinden	163, 243 ff.
Liturgie	32 , 214, 220
Lohn	99 f.
M	
Massnahmen, aufsichtsrechtliche	155a , 186
Medien, siehe Öffentlichkeitsarbeit	
Migrationskirchen	14
Ministerium	109 , 187
Mission	13 , 67, 113
mission 21	12 , 67
Mitgliederregister	28a
Mitgliederzeitschrift	91
Mitgliedschaft	24 ff. , 30
Module, religionspädagogische	75 ff.
siehe auch, Handeln, religionspädagogisches	
Motion	214
N	
Nachtragskredit	221
Neuwahl, Pfarrerin, Pfarrer,	
siehe Pfarrwahl	
Nichtmitglied	30 , 49, 61
Nichtzugehörigkeit	26 f.

O

Öffentlichkeitsarbeit	89 ff.
siehe auch Information	
Ökumene	12
ÖRK, siehe Rat der Kirchen, Ökumenischer	
Ombudsstelle	230 ff.
Ordination	98, 108
Ordinationsgelübde	107, 108 , 110
Organe	
- Bezirk	181
- Kirchgemeinde	149
- Kirchgemeinschaften	178
- Landeskirche	201
Organisation der Landeskirche	143 ff.

P

Paten	47
Personalrecht	99
Petition	214
Petitionsrecht	19
Pfarramt	
- Amtspflichten	113
- Anstellung	127
- Auftrag	107 , 112, 123
- Ausbildung	102 f.
- Entlassung aus dem Amt	132 f.
- in der Kirchgemeinde	112 ff.
- in Institutionen	123 , 127
- Wahl	124 ff.
- Weiterbildung	104
- Wohnsitzpflicht	122 , 247
- Zusammenarbeit	114 f.
Pfarrarchiv	95 f. , 113, 186
Pfarrdienstordnung	115
Pfarrerin, Pfarrer, siehe Pfarramt	
Pfarrhaus, siehe Wohnsitzpflicht	
Pfarrkapitel	187 ff.
- Aufgaben	190
- Dekanin, Dekan	191 ff.
- Konstituierung	188
- Versammlungen	189
- Zusammensetzung	187
Pfarrkonvent	114 , 162, 172
Pfarrstelle	
- Aufteilung	120 , 126

181.10

- gemeindeeigene Pfarrstelle	119, 124, 186
- in Institutionen	127
- Stellenprozente	117
- Stellenzuteilung	116 f.
- Stellvertretung	113, 121 , 127, 253
Pfarrtitel	111
Pfarrwahl	124 ff.
- Bestätigungswahl	125 , 253
- Neuwahl	124 , 126, 128 ff., 157, 170
- gemeindeeigene Pfarrstelle	124
- Pfarrwahlkommission	157, 170
- Wählbarkeit	129 ff.
- Wahlfähigkeit	128
Pfarrwahlkommission	157, 170
Pfarrwohnung, siehe Wohnsitzpflicht	
Postulat	214
Predigt	33
Publikationsorgan	89
R	
Rat der Kirchen, Ökumenischer	11
Rechnungsprüfungskommission	166 ff.
- Aufgaben	169
- Funktion	166
- Geschäftsprüfung	169
- Konstituierung	168
- Wahl	167
- Zusammensetzung	166
Rechtspersönlichkeit	
- Landeskirche	16
- Kirchengemeinschaft	178
Rechtsschutz	155a
Rechtsstaatlichkeit	18
Referendum	
- fakultatives	205 f.
- obligatorisches	204 , 206
reformiert.zürich	91
Register, kirchliches	96 f. , 113
Rehabilitation	131
Rekursinstanz	186, 220, 228
Rekurskommission	225 ff.
- Aufgaben	228
- Funktion	225
- Konstituierung	226
- richterliche Unabhängigkeit	227

- Verfahren	229
- Wahl	216
- Zusammensetzung	225
- Zuständigkeit	228
Religionspädagogik	
- kirchliche	74 ff.
- schulische	72 f. , 78
siehe auch Handeln, religionspädagogisches	
Resolution	214
RPG, siehe Handeln, religionspädagogisches	
Rücktritt vom Pfarramt	132
RWB, siehe Weltbund, Reformierter	
S	
Sakramente	44
siehe auch Abendmahl, Taufe	
Sammlung, siehe Kollekte	
St. Peter	246
Schöpfungszeit, ökumenische	52
Schulen, evangelische, siehe Bildungsort, evangelischer	
Schweigepflicht, siehe Amtsgeheimnis, Berufsgeheimnis	
Segnung, siehe Fürbitte	
SEK, siehe Kirchenbund, Schweizerischer Evangelischer	
Sekretariatsangestellte	138
Seelsorge	65, 68 f. , 107, 113, 123
Sigristin, Sigrist	139
Sonntag	7, 41, 53
Sonntagsgottesdienst	41, 53
Sozialdiakonin, Sozialdiakon	66, 136
Spannungen, siehe Konflikt	
Spiritualität	70 , 82
siehe auch Bildung	
Staat, siehe Kanton	
Stellenpensum	
siehe Pfarrstelle	
Stellenplan	163
Stellenprozente	
siehe Pfarrstelle	
Stellvertretung	121 , 127
Steuerfuss	157, 235
Stiftung	220

Stimmberechtigte, siehe Gesamtheit der Stimmberechtigten	
Stimmrecht- und Wahlrecht	20
Stimmregister	20
Subsidiarität	144
T	
Tagungs- und Bildungshäuser	84
Taufe	25, 45 ff. , 78
Tonaufnahmen, siehe Gottesdienst, Bild- und Tonaufnahmen	
Trauung, kirchliche	57 ff.
TVZ, siehe Verlag, Theologischer	
U	
Unabhängigkeit, richterliche	227
Unvereinbarkeit	
- Mitgliedschaft im Kirchenrat	217
- Mitgliedschaft in der Bezirkskirchenpflege	182
- Mitgliedschaft in der Rekurskommission	225
V	
Verkündigung, siehe Gottesdienst	
Verkündigungsfreiheit	107
Verlag, Theologischer	85
Versammlung, freie	158
Visitation	185 f.
siehe auch Aufsicht	
Volkskirche	5
Voranschlag, siehe Budget	
W	
Wächteramt, prophetisches	4 , 65
Wahl	
- Abgeordnete Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund	216
- Bezirkskirchenpflege	183
- Dekanin, Dekan	188
- Kirchenpflege	160 f.
- Kirchenrat	216
- Kirchenratspräsidentin, Kirchenratspräsident	216
- Kirchenratsschreiberin, Kirchenratsschreiber	220
- Kirchensynode	208 ff.
- Kirchengemeindeparlament	158c ff.
- Konventsleitung	173

- Pfarrerin, Pfarrer, siehe Pfarrwahl	
- Pfarrwahlkommission	157, 170
- Präsidentin, Präsident Diakonatskapitel	195
- Präsidentin, Präsident Katechetikkapitel	195, 200b
- Präsidentin, Präsident Kirchenmusikkapitel	195, 200b
- Rechnungsprüfungskommission	167
- Rekurskommission	216
- Synodalpredigerin, Synodalprediger	216
- Vorstand Diakonatskapitel	195
- Vorstand Katechetikkapitel	195, 200b
- Vorstand Kirchenmusikkapitel	195, 200b
- Vorstand Pfarrkapitel	188
Wählbarkeit	
- im Allgemeinen	20
- Pfarramt	129 ff.
Wahlfähigkeit für das Pfarramt	128
Wahlfähigkeitszeugnis	103, 108
Wahlleitung	20a
Wahlrecht, siehe Stimm- und Wahlrecht	
Weiterbildung, siehe Ausbildung	
Weltbund, reformierter	11
Werke und Gemeinschaften, evangelische	14
Wohnsitzpflicht	122 , 247
Z	
Zuordnung	150 , 162
Zusammenarbeit	
- mit der politischen Gemeinde	176
- mit dem Kanton	17
- in der Kirchgemeinde	172 ff.
- mit Kirchgemeinschaften	179
- im Pfarramt	114 f.
- mit der Schule	73 , 176
- übergemeindlich	174 f. , 186
Zusammenhalt, innerer	154
Zweckverband, siehe Kirchgemeindeverband	
Zwingli, Huldrych	2

